

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Zürcher Student : offizielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)**

Band (Jahr): **46 (1968-1969)**

Heft 8

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Zürcher Student

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule

37/20

Redaktion: Georg Kohler, Sepp Moser, Willi Woltregg, Christian Rentsch Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz	Auflage 18 000 — Einzelverkaufspreis Fr. —.80 Telefon (051) 47 75 30, Postcheckkonto 80-35 598 Redaktionsschluss Nr. 1: 28. April 1969	Druck und Versand: Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich AG, Werdrstrasse 21, 8021 Zürich, Telefon 27 09 50	Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37 8001 Zürich, Telefon 23 83 83
---	--	--	--

10 Thesen zum ETH-Referendum

Nachdem alle an der Referendumsfrage interessierten Gruppen am 17. und 18. Januar in Morschach sich zu einer Aussprache gefunden hatten, erarbeiteten sie sich ein grundsätzliches Programm, die »Plattform«, das ungefähr beinhaltet: Der politische Kampf um den Sieg der Volksabstimmung habe letztlich zurückzutreten hinter das Problem der langfristigen Aufklärung über die Position des gesamtschweizerischen Bildungswesens. Die folgenden zehn Thesen von Christian De Young wollen auf der gelegten »Plattform« weiterbauen.

I Was zum Beschluss, das Referendum zu ergreifen, führte, sind mannigfaltige Missstände

Dass wir dies gehörig betonen müssen, ist wohl jedem klar geworden, der mit vielen Stimmbürgern über das Referendum gesprochen hat. Dass eine Mehrheit uns nicht unfreundlich gegenübersteht (weil es heutzutage schon als Leistung erscheint, sich »gesittet« politisch zu verhalten), ist wahrscheinlich. Aber wir müssen noch viele überzeugen, wenn die Mehrheit das ETH-Gesetz ablehnen soll. Dabei dürfte die nüchterne, auf persönliche Anklagen

verzichtende Schilderung der mannigfaltigen Missstände unserer Hochschulen und Schulen am meisten erreichen. Nennen wir die Dinge, die nicht in Ordnung sind, ohne Ressentiments beim Namen! Verlegen wir uns nicht zum vornehmerein auf Postulate und Theorien. Der Stimmbürger verlangt von uns bestimmt nicht »Paraphrasen« oder einen formulierten Gegenvorschlag, wenn wir nachweisen, dass unser Schulwesen im ganzen sich in einer Krise befindet.

II Es geht nicht um eine Sache der Studenten, sondern um eine Sache des ganzen Volkes: unsere Hochschulen und Schulen

Schon die vielleicht nie und da nahegelegende Polemik, die die Studenten als Opfer, die Professoren als Geniesser der misslichen Lage darstellt, ist nicht nur oberflächlich, sondern für unsere Sache gefährlich. Dass eine Sache, die alle angeht, die Wissenschaft, in Ge-

fahr ist, dass wir alle, Studenten, Professoren und Bürger, die Konsequenzen einer unerwarteten Entwicklung erleiden, dass rasches Handeln not tute und dafür das Wissen und die Einsicht fehlt: darüber sind sich doch wohl alle einig.

III »Autonomie der Hochschulen« ist eine prekäre, weil sehr vieldeutige Forderung

Dass diese Forderung dem Kern der Krise zu Leibe rücken will, ist klar. Unklar aber ist, was sie genau besagen soll. Autonomie könnte einen »staatsfreien« Bezirk bezeichnen, wie er in Südamerika gefordert und z. T. verwirklicht sein soll. Kennzeichen der Unversichert wäre ein alttestamentlicher Freistadtcharakter (in vor allem die Polizei nichts zu suchen hätte). Eine solche Einrichtung hat in einem demokratischen Staat keinen Platz: Die intendierte Gleichheit vor dem Gesetz schliesst auch die Durchsetzung der Gesetze an jedem Punkt des Landes, somit auch an den Universitäten, ein. Die Forderung nach Autonomie bleibt aber vieldeutig,

auch wenn wir diese extreme Auslegung ausschliessen. Die Diskussion zwischen Christoph Blocher und Beat Beckmann hat offengelegt, dass auf dem Hintergrund der Befähigung dieses demokratischen Staates einerseits und auf Grund der Verneiner der bestehenden Institutionen als »Obrigkeit«, die von »Herrschenden ausgeht, andererseits die Forderung der Autonomie einen ganz verschiedenen Sinn bekommt. Autonomie der Hochschulen soll deshalb ein Problem des Gesprächs sein, das der Abstimmung folgen muss; ihre apodiktische Forderung verbietet sich dem, der im Wahlkampf Schlagwörter vermeiden will.

IV Das Schlagwort von der »Politisierung der Hochschulen« sollte unterbleiben

Was dieses Schlagwort evoziert, ist eindeutig: Vorstellungen von Professoren, die vom Katheder aus als ihrer Kanzel Parteipropaganda statt Wissen verbreiten; Bilder von Studentenhorde, die politisch missliebige Professoren an der Ausübung ihrer Lehrtätigkeit verhindern; Erinnerungen an eine wissen-

schaftliche Publizistik auf dem Niveau vieler geisteswissenschaftlicher Dissertationen von München (1936) oder Leipzig (1965); im angenehmsten Fall noch Erwartungen von Wandzeitungen, roten Fahnen, »Vollversammlungen«, Teach-in, Go-in, Love-in und Work-in. Natürlich meint jeder, der der »Politi-

sierung der Universität« das Wort redet, damit nur eine vernünftige und kritische politische Aktivität der Bürger

und Halbbürgerinnen in ihren Elfenbeintürmen: Gerade deshalb sollte das Schlagwort vermieden werden.

V Wir fordern keine besondere politische Macht für die Hochschulen

Wissen ist Macht. Aber eine Hochschule als »Staat im Staat, ein politisches Mandat einer ständigen Organisation »Hochschule« oder »Studentenschaft« widerspricht dem Geist radikaler Demokratie und offener Gesellschaft. Das dürfte allgemein bekannt sein. Also muss dem Bürger, der solche elitären Postulate hinter unserem Referendum vermuten mag, hier reiner Wein eingeschenkt werden: Wir verfechten die Idee einer Hochschule regen politischen Lebens, einer politisch

relevanten wissenschaftlichen Diskussion und Forschung. Die Demokratie braucht wie bis anhin jede politische Lebensform, eine führende und kritische Elite, wenn sie ein »menschliches Antlitz« haben soll. Allerdings kann der demokratische Souverän, können seine Repräsentanten Macht und Verantwortung nicht abgeben — auch nicht positiver Wissenschaft oder kritischer Intelligenz. Diese würden umschlagen in Technokratie, den gefährlichsten Feind der Demokratie in dieser Zeit.

VI Wir sollten nicht um der Mode willen »Demokratisierung der Hochschulen« fordern, sondern präzise jene Stellung beschreiben, die dem Studenten in einer wirklich demokratischen Gesellschaft zukäme

Wissen ist aristokratisch. Die Forderung einer Demokratisierung der Hochschulen betrifft vernünftigerweise den Lehrkörper. Dass in diesem, zwischen Institutsdirektor und Assistent, unerträgliche Hierarchie vergangener Welten weiterlebt, ist einer der offenkundigen Missstände, die der Öffentlichkeit bekanntzumachen sind. Darüber können auch nicht Beispiele »demokratischer« gesinnter Führung und harmonische Zustände da und dort hinwegtäuschen. Hier muss der Gesetzgeber auch in erwünschten »Rahmengesetzen« in die Reform eingreifen.

Bei einer Beteiligung von Studentenvertretern in allen Entscheidungsgremien und Kommissionen eine neue Auffassung der »Hochschule«, welche nicht mehr mit ihrem Lehrkörper identisch ist, einen Ausdruck finden. Aber soll dem Beruf des Studenten in dieser Gesellschaft sein Recht werden, so müssen viele Fragen (zweifellos auch das Stipendienwesen) in die Diskussion gezogen werden, die mit der globalen Demokratisierungsforderung nichts zu tun anfangen können. Hier steht ein langer und steiniger Weg der Reform bevor, und denkt man als Fernziel das billige Postulat eines Studienhonorars, so ist keine in Europa verwirklichte Verfassung dazu geeignet, ein Studienhonorar zu wünschen: Wo der Staat so stark ist, kann es nur der Versklavung des Studenten dienen.

VII Das Verhältnis der Wissenschaft zum »Leben« resp. zur »Gesellschaft« soll reflektiert werden, d. h. der »Sinn« der Wissenschaft steht in Frage

Dieser Punkt, von vielen Seiten als »Hauptsache« angesprochen, ist besonders unklar. Vorläufig bewegt sich die »Diskussion« dieser Frage noch in weltanschaulichen Deklamationen. Dem Volk muss klargemacht werden, dass mit diesen Fragestellungen nicht hü-

bsache Zweckparagrafen und Sinndeklamationen gesucht werden, sondern dass die Frage nach dem Sinn von Wissen und Wissenschaft überhaupt jene Kritik und Krise der Bildung zum Ausdruck bringt, die für unsere »Missstände« verantwortlich ist.

VIII Wir kämpfen den Referendumskampf nicht für ein Gruppeninteresse, und uns zu unterstützen muss bedeuten, seinem eigenen Gruppeninteresse gegenüber kritisch zu sein

Ganz entscheidend ist die Forderung, Gruppeninteressen zu überwinden, die wir zuerst an uns selber richten müs-

sen. Die ganze Arbeit wird umsonst sein, wenn wir die (vergleichsweise geringe) Fortsetzung Seite 2

IN DIESER NUMMER

- 3 Marijuana — eine Diskussion
- 5 Konrad Farner antwortet
- 7 Tschechisches Kaleidoskop
- 9 Autonomie und Mitbestimmung — Ein Semester Studentenpolitik
- 13 Plötzlich spritzt Blut in die Geschichte
- 15 Solothurner Filmtage
- 17 Das Versagen der deutschen Universität
- 19 Schwanengesänge. Ende

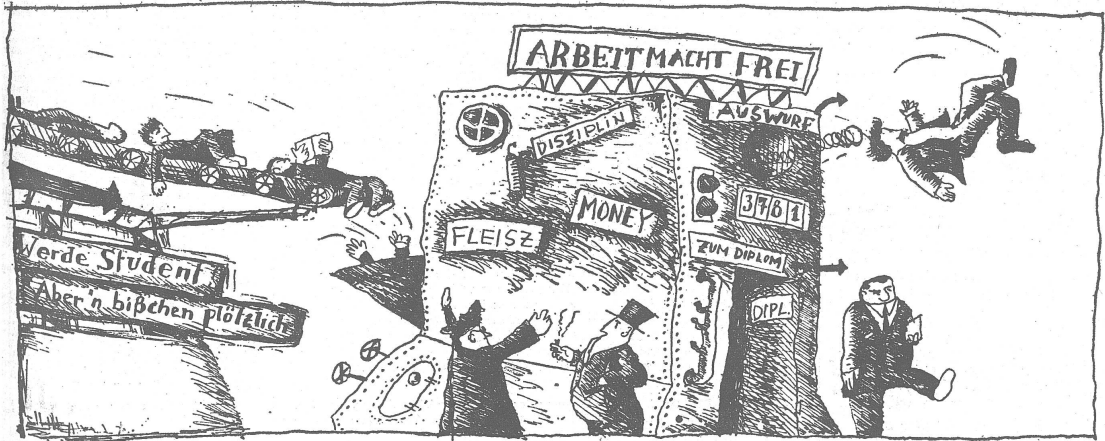
Blockierte Reform

Wie in dieser Nummer vom Pressekomitee der Phil.-I-Fakultät ausführlich berichtet wird, teilten am 11. Febr. 1969 vier Professoren und der Dekan der Phil.-I-Fakultät dem Fakultätsausschuss die Ablehnung des Mitbestimmungsmodells für diese Fakultät mit. Das Modell wurde von einer aus Professoren, Mittelbau und Studenten paritätisch zusammengesetzten Kommission ausgearbeitet. Die Ablehnung der Professoren war eine grundsätzliche: Mitbestimmung auf Fakultätsebene wird als untauglich verworfen.

- Diese Entscheidung bedeutet einen Schlag für die Professoren, die bereit waren und sind, an der notwendigen Reform mitzuarbeiten.
- Sie ignoriert die Haltung der Assistenten, deren Fakultätsversammlung der Phil. I bei einer Enthaltung ohne Gegenstimme das Mitbestimmungsmodell annahm.
- Sie blockiert die Reformbemühungen der Studenten.

Seit einiger Zeit wird Kritik geübt an der jetzigen allein von den Professoren und der Regierung bestimmten Universität, die grundlegende Reformen dringend benötigt. Es wurden eigene Vorstellungen entwickelt, wie diesem Zustand abzuhelfen sei. Zusammen mit einigen Professoren und Assistenten einigten sich die Studenten der Fak. Phil. I auf ein Minimalprogramm mit Experimentalcharakter. Das Minimum war zu viel! Experimentieren wollen die Professoren nicht! Das Experiment an der Fak. Phil. I wäre ein höchst willkommener Test im Hinblick auf das zu schaffende Universitätsgesetz gewesen. Die in unseren Augen wohl begründete Forderung nach Mitbestimmung hätte in der Praxis durch dieses Experiment erprobt werden können. Gute und schlechte Erfahrungen hätten ausgewertet werden können, und es wäre vielleicht ein reibungsloser Übergang zu einer neu konzipierten Universität eher gewährleistet gewesen. War es notwendig, diesen wichtigen Versuch im Keime zu ersticken? Jetzt sind wir vor eine Situation gestellt, die es uns schwer macht, unsere bisherige Politik weiterzuverfolgen. Es war unser erklärtes Ziel, radikale Mittel beim Durchsetzen unserer Forderungen zu vermeiden. Wir waren bemüht, alle unsere Schritte auf ihren theoretischen Standort und ihren ideologischen Gehalt zu prüfen. Kurz: wir bemühten uns um eine durchsichtige und legale Wege gehende Reformpolitik. Wir haben damit einiges erreicht. Jetzt blockieren die Professoren mit ihrem Entscheid eine weitere Reform und halten es damit für nötig, die Studenten so vor den Kopf zu stossen, dass ihre Reaktionen nicht mehr einschätzbar sind. Wir werden auf Grund dessen, was sich ereignet, unsere politische und taktische Grundhaltung wieder überlegen müssen.

Der KSIR



Das ETH-Gesetz erhöht die Durchlaufgeschwindigkeit (aus »Anrillex«).

Vogelschauersperspektive

»Die Fakultät verfolgt aufmerksam die gegenwärtige Bewegung unter den Studenten. Diese hat tiefe Wurzeln, und vieles an ihr erscheint noch widersprüchlich. Indessen ist ein Klärungs- und Artikulationsprozess im Gange, an dem in konstruktivem Sinn mitzuwirken die Fakultät für ihre Aufgabe hält.«

So stand es zu lesen in einer Verlautbarung der philosophischen Fakultät I, die am 11. Januar in der »Tat« erschienen war. Die Vogelschau-Perspektive und der getragene Ton dieses einerseits vagen, sich in Gemeinplätzen ergehenden, andererseits magistral-arroganten Schriftstücks liess nichts Gutes ahnen. Inhalt und Stil liessen berechnete Zweifel daran aufkommen, ob die Mehrzahl der Mitglieder die gegenwärtige Bewegung unter den Studenten wirklich aufmerksam verfolgen. Unter diesen ist es vollends deutlich geworden, was die Fakultät unter konstruktiver Mitwirkung versteht: Sie hat in ihrer Sitzung vom 8. Februar das »Modell für eine provisorische Fakultätsverwaltung« vollumfänglich und mit dem klaren Stimmenverhältnis von 2:1 abgelehnt. Dieses Modell, das von der drittspartitisch zusammengesetzten Studienreformkommission ausgearbeitet wurde, wollte vor allem – wie im letzten »z« bezeichnet wurde – in der Form eines Experiments die Mitbestimmung von Assistenten, Privatdozenten, Assistenten und Studenten auf Fakultätsebene erproben. Gemischte, nach dem Repräsentationsprinzip gebildete Gremien sollten mit Entscheidungs- und Befugnissen ausgestattet werden und so die Geschäfte der Fakultät führen. Damit sollten wirkliche Erfahrungen gesammelt werden, die einer Reformdiskussion zusetzen gekommen wären, welche oft an Verallgemeinerungen und an unausgewiesenen Schlagwörtern krankt, wie es in der Stellungnahme der Fakultät anklagend gerade dieses Experiment, das nach Ablauf von zwei Semestern durch den Beschluss eines der drei Wahl-

gremien, beispielsweise der Professoren-fakultät, bereits hätte abgebrochen werden können, soll nun also nicht stattfinden. Das von der Fakultät gesprochene Machtwort signalisiert den Anbruch einer tiefgreifenden Krise: Die Grenzen des Gesprächs sind mit brutaler Deutlichkeit sichtbar geworden. Der negative Entscheid wurde dem studentischen Fakultätsausschuss in seiner Sitzung vom 11. Februar übermittelte, und zwar durch eine Delegation von fünf Professoren unter der Leitung von Dekan K. Huber. Professor Leisi, Aktuar der Fakultät, verlas ein Protokoll der vierstündigen Fakultäts-sitzung vom 8. Februar. Das Fazit: Ablehnung aller Reformpostulate, die in der Präambel des Modells genannt sind und denen die Studienreformkommission dem »veränderten Verständnis der Universität« Ausdruck zu verleihen glaubte. Diese Präambel, so mussten sich die Verfasser des Modells – Professoren, Assistenten und Studenten – befehlen lassen, sei in keiner Weise stichhaltig, vielmehr widersprüchlich, unklar, für die Fakultät schlechthin unzumutbar. Es war, wie man dankbar belehrt zur Kenntnis nahm, offensichtlich höchste Zeit, dass die Fakultät in diesen verworrenen Artikulationsprozess klärend eingreife, um so mehr, als die Assistenten in einem Anfall irr-sinniger Verblendung, die allerdings tiefe Wurzeln haben könnte, das Modell an einer Versammlung ohne Gegenstimme annahmen. Zwar hat die Fakultät, wie dem von Professor Leisi verlesenen Protokoll zu entnehmen ist, nicht zu ergründen versucht, ob in dem verworrenen Artikulationsversuch der Studienreformkommission irgendwelche

Zusammenhänge zu finden sind, die vielleicht doch von einem veränderten Verständnis der Universität und ihrer Aufgaben zeugen. Sie hat vielmehr mit Interpretationskünsten von feinsten philologischen Subtilitäten einzelne Sätze auf ihren formalen und semantischen Gehalt hin untersucht und dann über diese einzelnen Sätze abgestimmt. Dass dabei verschiedene zum Teil unfreiwillig, zum Teil offensichtlich böswärtige Missverständnisse und Verdrehungen unterliefen, ist von vergleichsweise geringer Bedeutung. Was zählt, ist vor allem das Faktum, dass Professor Heintz als einer der wenigen Befürworter in vorsichtige Worte kleidete: Die Reformen an der philosophischen Fakultät I haben eine schwere Niederlage erlitten.

Zur Zeit, da diese Zeilen erscheinen, werden die studentischen Mitglieder der Studienreformkommission – und vermutlich auch einige Assistenten und Professoren – bereits die Konsequenzen aus dieser betriebliehen Einsicht gezogen haben: Sie werden sich

aus der Kommission zurückgezogen haben, die, wie man sich erinnert, auf ihre Initiative gegründet wurde. Die Hoffnung, im Gespräch mit den Professoren die Universitätsreform voranzutreiben, von deren Dringlichkeit sich verbal jedermann überzeugt gibt, hat getrogen. Eine Mehrzahl von Professoren der philosophischen Fakultät I scheint zu glauben, das Heft mit dem Hinweis auf weitere, bereitwillig gewährte Gesprächsbereitschaft in der Hand zu behalten. Aber die Erfahrung, was es mit dieser Gesprächsbereitschaft auf sich hat, sitzt jenen zu tief in den Knochen, die während eines ganzen Jahres von Kommissions-sitzung zu Kommissions-sitzung geilt sind. Für sie alle, die wenigen reformfreundlichen Professoren, die Assistenten und Studenten, wird es nach dem 8. Februar nie wieder so sein wie zuvor. Sie haben sich von der Ohnmacht der Argumente und von der Macht der bestehenden Verhältnisse überzeugt. Die Folgen dieser Einsicht sind noch nicht abzusehen.

Presse-Ausschuss phil. I

Was der Fall ist

Das Reformmodell der Kommission hatte von Anfang an einen eindeutig politischen Stellenwert; das kann nicht wegdiskutiert werden. Der gemässigte Reformismus spielte mit der Intention, dass das Modell von der Fakultät als politisches Geschenk interpretiert werden würde. Zugleich identifizierten die Studenten dieses Modell mit ihrer Gesprächsbereitschaft. Deshalb musste ihnen dessen Ablehnung in Form einer schulmeisterlichen Zensur als Verzicht auf jegliche sachliche Auseinandersetzung erscheinen.

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass das Gespräch über das Modell erst begann, als der Entwurf fertig vorlag. Die Fakultät war damit vor die Alternative gestellt, in einer Schlussabstimmung ohne Detailberatung den Entwurf anzunehmen oder abzulehnen. Eine nicht nur vorgeschützte Gesprächsbereitschaft muss darum auf die sachlichen Argumente, mit denen die Fakultät ihre Ablehnung begründet, sachlich eingehen. Die gefährliche Identifizierung der Studenten mit einem Reformmodell einerseits, die der Professoren mit Kultur, Wissenschaft und Universität andererseits führt zwangsläufig zu einem sinnlosen Grabenkrieg.

Was der Fall sein kann

Es geht nicht darum, zu kuschen. Wer vor einer Polarisierung der Parteien warnt, hat damit nicht schon auf seine Postulate verzichtet. Wenn auf der Rechtsgrundlage des bestehenden Universitätsgesetzes gar keine Möglichkeit gegeben ist, Mitbestimmung auf Fakultätsebene zu verwirklichen (was ein wichtiges und sachliches Argument der Professoren-schaft ist), dann bedeutet politisches Handeln, die Mitbestimmung einerseits in den Instituten durchzusetzen, andererseits an einem neuen Universitätsgesetz zu arbeiten; wird dabei unser Einsatz nicht innerlich nützlicher Frist wirksam, so verbleibt der Weg der Gesetzesinitiative.

Demonstration und Sit-in sind Mittel politisches Handelns, aber nicht sein Zweck; was sie leisten können (die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Dringlichkeit studentischer Anliegen zu richten), das darf nicht durch sie selbst zerstört werden (indem durch unbedachte Provokation die Bevölkerung empört wird).

Wer als politisch Handelnder nur Geschenke oder Ertrötetes kennt, denkt zu kurz.

Fortsetzung von Seite 1

ringen) Probleme der Studenten verfechten und das Problem einer neuen Gestaltung der Schul- und Hochschulwesens in einen Interessenkampf rivalisierender Gruppen verwandeln helfen. Soll der Gleichheit der Bildungschancen nähergekommen werden und sollen die Wissenschaften gepflegt, die Anforderungen überall gehalten oder erhöht werden, so müssen in vielen Bereichen ganz neue Wege gefunden werden, wobei alle Gruppen Opfer bringen müssen. Ganz deutlich muss in diesem Zusammenhang im Abstimmungskampf jedem klargemacht werden, dass wir nicht

Studienvereinfachung, sondern Studienverbesserung wollen. Wenn die Diskussion, die wir brauchen, in Gang kommt, droht ein Kampf aller gegen alle: Studenten gegen Professoren, Gymnasien gegen Hochschulen, alle Schultypen gegeneinander, dann auch Bund gegen Kantone usw. Es nützt uns dann nichts, wenn nur Neinsager und Hochschulgegner (das soll es geben) das Gesetz für uns bachab geschickt haben. Was wir brauchen, sind die konstruktiven Neinstimmen der Akademiker und Pädagogen dieses Landes, jener Kreise also, die mit uns das einer Ablehnung folgende Gespräch führen können.

IX Wir wollen klarstellen, dass die Ablehnung des »neuen« ETH-Gesetzes Verpflichtung zur sachlichen Arbeit von 10 Jahren bedeutet

Demn darun geht es allerdings: Um eine neue Besinnung darauf, was »Arbeit« was »Schule« sei. Die Forderung nach Reformvorschlügen in Sätzen und Paragraphen wirkt in diesem Zeitpunkt tatsächlich konservativ, obwohl sie das nicht grundsätzlich ist, wie Beat Beckmann meint. Jetzt ist diese Forderung nicht am Platz, wo jede Vorarbeit an

den fundamentalen Problemen ansteht. Dem Bürger, der diese Forderung übernimmt, wird sich erklären lassen, dass auch die Behörden von Bund und Kanton in ihren Gesetzesvorschlügen den Mangel solcher Vorbereitung deutlich spüren liessen, indem sie alte (sehr alte) Gesetze abschreiben mussten.

X Wir wollen den Abstimmungskampf gewinnen

Es erweist sich, dass wir viel vom Stimmbürger verlangen. Die leise Resignation ist darum begrifflich, welche erklärt: »Daher tritt der Ausgang der Abstimmung über das ETH-Gesetz etwas zurück...« – in einer Plattform für eben diesen Abstimmungskampf. Aber unsere Argumente sind gut. Un-

sere Stimmbürger politisch reifer, als mancher »Feind dieses Systems« glauben mag. Und der Verleumdung kann entgegengetreten werden. Wir sind uns doch einig: Setzen wir also alles, was wir zu geben haben, ein in diesem Abstimmungskampf!

Christoph Dejung

Erklärung der Phil.-Fakultät I

Die Philosophische Fakultät I der Universität Zürich hat in ihrer Sitzung vom 8. Februar 1969 zu dem »Modell der provisorischen Fakultätsverwaltung«, das von einer tripartiten Kommission ausgearbeitet worden ist, Stellung genommen. Sowohl in studentischen Verlautbarungen wie auch in Pressemitteilungen wird die Meinung verbreitet, die Ablehnung des »Modells« bedeute eine Verwerfung des Mitbestimmungsrechtes des sog. Mittelbaus und der Studenten. Tatsächlich hat die Fakultät jedoch nur das im Rahmen dieses Modells formulierte Mitbestimmungsrecht wegen seiner sachlichen und rechtlichen Fragwürdigkeit abgelehnt. Die Fakultät stellt fest, dass die von ihr delegierten Kommissionsmitglieder zur Diskussion von Studienreformplänen ohne ihr ausdrückliches Wissen eine Reform der Fakultätsverwaltung ausgearbeitet hat. Die Fakultät ist über diesen Reformentwurf erst unmittelbar nach seiner Uebergabe an die Presse am 16. Dezember 1968 orientiert worden. Unter diesen Umständen war sie vor die Alternative gestellt, das ihr vorgelegte »Modell« als Ganzes anzunehmen oder abzulehnen. Die Fakultät hat die in der Präambel aufgeführte Begründung des Mitbestimmungsrechtes auf Fakultätsebene aus folgenden Überlegungen abgelehnt:

- 1. Sie ist der Meinung, dass der Ausdruck »demokratisches Grundprinzip« unklar gebraucht ist; auch in einer Demokratie sind gestufte Ordnungen mit gestufter Kompetenzverteilung nötig. Das angerufene Prinzip der Sachkompetenz vertritt sich gerade nicht mit einer völlig egalitären Vorstellung (grundsätzlich gleiche Rechte und Pflichten für alle Mitglieder der Universität). Der Satz, »die Fähigkeit aller Angehörigen... zur Mitbestimmung...« muss mit ihrem Eintritt in die Universität unterstellt werden, ist ein Diskussions-thema, aber kein Axiom. Ueberdies ist festzuhalten, dass in allen entscheidenden Fragen des Universitätslebens, wie Wahl und Beförderung der Professoren, Erlass von Prüfungsreglementen, Abgrenzung der Lehrgebiete, Angliederung neuer Fächer, Habitabilationen von Privatdozenten u. a. m., die Mitglieder der Fakultät zurzeit nur das gesetzliche Antragsrecht haben, aber keine Entscheidungskompetenz. Diese ist ausschliesslich den Oberbehörden (Hochschulkommission, Erziehungsrat, Erziehungsdirektion, Regierungsrat) vorbehalten. Wenn also Mitbestimmung direkte Mitbeteiligung an Entscheidungs-befugnissen der Oberbehörden bedeutet, so haben auch die Professoren heute kein Mitbestimmungsrecht.

Die demokratische Universität vor 350 Jahren

... dass man keinen professor sein dienstgelt in dess königs rechnung kamern, do sie es empfangen, erlegt, er bringe dann etliche studenten mit sich sampf einen von den studenten raht, deren 4 sind, welcher in der studenten nammen bezeugt, dass der professor vleissig unndt wolt gelesen habe. Ferner müssen die professors aufhören less endt oder disputieren, wann es den studenten gefellig; dann so baldt sie dess erndt begeren, heben sie an, mit den federn, füssen unndt henden zu klopfen, auch so er nit baldt nachlasset, führen sie ein solch geschrey, dass heiner sein eigen wort hören kan; muss also der professor oft wider sein willen aufhören unndt hinweg gehen.

Aus: Thomas Plattner d. J.: Beschreibung der Reisen durch Frankreich, Spanien, England und die Niederlande (1595-1600). Das Zitat betrifft die Universität Montpellier.



... Und bald werden Madame wieder in bester Verfassung sein! (Zur Stellungnahme der Universität zur BV-Reform.)

2. Das »Modell« geht davon aus, dass eine sinnvolle Mitbestimmung nur auf Grund des Repräsentationsprinzips möglich sei, und zwar so, dass dieses auf Fakultätsebene auch bei den Professoren Anwendung findet. Dabei handelt es sich um ein reines Ständesprinzip, das mit dem Prinzip der Funktionsgerechtigkeit keineswegs identisch ist. Zudem ist es auf die Professoren nicht sinnvoll anzuwenden, da jeder als Vertreter seines Faches eine persönliche Mitverantwortung an der Universität trägt. Er kann diese Verantwortung nicht an einen Ausschuss delegieren.

3. Aus der Tatsache, dass viele Zusammenarbeit in den Gremien ermöglicht werden muss, wird der experimentelle Charakter des »Modells« abgeleitet. Indessen befinden sich Experimentcharakter und Entscheidungsbefugnis in einem Widerspruch. Die Organe des »Modells« hätten die Kompetenz, bleibende Beschlüsse mit Gesetzeskraft zu initiieren: also ist das »Modell« in seinen Auswirkungen kein blosses Experiment.

4. Innerhalb der bestehenden Universitätsordnung (vor allem Paragraph 33, 35-38) ist das »Modell« nicht durchführbar. Das »Modell« sieht vor, dass die Mitglieder der Fakultät gewisse Rechte (d. h. einen Teil der Entscheidungs-befugnisse) abtreten, dabei aber die volle Verantwortung für alle gefällten Entscheidungen tragen. Wohl ist Delegation der Entscheidungs-befugnis an sich möglich, doch geschieht sie an Kräfte, die den Delegierenden bereits bekannt sind; und die von den Delegierenden bestimmt werden können.

Das »Modell« sieht einen geschäftsführenden Fakultäts-Ausschuss vor, einen Ausschuss für Studien- und Prüfungsfragen, sowie zwei Ad-hoc-Kommissionen, einerseits für die Beförderung und Wahl von Professoren, andererseits zur Erteilung der Lehrbefugnisse an Privatdozenten. Die hier vorgesehene Verwaltungsorganisation erscheint aus folgenden Gründen der Fakultät nicht zweckmässig zu sein:

1. Die Aufgaben des geschäftsführenden Fakultätsausschusses werden nur negativ umschrieben, so dass sich nicht voraussehen lässt, welche Geschäfte in den Kompetenzbereich dieses Ausschusses fallen.

2. Wenn, wie heute, die Fakultät im Plenum tagt, stehen alle Mitglieder mit ihrer Sachkenntnis und Erfahrung zur Verfügung, wobei sie Gelegenheit haben, beide zu erweitern, auch wenn sie nicht direkt am jeweiligen Sachgeschäft beteiligt sind. Bei einer Beschränkung der Fakultät auf einen kleinen Ausschuss würde dies nicht mehr der Fall sein.

3. Der Ausschuss für Studien- und Prüfungsfragen, in welchem die Mitglieder der Fakultät in der Minderheit sind, soll seine Anträge in Sachen Prüfungsreglemente, Erteilung von Lehraufträgen, Organisation der Prüfungen und der Studienberatung direkt an die Oberbehörden stellen. Die Fakultät müsste demnach auch Anträge vertreten, bei denen sie überstimmt worden ist; das Problem von Entscheidungs-befugnis und Verantwortung zeigt sich hier besonders deutlich. Gerade in diesem Bereich würde die Fakultät ein vermehrtes Mitspracherecht der Studenten befürworten.

Die Fakultät ist bemüht, so bald wie möglich einen konkreten Gegenorschlag auszuarbeiten.

»zürcher student«

Offizielles Organ der Studentenschaften der Universität Zürich und der Eidgenössischen Technischen Hochschule.

Erscheint achtmal jährlich: Januar, Februar, Anfang Mai, Ende Mai, Juni, Juli, November, Dezember.

Redaktion: Georg Kohler (Politik, Hochschule), Sepp Moser (Aktionen), Willi Wottreng (Kultur und Unterhaltung), Christian Rentsch (Wissenschaft).

Verantwortlich für Produktion, Vertrieb, Werbung: Sepp Moser; Finanzen: Christian Rentsch.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz; Telefon (051) 47 75 30. Postcheckkonto 80-35598.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach 8021 Zürich; Telefon (051) 27 09 50 (Kioskvertrieb intern 628).

Inserate: Dr. H. Dütsch, Bahnhofstrasse 37, 8001 Zürich; Telefon (051) 23 83 83, Postcheckkonto 80-29634.

Einzelbezugpreis 80 Rappen. Jahresabonnement Fr. 6.- auf Konto 80-35598.

Unverlangt eingesandten Manuskripten bitten wir Rückporto beizulegen.

Die im »zürcher student« publizierten Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder; diese deckt sich nicht unbedingt mit derjenigen der Redaktion oder der Studentenschaften. Offizielle Mitteilungen der Studentenschaften finden sich auf der »Seite der Studentenschaften«.

Der »zürcher student« ist unabhängig von politischen Gruppen oder Geldgebern. Einziges kommerzielles Ziel ist es, selbsttragend zu erscheinen. Die Redaktion ist je zur Hälfte von den Studentenschaften der Universität und der ETH gewährt.

Marijuana

eine Diskussion

Wie sehr eine unvoreingenommene Diskussion um Marijuana heute noch erschwert ist, zeigte mir ein telefonisches Gespräch, das ich mit einem sehr angenehmen Zürcher Mediziner führte. Als ich ihm darlegte, der zürcher student beabsichtige, das Thema Rauschmittel einmal grundsätzlich vorzulegen, verfiel er auf den andern Moment in eine nicht wiederzugebende Tirade über Sensationsjournalismus und, ja, er wisse schon, was mit solchen Artikeln beabsichtigt sei. Man solle doch die Sache am besten totschweigen! - Leider war er nicht der einzige Toxikologe, der Baudelaire

In den letzten Jahren hat sich der Haschischmissbrauch unter Jugendlichen und Heranwachsenden in den europäischen Grossstädten überraschend schnell ausgebreitet. Verschiedene Beobachtungen deuten darauf hin, dass auch in unserem Land Haschisch zunehmend missbräuchlich verwendet wird. Einige Zirkel wurden bereits ausgehoben. Die Gefahren des Haschischmissbrauchs sind zu wenig bekannt und werden leider immer wieder bagatelisiert.

Definition

Haschisch ist das Harz, das aus den Hoch- und Deckblättern der weiblichen Blütenstaude der Pflanze *Cannabis sativa L. var. indica*, (indischer Hanf) gewonnen wird. Marijuana sind getrocknete Blätter und Blüten des indischen Hanfkrauts, die zur Blütezeit geerntet und getrocknet und in der Regel zum Rauchen zerschnitten werden. Je nach Sprache und Gebiet wird Marijuana verschieden bezeichnet, in Südamerika nennt man es Machona, in Marokko Kif, in Südafrika Dagga und in Bhand Bhang.

Wirksubstanz und Anbau

Nach Isbell, de Boor u. a. sind die psychotoxischen Wirksubstanzen Tetrahydrocannabinol, Cannabinol und Cannabidiol, die sich nur im Hanfkraut in wirksamer Menge finden, wenn die Pflanze in subtropischem oder tropischem Klima gewachsen ist. Hanfkraut und Haschisch mit psychotoxischem Effekt stammt deshalb aus dem Vorderen oder Mittleren Orient, aus Afrika oder Südamerika. Indischer Hanf kann

Es gibt Augenblicke in unserer Existenz, wo Zeit und Raum eine grössere Tiefe gewinnen und wo das Gefühl zu existieren unerhört zunimmt (Baudelaire).

Erst im Zug, als die Nachbarin mir die ganze Zeit so freundlich zunickte, merkte ich es. Offenbar grinst sie auch andauernd. Jedenfalls sah ich in den Fensterscheiben, dass meine Augenwinkel sich stets bei den Ohren hinten aufhielten, und ich brachte die Dinger einfach nicht mehr herunter. Das heisst, ich wollte es gar nicht.

Ich war zwar schon immer eine sonnige Figur gewesen.

Ich lächelte noch auf dem Heimweg nachts um zwölf. Juhu, ich war die Waldfee. Todsicher. Mir war so wohl zumute wie fünf chinesischen Köchen. Nicht, dass ich gesprungen wäre. I, wo, allein schon das Gehen war eine wirkliche Sensation; man bedenke: zuerst den rechten Fuss vor und dann den linken und immer so weiter.

Zu Hause angelangt, wollte ich gar nicht erst einkehren. Ich fühlte mich wie vormittags um elf und fand ohnehin, warum denn Schneelandchaft mitternachts so taghell beleuchtet sei. Es war da gar kein Unterschied. Also marschierte ich weiter. Den Hügel hinan. Mich wundernd, dass Landschaft so etwas Plastisches ist, und glaubte nicht, sie sei das früher auch gewesen. Als ob ich die Bäume nun endlich einmal in Stereo sähe. Nein, ich spürte sie, ich fühlte, wie dort jener Gartenzaun stand (er stand einfach, auch das war mir früher nicht aufgefallen). Und dann die Perspektiven: Sie schnitten sich durchaus nicht im Unendlichen, viel früher, hatten es eilig, ganz nahe bei mir.

Nachdem ich zwei Kilometer marschiert war, bewunderte ich meine Kondition. Die Beine liefen wirklich allein, und ich liess ihnen die Freude. Nur Autos ängstigten mich.

Ich legte mich in die Pflanze: Ich versank darin wie in Schaumgummi. Es fiel mir auf und war einfach herrlich. Dann löschte ich das Licht, klappte die Augenlider zu, behielt aber die Augen offen und sah im Dunkeln die farbigen versteckten Muster.

Ich brauchte nur genau hinzusehen: Ins Schwarze eingetrützt würde

auch in unseren Breiten angepflanzt werden. Die Pflanzen enthalten aber keine genügende Menge von Cannabinolen, um einen psychischen Effekt hervorzurufen. Die wichtigste Wirksubstanz, Tetrahydrocannabinol, wurde 1966 synthetisiert. 2 bis 3 Tropfen dieser psychotoxischen Substanz genügen, um die gleiche Wirkung hervorzurufen wie eine Dosis Haschisch. Der synthetische Wirkstoff ist nach neuesten Meldungen aus Washington in Amerika bereits in Missbrauchskreisen auf dem Schwarzmarkt in Erscheinung getreten.

Schwarzhandel

Das in Europa verwendete Haschisch und Marijuana stammt fast ausschliesslich aus dem Orient, insbesondere aus Kabul und Istanbul, zum Teil auch aus Nordafrika. Es wird durch Reisende oder durch Jugendliche selbst nach Europa geschmuggelt und in den verschiedenen Grossstädten auf dem schwarzen Markt an Schüler und Studenten vertrieben. Es wird als Harz oder als ganz fein zerschnittenes Pflanzmaterial, selten als gepresstes Hanfkraut oder als Pulver geschmuggelt. Das in den USA verwendete Marijuana stammt vorwiegend aus Mexiko und Südamerika und wird über einen organisierten schwarzen Markt an Jugendliche verkauft.

Anwendungsarten

Haschisch wird in Europa fast ausschliesslich geraucht. Im Orient wird es auch gekaut, geschnupft und als Hanföl getrunken. In Europa wird es in der Regel mit Tabak gemischt und in Pfeifen oder Zigaretten geraucht.

weisse Figuren, die sich beständig auflösten wie Papas Kaleidoskop. Bei Gelegenheit ärgerte ich mich über die Monotonie und liess mehr Farbe verwenden: Vor allem Blau und Grün stellte sich im Ueberfluss ein, surrten vor mir herunter wie in Filmstreifen. Gelb kriegte ich nie, nur einmal hinter Grün versteckt. Dafür Orange: eine barocke Balustrade, ganz in Orangetönen vor dunklem Hintergrund.

Ich zündete die Nachtschlampe an, um mir das Motiv aufzuzeichnen. Es war wirklich so schön, und ich finde es auch heute noch.

Einmal fiel mir auf, dass da beständig Stimmen schwatzten. Es waren eindeutig die vom Vorabend: auch hier, ich brauchte nur genau hinzuhören, dann verstand ich sie. Einer sagte: »Und überhaupt, schon stellte das entsprechende Bild sich ein.«

Es waren vier Ich am Werk. Eines, das auf die Bilder aufpasste - es ging wirklich nicht um mehr, und eigentlich glaube ich auch jetzt noch, dass solche Bilder ohne weiteres zu sehen wären, wenn man sich ein bisschen anstrengen könnte. Ein zweites Ich achtete auf die Geräuschkulisse, die wahrscheinlich auch immer vorhanden ist. Ein drittes gab da monotone Kommentare ab, es konnten auch Regieanweisungen sein, sagte immer: »Ein Bild, ich höre, da dieser, komm näher und ähnliches Zeug. Das vierte schliesslich versuchte sich in gescheiten Reflexionen: dachte in Freuds Traumtheorien, stellte Bezüge zu schon einmal Gesehenem her, ermahnte mich, dieses oder jenes nicht zu vergessen, und entschied schliesslich, wann Licht zu machen sei, um Stichworte zu notieren - und über allem lag ich.

Irgendwann einmal schlief ich ein. Das Ganze hatte ungefähr dreiviertel Stunden gedauert.

Dieser Bericht wurde am Morgen nach dem Rauscherlebnis niedergeschrieben. Verfasser ist Stud. und die Redaktion kennt, will aber wegen möglicher politischer Repressionen ungenannt bleiben.

und Hugos, Benns und Balzaes poetische Stimulantia so sehr moralisch übers Kreuz schlug, ohne vorher exakte medizinische Informationen anzugeben.

In der Folge baten wir P. Kielholz, Professor an der Psychiatrischen Klinik Friedmatt, Basel, um Stellungnahme, der als internationale Kapazität auf diesem Bereich gilt. Er fasste uns das ganze Problem freundlicherweise zusammen, doch können seine aussermedizinischen Beurteilungen kaum unwidersprochen bleiben. Einer unserer Mitarbeiter, R. Lüscher, setzt sich mit ihm auseinander. Zur Dokumentation publizieren wir zwei authentische Berichte über einen Haschisch- bzw. Meskalin-Trip - zwei Drogen, die allerdings in Wirkungsart und Gefährlichkeit nicht zu vergleichen sind. Für weitere Literatur vergleiche die Arbeit von R. W. Leonhardt, die nächsten bei Piper, München, erscheint. Leonhardt fasst seine Untersuchungen folgendermassen zusammen: »Kein einziges der sogenannten Rauschgifte ist giftig im Sinne von nachweisbar unter allen Umständen gesundheitsschädlich (...). Giftig ist nur, was in zu grossen Mengen genossen wird. Die Sucht sucht zu grosse Mengen.«

raucht. Durch Inhalation des Rauchs wird die grösste psychotoxische Wirkung erreicht. Der Effekt kann durch den zeitlichen Abstand und die Tiefe der Inhalation der Züge besonders gut dosiert werden. Durch die Inhalation des Rauchs entsteht ein Rausch.

Akute Intoxikation

Die ersten Züge sind meist unangenehm, sie lösen Brennen im Hals, Reizhusten, Tränenfluss, leichten Schwindel, Kopfschmerz und Uebelkeit, gelegentlich Brechreiz aus. Die initiale unangenehme Phase wird schnell durch fröhlich-heitere Stimmung mit Neigung zum Lachen überdeckt. Es entsteht ein Gefühl der Leichtigkeit, des Schwelbens, des Fliegens, oder die Umwelt fliegt vorbei wie im fahrenden Zug. Das Entrücktsein führt zu einer wolgigen Gleichgültigkeit gegenüber den Alltagsproblemen und der Vergangenheit. Das Denken wird subjektiv beschleunigt. Der Assoziationsreichtum mit erhöhter Phantasietätigkeit führt oft zu Selbstüberschätzung mit Grössenideen. Gehobene Stimmung und gefühlsbetontes Denken bedingen eine psychomotorische Enthemmung mit erhöhtem Bewegungsdrang. Vereinzelt kann auch stilles ruhiges Vorsichhinträumen beobachtet werden.

Alle Sinneswahrnehmungen werden schärfer und gesteigert, insbesondere Farben werden brillanter, greller und intensiver wahrgenommen, und Musik wird tiefer und aufwühlender empfunden. Bei hohen Dosen treten vorwiegend optische Illusionen und Halluzinationen mit Veränderung des Zeit- und Raumgefühls auf. Besonders Depersonalisationserlebnisse und Störungen des Körperschemas können akute panikartige Angstattacken mit Selbst- oder Fremdaggressionen auslösen.

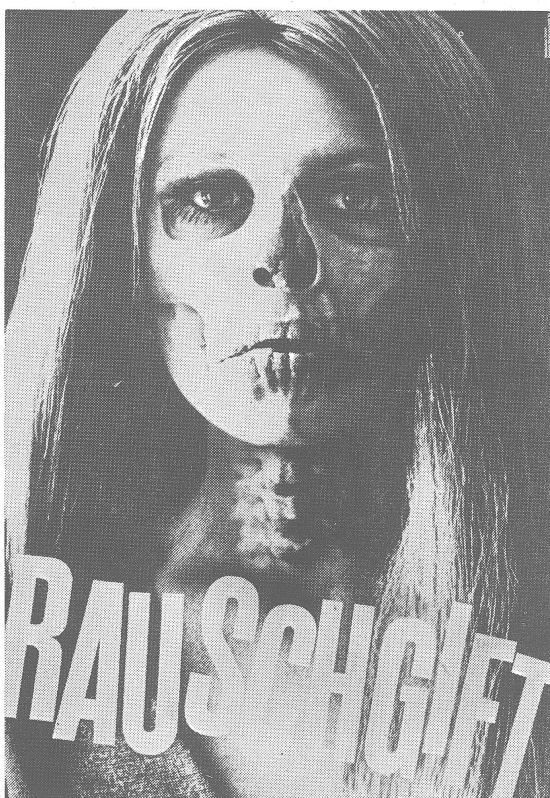
Der Rauschzustand dauert je nach Dosierung 1 bis 6 Stunden und ist gefolgt von Hungergefühl, Müdigkeit, Apathie, gelegentlich Schlaf. Nach dem Schlaf kommt es aber zu mürbischen Verwirrungen, Uebelkeit, Kopfschmerzen und depressiven Nachschwankungen.

Chronische Intoxikation

Bei wiederholtem, langdauerndem Missbrauch von Haschisch oder Marijuana treten dysphorische Verstimmlungen mit plötzlichen Erregungszuständen, aber auch deliranten Zuständen auf. Gelegentlich können auch Tage bis Wochen dauernde halluzinatorische Zustandsbilder mit vorwiegend optischen Sinnestäuschungen und Wahrnehmungen im Sinn eines Verfolgungswahns beobachtet werden. Neben diesen andauernden Wahnzuständen führt die chronische Intoxikation auch zu Depressionen mit akuten Verstimmlungen und zu Charakterveränderungen, insbesondere zu Willensschwäche, Verlust des Pflicht-, Takt- und Schamgefühls mit starken Verwahrlosungstendenzen.

Motive zum Haschischmissbrauch

Bei den in unserer Klinik beobachteten Haschischmissbrauchern und den in Zürich ausgehobenen Haschischzirkeln handelt es sich vorwiegend um Jugendliche und Heranwachsende, die aus Sensationslust und Renommiersucht, zum Teil aus reiner Neugierde die Wirkung der Drogen erproben wollten. Auch in Schweden, Holland, Dänemark, Deutschland und Oesterreich rekrutieren sich die Missbraucher fast ausschliesslich aus Jugendlichen und Heranwachsenden, die aus Sensationslust und Neugierde, zum Teil auch aus sexuellen Motiven Haschischparties durchführen. Haschisch wird in Europa fast immer in Gruppen, die oft gemischtgeschlechtlich sind, geraucht, und man hört Musik und tanzt miteinander. Vielfach handelt es sich um Luxusverwahrloste, die ihre Leere und Langeweile durch einen noch nicht erlebten Sinnesreiz vorübergehend überspielen oder ihre unbefriedigende Situation für einige Stunden vergessen wollen. Neben der Neugierde, die durch sensationelle Zeitungsberichte genährt wird, spielen der Zusammenschluss in Gruppen von Eingeweihten und das Zusammenfinden mit Gleichgesinnten, aber auch die Opposition gegen Tradition und Erwachsenenwelt eine Rolle. Angestrebt wird Lustgewinn oder Unlustverhütung und eine Flucht aus der Realität in eine von Alltagsproblemen befreite Scheinwelt.



Sind Haschisch-Mädchen sexy?

Die Gefahren des Haschischmissbrauchs werden leider zum Teil auch von medizinischer Seite (England) bagatelisiert. Es wird angeführt, dass Haschisch keine Toleranz, keine körperliche Abhängigkeit und keine spezifischen Abstinenzsymptome hervorruft, also kein eigentliches Suchtmittel sei. Dabei wird vergessen, dass durch das Rauscherlebnis eine seelische Abhängigkeit entsteht, die zur Wiederholung und wenn möglich zur Steigerung des Rausches drängt und deshalb den Charakter des »Nichtmehraufhörens« hat. Da jeder Lustgewinn nach Wiederholung und Steigerung des Lustempfindens verlangt, suchen viele Haschischmissbraucher nach kurzer Zeit nach stärker und länger wirkenden Drogen. Sie gehen über auf Phantastica, auf Stimulantien, oft aber auch auf Hypnotica und Opiate. Gelegentlich werden sie polytoxikoman, indem sie immer wieder andere Medikamente ausprobieren. Die von mir in den USA untersuchten Heroisten haben zum grossen Teil schon im Alter von 12 bis 16 Jahren mit Marijuana begonnen, um später auf Heroin überzugehen. Die in unserer Klinik beobachteten Haschischmissbraucher wurden polytoxikoman, indem sie zum Teil neben, zum Teil nach dem Haschisch noch Weckamine, Opiate oder Hypnotica einnahmen, Haschisch

Gottfried Benn (Arzt und Dichter): »Potente Gehirne stärken sich nicht durch Milch, sondern durch Alkaloide.«

liche Abhängigkeit und keine spezifischen Abstinenzsymptome hervorruft, also kein eigentliches Suchtmittel sei. Dabei wird vergessen, dass durch das Rauscherlebnis eine seelische Abhängigkeit entsteht, die zur Wiederholung und wenn möglich zur Steigerung des Rausches drängt und deshalb den Charakter des »Nichtmehraufhörens« hat. Da jeder Lustgewinn nach Wiederholung und Steigerung des Lustempfindens verlangt, suchen viele Haschischmissbraucher nach kurzer Zeit nach stärker und länger wirkenden Drogen. Sie gehen über auf Phantastica, auf Stimulantien, oft aber auch auf Hypnotica und Opiate. Gelegentlich werden sie polytoxikoman, indem sie immer wieder andere Medikamente ausprobieren. Die von mir in den USA untersuchten Heroisten haben zum grossen Teil schon im Alter von 12 bis 16 Jahren mit Marijuana begonnen, um später auf Heroin überzugehen. Die in unserer Klinik beobachteten Haschischmissbraucher wurden polytoxikoman, indem sie zum Teil neben, zum Teil nach dem Haschisch noch Weckamine, Opiate oder Hypnotica einnahmen, Haschisch

Bericht übers bessere Leben

Die vorliegende Arbeit wissenschaftlich zu kritisieren, ist unmöglich, weil sie keine Korrelationen bringt. Sie muss auf ihre implizite Ideologie durchsichtig gemacht werden.

Zuerst heisst es vom Haschisch: es wird missbraucht. Später, wenn das Vorurteil sich festgesetzt hat, folgt noch eine Definition, was das ist, Haschisch. Die Rhetorik des Texts bleibt bei diesem Mechanismus; sie zielt nicht auf Erklärung, sondern auf Abschreckung. Zwingend endet die Expertise mit einem Absatz, der die einzige Zahl des Aufsatzes bringt: dass Haschisch zu »besitzen, aufzubewahren... auszuführen« - wenn es vorsätzlich unterlassen wird - 30 000 Fr. Busse kosten kann. Die Drohung mit dem Strafgesetz soll zudecken, dass Haschisch aus wissenschaftlich einseitigen Gründen nicht verboten werden könnte. Dabei spielt der aus Studentenprozessen bekannte Zirkel: »Gegen Haschisch wird ein Gesetz erlassen, weil es gefährlich ist, verschiebt sich zu: »Haschisch ist gefährlich, weil es verboten ist.« (Also wie bei Fritz Teufel: Teufel wird verhaftet, weil er ein Rädelführer sei - Teufel

ist, wenn es auch viele gibt, die nach einigen Parties mit dem Missbrauch aufhören, ein Schrittmacher für andere Süchte. Dabei muss besonders berücksichtigt werden, dass es sich bei den Haschischmissbrauchern in Europa und damit auch in der Schweiz vorwiegend um Jugendliche handelt. Es ist eine belegte Tatsache, dass, je früher eine süchtige Entwicklung einsetzt, die Suchtendenz um so grösser und die Prognose um so schlechter ist. Der Haschischrausch birgt die Gefahr panikartiger Angst, akuter paranoider Reaktionen und das Gefühl des Verdrücktwerdens mit Fremd- und Selbstaggression in sich. Haschisch ist bei chronischer Verwendung ein gefährliches Gift, da es zu anhaltenden Halluzinationen und Wahrverstellungen, Delirien, Depressionen und Verwahrlosungstendenzen führt und zudem ein Schrittmacher und Wegbereiter für andere gefährliche Suchtformen darstellt. Deshalb ist es unverantwortlich, die Gefahr des Haschischmissbrauchs zu bagatelisieren.

Gesetzgebung

Es ist zu wenig bekannt, dass Haschisch und Marijuana in allen Ländern, somit auch in der Schweiz, der Betäubungsmittelkontrolle unterstellt sind. Nach dem Bundesgesetz über die Betäubungsmittel wird, wer Haschisch oder Marijuana besitzt, aufbewahrt, entwendet, verteilt, kauft, verkauft, liefert, versendet, lagert, befördert, ein- oder ausführt, wenn er die Tat vorsätzlich begeht, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Busse bis zu 30 000 Fr. bestraft.

Der Artikel wurde am Schluss unwesentlich gekürzt. - Red.

fel ist ein Rädelführer, weil er verhaftet wurde.) Am Anfang war der Missbrauch; für Haschisch bleibt es dabei. Er kann nur »missbraucht« werden. Das färbt ab auf seine »Missbraucher«: Es sind »Gleichgesinnte«, »Jugendliche«, die »Zirkel« bilden und aus »Neugierde«, »Sensationslust«, »Opposition«, gar aus »sexuellen Motiven« - dann in »gemischt-geschlechtlichen Gruppen« Haschisch rauchen. Es sind also »Luxusverwahrloste«, die »beobachtet« und »ausgehoben« werden. Gemeinsam ist all diesen Reizwörtern, dass sie zum Verfolgen taugen, aber nicht zum Erklären. Zwar unreissen sie ein feststellbares Syndrom, das als »Luxusverwahrlosung« zu bezeichnen, aber nichts ist als ein hilfloser Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die jene bedingen, auszuklammern. Beschworen ist ein Komplex, der Ablehnung von Leistungsdenken, Autoritarismus, Lustentzug umfasst, der also ineins human und staatsgefährdend wäre. Damit kommt eine Analyse nicht zu Rand, die gesellschaftliche Normen stillschweigend als Voraussetzung benutzt, ohne je deren Rationalität zu hinterfragen. (Fortsetzung Seite 11)



現代日本

**«Japan heute»
die prächtige Schau
zeigt in der Foto-, Kino-
und Radiomesse
die Weltmarke «Canon»**

An ihrem Fachstand mit Werkberatung finden Sie eine umfassende Auswahl von «Canon»-Apparaten mit jedem Zubehör. Also auch die modernste «Canon Auto Zoom 814», die Heimkino-Kamera, mit der Sie wie ein Fachmann filmen können: Filmtricks, Zeichenfilme, Zeitlupe, jeder Zoom-Effekt, Ein- und Ausblenden – alles automatisch richtig belichtet auf Super-8-Film. Eine modernste Präzisionskamera typisch für «Canon» – und für die führende japanische Optik-Industrie. Jetzt im Lichthof

Jelmoli



MIZ – Spezial-Kurse in Mathematik

Für die Vorbereitung von Diplomprüfungen
an der ETH und an der Uni

Beginn: Wintersemester 6. Januar 1969
Sommersemester 9. Juni 1969
Kursbesuch im ersten Monat
gratis



(051) 44 83 35 Josefstr. 93 8005 Zürich
Nähe Hauptbahnhof-Limmatplatz
Morphologisches Institut Zürich
Dir. Hermann Holliger

Ihr Besuch freut uns

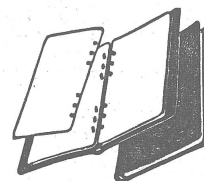
Unibar
Erfrischungsraum
Erfrischungsraum
Karl der Grosse
Olivenbaum

Universitätsgebäude
Zahnärztliches Institut
Tierspital
Kirchgasse 14 (auch 1. Stock)
Stadelhoferstr. 10 (auch 1. Stock)

Zürcher Frauenverein für alkoholfreie Wirtschaften

BIELLA

Ringbücher und
Kollegbücher



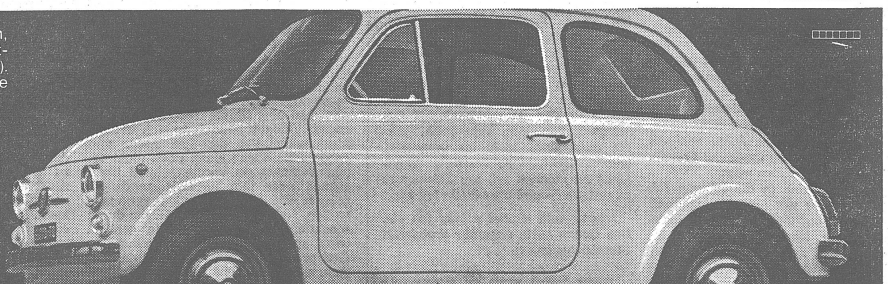
Seit Jahrzehnten eine be-
kannte BIELLA-Spezialität!

In vielen Formaten und
Farben,
mit 2, 3, 4 und 6 Ringen,
elegante, gepflegte Aus-
führung in Leder, Kunst-
leder und Plastic.

In Papeterie- und Bürofachgeschäften erhältlich. Achten Sie
bei Ihren Einkäufen stets auf die Marke BIELLA, es lohnt sich!

Das wenigste und nützlichste Auto unserer Zeit. 100 km/h,
5 lt/100 km, 4 Plätze, Sonnendach, Luxus-Ausführung, Luft-
kühlung, Heizung, Defroster. 1 Jahr Garantie (oder 15000 km).
Fr. 3980,- Fiat ein guter Name

5 FIAT 500



Der günstigste Antiverkehrschaos-Wagen auf spezieller Leasing-Basis für die Studenten. Auskunft beim Sekretariat der Studentenschaften der Universität und beim VSETH oder direkt bei der Fiat-Filiale in Zürich: Fiat Automobil-Handels AG, Freihofstrasse 25, 8048 Zürich, Telefon (051) 52 77 52

Konrad Farner:

Hoffnung und Wissenschaft

Dr. Konrad Farner, Marxist, Objekt blindwütiger antikommunistischer Pogrome, der in unserem Lande kaum Möglichkeiten der Publikation besitzt, antwortet in folgenden zwei Artikeln, die im letzten erschienen

I. Der falsche Ansatz (zum Aufsatz von Arnold Künzli)

... ebenso wie man heute nicht mehr von Marxismus schlechthin sprechen kann, sondern nur noch von einer Anzahl von Marxismen... Es gibt nicht eine Anzahl von Marxismen, es gibt nur einen Marxismus mit zahlreichen Auswirkungen, Ausfärbungen und Deutungen, analog dem Christentum, wo es ebenfalls nicht eine Anzahl von »Christentümern« gibt, sondern zahllose Auswirkungen, Ausfärbungen und Deutungen... Wie es ebenfalls nur einen Islam gibt mit etlichen Ausfärbungen – Resultat der Geschichte, der Ausbreitung und der verschiedenen Voraussetzungen.

Die Neue Linke hat diesen Irrationalismus zum Teil von Hegel und Marx geerbt, jedenfalls, soweit sie sich auf Marx beruft. Die Hegelsche Dialektik ist ein grandioser Versuch, die biblische Heilsgeschichte auf den philosophischen Begriff zu bringen. Marx hat diese Dialektik übernommen, bloss dass sich der Weltgeist bei ihm wesentlich der Ökonomie bedient, um dialektisch sein und der Menschheit zu überwinden und das kommunistische Reich der Freiheit zu konstituieren. Die Marxschen Begriffe – wie etwa derje-

Das Proletariat bei Marx und das »Paradies«

In weiterer Folge sind denn auch Begriffe wie »Proletariat« nicht spekulativ-metaphysischer Natur, sondern sehr reale Angelegenheiten der Gesellschaft, soweit das Proletariat bei Marx das ausserwählte Volk ist oder eine Schar erlösender Erzenge im Dienste Gottes. Ganz im Gegenteil, das Proletariat ist bei Marx mit allen menschlichen Mängeln der herrschenden kapitalistischen Klasse behaftet, es ist aber diejenige Klasse, die am meisten ausbeutet und unterdrückt ist und somit am ehesten eine revolutionäre Wandlung erstrebt, die Geschichte also vorwärts treibt. Ebenfalls versteht Marx unter Proletariat nicht eine Klasse, die gar keinen Privatbesitz kennt, sondern die Nichtbesitzenden an den das materiell Zentrum der Gesellschaft bildenden wichtigsten Produktionsmitteln. Das Proletariat hat keinen »menschlich-geschichtlichen Stellwert«, sondern einen konkret geschichtlichen, revolutionären »Stellwert«, der mit Heilsgeschichte nichts zu tun hat. Auch hier sollte man endlich im gesellschaftswissenschaftlichen Raum die inadäquaten theologischen Begriffe verlassen, um zu einer

Dialektik und Pseudothologie

Anschliessend ist im Aufsatz von Arnold Künzli zu lesen: »... Heilsgeschichtlichen Stellwert. Das gilt auch ganz besonders vom Begriff der Negation, die ja in der Dialektik die Rolle eines Motors spielt und schliesslich sogar zu einer Negation der Negation führt, in der die dialektische Entwicklung zum Abschluss kommt.« Der Autor transportiert die Dialektik in metaphysische, abstrakt-philosophische Bezirke; bei Marx ist jedoch die Dialektik ausgesprochen eine »physische« (Physik im umfassenden Sinne) Realialektik, die sowohl der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, allen seieuden Dingen und Geschmessen innewohnt. Sie kommt grundsätzlich nie zum Ab-

Die unaufhebbaren Unterschiede zwischen Christ und Marxist

Diese ständige Vermischung inadäquater Kategorien ist besonders dann unwissenschaftlich und verwirrend, wenn es sich um unaufhebbare Gegensätze handelt, Prinzipien, die beiden Kategorien immanent sind. Die christliche Anthropologie ist zuletzt eschatologisch verankert, die marxistische nicht; der Christ lebt unbedingt in der Verheissung, der Marxist nicht; die Rechtfertigung des Sünders bildet ein zentrales Thema der christlichen Anthropologie, die in die Gnade Gottes eingebettet ist; die »Sünde« existiert in diesem Sinne in der marxistischen Anthropologie nicht, sondern sie ist als das »Böse« allein durch die Geschichte des Menschen erklärbar, sie ist kein Absolutum und grundsätzlich nicht metaphysisch zu rechtfertigen. Für den Christen ist die Liebe zum Nächsten nichts anderes als die konkretisierte Liebe zu Gott, für den Marxisten ist es ein menschlich-immanentes Prinzip. Der Christen ein göttlich-transzendentes Problem (ich gehe hier nicht ein auf die gegenwärtige theologische Diskussion über die Immanenz oder die Transzendenz Gottes).

Wenn Karl Marx dazu noch zu einem alttestamentlichen Propheten und der Marxismus als das Resultat eines alttestamentlich-neutestamentlichen, persönlichen Spannungsfeldes des Begründers umgedeutet wird, ist dies in doppelter Hinsicht misslich: als missverständlicher Marxismus und als missbrauchte Theologie. In der jetzigen theologischen Auseinandersetzung und hat mit Wissenschaft nichts zu tun, auch wenn die Erkenntnisse

sind und die sich kritisch mit der Theorie der Neuen Linken resp. der Praxis des Sozialismus beschäftigt hatten: Arnold Künzli »Vernunft und Apokalypse«, Werner Stieger »Kibbuz«.

herkömmlichen theologischen Begriffswelt vor sich, ein Umstand, der verständlich ist, weil diese Begriffswelt seit Generationen von theologischen Denkern die Kategorien der menschlichen Geschichte zu fassen sucht. Einem Nichttheologen wie Künzli jedoch steht sie nicht an, besonders dann nicht, wenn er sich als säkularisierter Historiker und Psychologe und, so ich mich nicht täusche, philosophisch als Positivist vorkommt.

Die Hegelsche Dialektik ist ebenso wenig ein Versuch, die biblische Heilsgeschichte auf den philosophischen Begriff zu bringen (das kann man gar nicht, weil es sich um zwei ganz verschiedene Ebenen handelt), wie sich bei Marx der »Weltgeist« der Ökonomie bedient. Bei Marx existiert kein »Weltgeist«, der sich der Ökonomie bedient, sondern die Entwicklung der Ökonomie als Basis der Gesellschaft ist nichts anderes als der innerste Kern des Erhaltungsprinzips der Gattung Mensch, eine sehr konkrete Angelegenheit, die sich durch das ständige Suchen des Menschen nach einer vollkommeneren technisch-wissenschaftlichen, ihm dienbaren Dingwelt entwickelt, um das Leben besser und sicherer zu gestalten – vor primitiven Werkzeug der Steinzeit bis zum Computer der Gegenwart. Von Metaphysik und Weltplan ist keine Rede; diese Kategorien oder Kriterien befinden sich völlig ausserhalb des marxistischen Raums.

Nichtdialektiker und Mythologie

Weiter ist u.a. zu lesen: »... Im Letzten stösst man bei Marx immer nur auf das Prinzip einer dialektischen, revolutionären Negation, die dem Menschen bloss die Aufgabe stellt, sich mit ihr zu identifizieren und so der Geschichte die erforderlichen Hebammerdienste zu leisten.« Nun, das »Letzte« bei Marx (aber es gibt bei Marx gar

II. Der zu kleine Ansatz (zum Aufsatz von Werner Stieger)

Hier geht es nicht um Missverständnisse und auch nicht um Pseudothologie, sondern um geschichtliche und anthropologische Thesen. Werner Stieger folgt aus einem relativ sehr kleinen Teillaspekt heraus auf ein Ganzes, obwohl er gleich zu Beginn eine Einschränkung vornimmt: »Es ist faszinierend, sozialistische Theorien konkretisiert zu erleben, und der Gedanke, den Kibbuz als Modell für eine umfassende Gesellschaftsreform oder wenigstens als Vorbild für eine Teilreform anzunehmen, ist verlockend.« Nun, Stieger hat dann diese richtige Einschränkung weitgehend blassgelassen und sein zeitlich kurz bemessenes, persönliches Erlebnis verallgemeinert, ohne die prinzipiellen und gesamtgeschichtlichen Aspekte zu sichten.

Sozialistischer Kibbuz im kapitalistischen Israel

So ist festzuhalten, dass der israelische Kibbuz nur eine kleine Oase darstellt in der »Wüste« der ihm umgebenden nichtsozialistischen Welt. Israel ist kein sozialistischer Staat, noch weniger eine Gesellschaft, die die kommunistische Gesellschaftsordnung als Ziel gesetzt hat. Im Gegenteil, Israel ist im Grunde ein bürgerlich-kapitalistischer

»Die Erziehung des Menschengeschlechts«

Im Laufe der Geschichte kommunistischer Gründungen haben alle solchen Gemeinschaften – abgesehen von relativ kleinen und völlig autarken Gebilden wie einzelne Klöster oder die protestantischen Brüdergemeinden in Südamerika – ein Desaster erlebt (man denke an Owen), zum einen deshalb, weil die nichtsozialistische Umwelt weit stärker oder weit die materielle Basis ungenügend fundiert war, zum andern deshalb, weil der Mensch nicht plötzlich oder in kurzer Zeit seine seit bald dreitausend Jahren individualistisch zentrierte Ethik in eine Gemeinschaftsethik zu überführen vermag. Diese eminent wichtige Voraussetzung als Aenderung des ethischen Bewusstseins ist nicht nur eine Sache materieller gesellschaftlicher Veränderung (wie es viele Marxisten angenommen haben), und es ist nicht nur eine Sache geistiger Veränderung (wie es viele Christen angenommen haben), sondern beides muss gleichzeitig und gleich stark verändert werden.

Freuds methodologisch angewendet werden.

Gleiches ist zu sagen von der üblichen Redeweise, der Marxismus sei säkularisiertes Christentum. Kurt Lüthi, der protestantische Theologe an der Universität Wien, hat in seinem aufschlussreichen Aufsatz »Theologie zwischen gestern und morgen. Interpretationen und Anfragen zum Werk Karl Barths« diese Sache eindeutig präzisiert: »... der Marxismus will nach seinem Selbstverständnis nicht säkularisiertes Christentum sein, und er gibt von seinem Selbstverständnis her dem christlichen Glauben entweder überhaupt keine Chance oder nur eine Chance auf der Ebene des Humanismus. Ein echter Dialog mit dem Marxismus wird nur dann möglich sein, wenn der Christ dieses Selbstverständnis ernst nimmt. Interpretationsabsichten, die dem Selbstverständnis eines Gegenübers widersprechen, sind um des Dialoges willen kritisch zu zusetzen...« Das gilt eben nicht allein ein guter Teil jeder Christ noch Marxist ist und aus dieser seiner Situation heraus gerade deshalb nicht wenig beiträgt zum ideologischen, pseudowissenschaftlichen Durcheinander.

Ebenfalls gibt es bei Marx keinen »Glauben an die schöpferische Kraft der Negation«. Auch hier arbeitet Künzli mit inadäquaten Begriffen. Er steht allerdings nicht allein ein guter Teil jeder Christ noch Marxist ist und aus dieser seiner Situation heraus gerade deshalb nicht wenig beiträgt zum ideologischen, pseudowissenschaftlichen Durcheinander.

kein »Letztes«) ist alles, nur kein Prinzip einer dialektischen Negation, sondern eine dialektische Position im ewigen dialektischen Prozess; die Negation »stellt dem Menschen keine Aufgaben« – das ist reine Metaphysik –, sondern der konkrete Mensch stellt sich selber konkrete geschichtliche Aufgaben, Aufgaben, die er nicht erfindet, sondern vorfindet. Der Mensch leistet keine Hebammerdienste der Göttin Minerva, im Gegenteil, er stellt sich Aufgaben, die der realen gesellschaftlichen Situation der jeweiligen Gegenwart und nahen Zukunft entsprechen.

Wenn schon jemand, um Künzli's Worte zu gebrauchen, von einer »Verabsolutierung des Prinzips Negation« spricht, ist es Künzli selber, der diese Verabsolutierung, allerdings im grossen Gegensatz zur revolutionären Jugend, rein abstrakt-philosophisch vornimmt und nicht konkret-verpflichtend. Künzli ist gewissermassen ein Mythologe, der immer wieder mystifiziert, und sei es sogar die »psychographische Biographie von Karl Marx. Wenn er schreibt: »An Mythen, Metaphysiken, Utopien und Theologien der Revolution herrscht kein Mangel. Was nottäte, wäre eine Konfrontation dieser Mythen, Utopien und Eschatologien mit den sozioökonomischen und politischen Fakten...« So trifft dies meines Erachtens genau auf Arnold Künzli zu, wenn er über Marx und Marxismus schreibt.

Mit Recht stellt Stieger fest, dass in dem von ihm besuchten Kibbuz noch alle menschlich-individualistischen Mängel vorherrschen, die uns hier geläufig sind: die soziale und moralische Differenzierung zwischen Kibbuzmitgliedern und den »brickworkers«, die oberflächliche Prüfung neuer Mitglieder auf ihre menschliche Eignung hin, die Forderung nach besonderer Entschädigung für besondere Leistung, die Ermöglichtkeit, eine »Privatphäre« zu ermöglichen, die Konfrontation mit andern Lebensformen (Militärdienst, Hochschulstudium), persönliche Auseinandersetzungen usw. Diese Betrachtungen stimmen zweifellos; aber der Verfasser fragt nicht nach den Quellen dieser »unsozialistischen« Verhaltensweisen.

Staat mit einer vorwiegend kapitalistischen Wirtschaftsstruktur und einer bürgerlichen, wenn auch zum Teil religiös verankerten Denkweise. Die Kibbuz sind wohl sozialistische Produktions- und Konsumtionsgemeinschaften, jedoch weitgehend abhängig von der Gesamtstruktur des Landes in ihrer sozialen und ideologischen Realität.

Der Mensch ist von Natur aus weder ein nur soziales Wesen noch ein nur soziales Wesen, es gibt hier keine absoluten Kategorien – das Böse existiert wie es z.B. der im Grunde manichäische Paulus und in dessen Gefolge (man denke an Augustinus oder an Luther) die bis heute vorherrschende Theologie mit ihrer »Erbsünde« als Symbolum des Bösen statuiert; wie umgekehrt der Mensch als solcher nicht »gut« ist, wie es Rousseau und ein Teil der bürgerlichen Aufklärung postulierten. »Die Erziehung des Menschengeschlechts«, um mit Lessing zu reden, ist die Geschichte eines ausserordentlich langwierigen und ungenießbar schwierigen Prozesses. Aber es gibt weder den »unschuldig guten« noch den »unschuldig bösen« Menschen; der Mensch ist nicht, wie Stieger meint, »grundsätzlich schlecht« – dieser Manichäismus sollte heute, trotz Auschwitz, Hiroshima oder Vietnam, wissenschaftlich nicht mehr vorgetragen werden.

Zur Anthropologie

Zudem ist die These eines »grundsätzlich bösen oder schlechten Menschen« meist die These der Ausbeutenden und herrschenden Klasse, die damit ihre Herrschaft gegenüber den Ausbeuteten positiv oder negativ rechtfertigt. Es ist heute ausgesprochen die These des kapitalistischen Bürgertums, das damit seinen überbetonten Individualismus, seinen Egoismus und seine Profitgier »naturrechtlich« verankert, verabsolutiert, wie denn auch das Naturrecht selber nichts anderes ist als die nachträgliche Verabsolutierung und Sanktionierung des herrschenden positiven Rechts (was wurde nicht alles im Laufe der Geschichte naturrechtlich verteidigt – sogar die Atombombe!). Dieses individualistisch zentrierte Naturrecht hat heute nicht einmal mehr von der Theologie (es sei denn von einem Hoftheologen der CDU wie Thielicke) vertreten – die »Bibeln« sind nicht mehr fundamentalistisch ausgelegt. So ist die These Stiegers eine Verabsolutierung des individualistisch-egoistisch ausgerichteten Menschen, die zum Ergebnis führt: Man kann die Welt doch nicht verbessern, man kann nichts ausrichten, es hat immer Kriege gegeben und es muss Not und Leid sein, der Mensch ist selbstschuldig und bleibt selbstschuldig, die Welt will betrogen sein usw. usw. – Es ist im Grunde, bewusst oder unbewusst, die Rechtfertigung der gesellschaftlichen und persönlichen Misere.

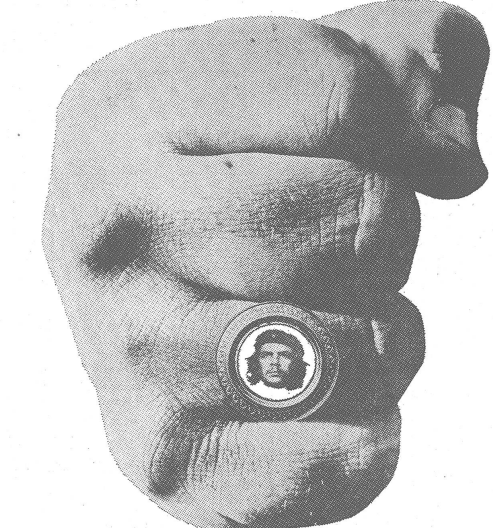
Wenn Stieger weiter vermerkt, dass »das Kollektivleben von jedem einzelnen ungeheure Verachte fordert und dass der Mensch dazu unter normalen Umständen nicht bereit ist, wird wiederum der bürgerlich-egoistische Mensch mit dem Menschen schlechthin identifiziert und die »normalen Umstände« mit den bürgerlich-kapitalistischen Umständen. Selbstverständlich können zwei-, dreitausend Jahre egoistische Erfahrung als Lebensnotwendigkeit (besser: Lebensnötigung) der ausbeuterischen Klassenherrschaft nicht inerten wenigen Generationen umgestülpt werden, besonders dann nicht, wenn die herkömmliche individualistisch-egoistisch ausgerichtete Traditionsethik noch in umfassender Weise existiert und die Versuche einer Aenderung erst beginnen oder wenn die Theoretiker einer Gemeinschaftsethik (seien diese christlich oder marxistisch) schöne Riesenkanne bauen, während die Stuben voll Russ und Rauch bleiben.

Von der Individualtheik zur Gemeinschaftsethik

Wenn Stieger weiter schreibt: »Auf jeden Fall wäre meines Erachtens zuerst der Mensch und dann die Gesellschaft in einem umwälzenden Sinne zu ändern«, berührt er damit das zentrale Problem des Sozialismus-Kommunismus überhaupt. Die Antwort wurde bereits oben erteilt. Die gegenwärtige Praxis – und allein die gesellschaftliche Praxis entscheidet, weil die Wahrheit sowohl für den Christen wie für den Marxisten immer nur konkret ist – hat dieses Problem im gewaltigsten Umfang aufgenommen: Die Geschichte des Sozialismus zeitigte trotz der evangelischen Botschaft der Liebe kaum eine Aenderung des egoistischen Menschen, weil die Christenheit und mit ihr die institutionellen Kirchen die Botschaft wohl verkündeten, aber nicht lebten und weil sie sich im Laufe der letzten Jahrhunderte in die bürgerlich-egoistische Gesellschaft integrierten – die Theorie vermochte trotz der vielen Riesenkanne als Kirchentürme den wirklich christlichen Menschen nicht zu verwirklichen. Andererseits veränderte der Marxismus z. B. in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution wohl die materielle Gesellschaftsstruktur, aber sehr wenig den Menschen – Resultat nicht zuletzt einer ungemäss schwierigen historischen Situation, die die konkreten Ansätze bei Lenin beiseite schob trotz der Zielsetzung, der materiellen Not gehorchend.

Der Versuch beider, der Christen wie der Marxisten, war jeweils im Grunde undialektisch, weil das Christentum eine nur ideale, der Marxismus vorab eine nur materielle Umwälzung praktizierte. Die Verlegung der Erlösung in die Einzelpersönlichkeit, seit Paulus und Augustinus und dann besonders durch die Reformation, ist ebenso symptomatisch wie die Betonung der Materialität als missverstandene dialektischen Materialismus durch die sowjetische Partei. Erstmals wird heute im grossen Massstab durch die chinesische Kommunistische Partei, ausgehend von den Gedanken Maos, der Versuch unternommen, den materiell-gesellschaftlichen Aufbau mit dem ideellen Aufbau einer Gemeinschaftsethik gleichzeitig und gleich stark zu realisieren und praktisch zu vereinen. Es ist derselbe Versuch, der von Lenin, wie oben erwähnt, im ersten Jahrzehnt nach der Oktoberrevolution, 1917 unter anderem worden ist; die Chinesen wollen die sowjetische Deformation, welche die Mechanismen der forcierten technologisch-ökonomischen Entwicklung zeitigten und die sie als Revisionismus nicht nur des Marxismus, sondern auch des Leninismus bezichtigten, durch ihre »Kulturrevolution« auffangen. – Das ist der innerste Kern der Differenz zwischen Peking und Moskau, das ist die grosse Sache ebenfalls, die die Marxisten wie die Christen angeht. Aber wiederum entscheidet allein die Ge-

(Fortsetzung auf Seite 12)



Wie erzieht man das Menschengeschlecht?

nur 4 1/2 - 5 1/2 %
 Zins im Jahr netto bezahlen Sie als
 Einwohner des Kantons Zürich für ein
Kleindarlehen
 bei der Zürcher Kantonalbank. Wo fahren Sie
 noch so günstig?
 Müssen Sie dringende Anschaffungen machen,
 oder befinden Sie sich gegenwärtig in Geldverlegenheit?
 Dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns.
Zürcher Kantonalbank
 Bahnhofstr. 9, 8022 Zürich Zweigstellen im ganzen Kanton

MIZ
 Bewährte Vorbereitung für
Vordiplom und Propädeutikum
 MIZ Abt. III: Spezialkurse

Für Studierende der ETH	Für Mediziner
Mathematik	Chemie
Angewandte Mathematik	Physik
Vektor-Rechnung inkl. Lineare Algebra und Analytische Geometrie	Anatomie des speziellen Bewegungsapparates
Darstellende Geometrie	Histopathologie

Semesterbeginn jeweils Januar und Juni
 Frühzeitige Anmeldung vorteilhaft

Morphologisches Institut Zürich
 Direktion: Hermann Holliger
 Josefstr. 92, 8005 Zürich
 Tel. (051) 44 83 35

Nähe Hauptbahnhof und Limmatplatz
 Eigener Hörsaal
 Parkplätze

Grosser Saison-Ausverkauf Amtlich bewilligt vom 1. bis 21. 2. 1969

Jetzt profitieren! **Einmaliger Räumungsrabatt** auf **Stadi-Sport**
 Noch nie so günstig! Metall-, Plastik- und Holzski, Skischuhe, Skijacken, Pullover, Skihosen, Rucksäcke, Skifelle, Schlittschuhe usw. (ausgenommen einige Markenartikel)

Gegen Anzahlung reservieren wir Ihre Bestellung.

8005 Zürich
 Zollstrasse 42 hinter dem Hbf.
 Telefon 051 44 95 14
 Durchgehend geöffnet
 Parkplatz

MIGROS
 Samstag, 8. Februar 1969 Nr. 138
«Die Zeitung in der Zeitung»

Vom gesundheitlichen Standpunkt aus kommt zweifellos dem Behandeln der Tiere mit Antibiotika eine noch grössere Bedeutung zu. Solche Mittel können unter Umständen im Laufe der Jahre durch ihre ständige Aufnahme in der Nahrung zu ersten Störungen führen, von denen wir heute noch gar nichts wissen. Wir haben nichts dagegen, dass man durch eine Verwendung solcher Mittel gewissen Krankheiten vorbeugt. Aber dazu bedarf es schärferer Kontrollen und vor allem einer eidgenössischen Arzneimittel-Gesetzgebung, um Missbräuche in der Anwendung dieser Mittel zu verhüten.

Toilettenseife «M-look Crème»
 (sie pflegt Ihren Teint und nährt Ihre Haut) jetzt in der praktischen, modernen Faltschachtel. Ein Hauch von Luxus — ohne Luxuspreis!

MIGROS Multipack

1 Stück 120 g — 70
 2 Stück nur 1.20 (statt 1.40)
 3 Seifen nur 1.80 (statt 2.10 usw.)

Fasnachts-Chüechli
 ... die knusprig-frischen von der Migros. Bruchschicht verpackt.
Sonderangebot:
 Paket 6 Stück 216 g — 90 (statt 1.10)

Mehr Löcher im Gesetz als im Käse!

Mit ungewöhnlich harten Worten wies kürzlich Bundesrat Schaffner auf den erschreckenden Mangel an Schweizer Qualitätskäse und den gewaltigen Ueberschuss an minderem «Schmelzware» hin. Er verlangte daher eine strengere Inspektion der Käseproduktion. Diese Forderung ist leider nur allzu berechtigt. Davon konnte sich vor kurzem die gesamte schweizerische Öffentlichkeit überzeugen, als bekannt wurde, dass im Sommer des vergangenen Jahres in den USA und Kanada einige Sendungen schweizerischen Emmentalers beanstandet und zurückgewiesen worden seien, weil sie Rückstände giftiger Schädlingsbekämpfungsmittel enthielten. Es handelte sich dabei um schädliche Stoffe wie Aldrin, Dieldrin und Lindan.

Es liegt uns fern, diese Vorgänge dramatisieren zu wollen. Die Reklamationen dürfen nicht als «Giftalarm» betrachtet werden. Denn erstens nehmen wir täglich chemische Stoffe in uns auf, die ein Vielfaches der in den überseeischen Laboratorien festgestellten Mengen betragen. Und zweitens wissen wir, dass die schweizerischen Käseimporte in der heutigen Grössenordnung den amerikanischen Produzenten schon lange ein Dorn im Auge sind. Andererseits aber dürfen wir die Sache nicht bagatelisieren. Eine Häufung solcher Stoffe im menschlichen Körper kann zu Gesundheitsschäden führen. Das wissen auch unsere Behörden, und sie haben, bevor die überseeischen Untersuchungsresultate im Detail vorliegen, einige Sofortmassnahmen getroffen. Wir glauben aber nicht, dass diese Massnahmen auf die Dauer geschäftlichen Aerger für unsere Landwirtschaft

und — für uns alle — die Gefahr gesundheitlicher Schäden zu verhindern vermögen. Das Uebel sitzt tiefer. Bundesrat Schaffner sagt mit Recht, das Kontrollproblem in Sachen Käse liegt bei der Milch. Das zeigt sich auch in diesem jüngsten Fall: Durch die Milch gelangen Giftstoffe in den Käse, also geht es in erster Linie darum, den Grundstoff vor ihnen zu bewahren.

In diesem Zusammenhang aber sind zwei Dinge scharf voneinander zu trennen, die in der kürzlichen Diskussion sehr oft in einem Atemzug genannt wurden. Was zu den kanadischen und amerikanischen Beanstandungen führte, waren ausschliesslich Rückstände von Insektiziden. Wenn wir uns mit der Frage der Insektizide befassen wollen, so müssen wir uns an das Lebensmittelgesetz halten; geht es uns jedoch um Antibiotika, so haben wir uns um die einzelnen kantonalen Gesundheitsgesetze zu kümmern.

In einer Verordnung vom 26. Mai 1936 wird der Handel mit Lebensmitteln geregelt. Artikel 40 enthält vor allem die Hygienevorschriften für die Haltung von Kühen. Absatz 2 dieses Artikels verpflichtet jeden Halter von Milchkuhen beispielsweise dazu, den Stall, in dem sich die Kühe permanent aufhalten, mindestens zweimal pro Jahr mit Kalk zu weissen, oder, sollte das nicht möglich sein, ihn regelmässig entsprechend zu reinigen.

Hier liegt, unseres Erachtens «Kautschuk» drin. Es stellt sich die Frage, wem denn für den Entscheid über Möglichkeit oder Unmöglichkeit des Weissen von Kuhställen zuständig sei.

Haarige Geschichten
 (mit erfreulichem Schluss)

Haarige Geschichten versprechen wenig Erfreuliches. Dies gilt erst recht, wenn es bei haarigen Geschichten wirklich um Haare geht. Solche Geschichten gehören eben zu den eher düsteren Kapiteln eines Frauenlebens.

Wer kennt sie nicht, die Geschichte vom Windfoss, der einen nassen Abend noch vor dessen Beginn platen liess, die Geschichte von der kunstvoll aufgebauten Abendfrisur, die im Laufe eines dieses Abends traurig in sich zusammensank, und die Unmöglichkeit, diese Frisur innert nützlicher Frist wieder aufzubauen? Mit den verschiedenen Haarlacken war es so eine Sache, die einen waren wie ein Hauch von Nichts — und ihre Wirkung war auch ebenso. Andere wiederum verbanden die Haare zu einem klebrigen Geflecht, das beim Auskämmen erst noch Tränen kostete.

Doch die Zeiten ändern sich. Unsere Haarlackmarken Curlfix-soft und Curlfix-forte waren genau auf die Haare unserer Damenwelt abgestimmt, sie bedeuteten die ewige Suche nach der «vielleicht doch noch besseren Marke», dem «wirklich richtigen Produkt». Unsere Kundinnen fanden in Curlfix-soft und Curlfix-forte jene Haarlacksorten, die sie so lange suchten. Der Umsatz stieg, und wir konnten bald die Preise senken. Seither ist die Nachfrage weiter ge-

stiegen und zwar ganz besonders beim Curlfix-soft. Dank dieser erneuten Umsatzsteigerung können wir noch preisgünstiger produzieren. Den Vorteil aber leiten wir gemäss der Migros-Tradition an die Kundinnen weiter. Unser Haarlack kostet somit ab sofort noch weniger, nämlich

die kleine Dose Curlfix-soft 2.— statt 2.30
 die grosse Dose Curlfix-soft 3.30 statt 3.80.

Die Qualität bleibt unverändert! Wer glaubt jetzt nicht, dass es haarige Geschichten gibt, die erfreulich enden?

Tafelbirnen
 «Passe Crassane», aus Italien, saftig und aromatisch.
 Kilo nur — 80

Echte Vorteile mit MIGROS Multipack

Cannelloni
 fixfertig, mit pikanter Fleischfüllung.
 1 Dose (mit 10 Cannelloni) 1.80
 2 Dosen nur 3.— (statt 3.60)
 Sie sparen bei 2 Dosen also — 60, bei 3 Dosen — 90 usw.

Kräuterbonbons
 «Bonherba»
 gefüllt, wirken lindernd bei Heiserkeit, Husten und Katarrh.
 1 Beutel (145 g) — 70
 2 Beutel nur 1.20 (statt 1.40)
 Sie sparen bei 2 Beuteln also — 20, bei 3 Beuteln — 30 usw.

Kräutertee
 (IKS Nr. 33691)
 Sofort löslich, reich an Vitamin C
 1 Dose (300 g netto) 1.50
 2 Dosen nur 2.50 (statt 3.—)
 Sie sparen bei 2 Dosen also — 50, bei 3 Dosen — 75 usw.

Bruder Valentins Blumen

lieber, guter Valentin mach dass mir min herzeilyn schenkt ze dynem ehrentag blüemlein frisch vom reissnaag

Wenn jeweils der Frühling begann, die Natur erwachte, zog es Bruder Valentin mit aller Macht in sein Gärtlein hinaus. Seine Blumen bedeuteten ihm alles. Stolz war er auf seinen Rosenhag, stolz auf seine Nelken, seine Tulpen und seine Narzissen, denn sie waren im ganzen Land bekannt für ihre Schönheit, ihren Duft.

Und wenn dann im Frühling ein verliebtes Pärchen Hand in Hand den Mauern des Klostergartens entlang ging, pflegte ihnen Valentin einen Strauss seiner Blumen zu schenken. Der Blumen-Bruder war bald im ganzen Land bekannt.

Solcherart wurde dem Brauch des Blumenschenkens ein besonderer Sinn zugesellt. Er wurde ein Zeichen der Zuneigung, ein Symbol der blühenden Liebe.

Jedes Jahr, am 14. Februar, dem Namenstag Valentins, schenkt man sich seither Blumen. Ein Sträußchen in Ehren scheint niemand zu verwehren. Blumen und ihre Sprache sind ja international. Ein Sträußchen oder einen Strauss verschiedener Blumen, wie man sie in den Blumenecken der Migros findet, bereiten an diesem besonderen Tag an manchen Orten eine im wahrsten Sinne lebenswürdige Ueberschussung. Da ist der junge Mann, der seinem Mädchen erneut seine Zuneigung zeigen möchte, da ist das zusammen alt gewordene Ehepaar, das durch

diesen kleinen Strauss an manch gemeinsames Erlebnis erinnert wird. Möge der Valentinstag Anlass sein zu einer jener kleinen Freundlichkeiten, wie wir sie unseren Mitmenschen und uns selber viel zu wenig bereiten. Wie sie in unserem Leben viel zu wenig vorkommen. Die Blumenecken unserer Migros-Geschäfte sind für die verschiedensten Wünsche eingerichtet. Da gibt es Rosen, Nelken, Iris oder Mimosen, Narzissen oder Orchideen. Ein aussergewöhnliches Angebot sind unsere holländischen Tulpen, die, 5 Stück, nur Fr. 2.— kosten.

Da gibt es, gerade auch an diesem Tag, so viele Gelegenheiten zu kleinen Aufmerksamkeiten gegenüber Leuten, denen wir schon lange unsere Sympathie bekunden wollen: Alle die vielen Bettlägerigen, die Mütter, die Mitarbeiter im Geschäft, die netten Nachbarn. Blumen wirken oft Wunder.

Aproz schlägt nicht auf!

Die Migros sieht keinen Anlass, den Aufschlag mitzumachen, den der Verband der Schweizer Mineralquellen auf den 1. Februar bekanntgegeben hat. Unsere Mineralwasserpreise werden nicht erhöht. Im Gegenteil: den Preis für «Aproz Cristal» haben wir sogar von 50 auf 40 Rappen gesenkt.

Das Rezept der Woche:

Margarine-Konfekt
 500 g Mehl, 250 g Zucker vermischen, danach 4 Eier und 250 g feine Saisons- oder Soboluna-Margarine von der Migros sowie etwas Zitronenschale beigegeben. Verarbeiten und etwa 1/2 cm dick auswallen. Ausstechen, auf ein gefettetes Blech legen, mit Ei bestreichen und mit kandierten Früchten garnieren. Bei mittlerer Hitze etwa 45 Minuten backen.
 (PS: Migros-Margarine jetzt auch in der 2-Portionen-Kleinpäckung.)

Tschechisches Kaleidoskop



Elisabeth Alder

Vom 15. bis 29. Januar 1969 hielten sich vier studentische Vertreter der Universität auf Grund einer Einladung aus Brünn in der Tschechoslowakei auf. Martin Hartmann, Vizepräsident für internationale Angelegenheiten im KSJR, Moritz Leuenberger, Ressort Soziales im KSJR, und Antoine Reist von der Auslandsliga der Studentenschaften hatten den Auftrag, einen Stipendenaustauschvertrag mit den Brünnern Kommitteuten abzuschliessen. Elisabeth Alder, die charmanteste vierte im Bunde, schrieb das Bordtagebuch. Sie gibt hier die wichtigsten Informationen zur Situation der tschechischen Studentenpolitik wieder, erzählt von ihren eigenen Erlebnissen und stellt weitere Beobachtungen zur Verfügung, die für eine Beurteilung der heutigen Situation wichtig sein können.

Anmarsch...

17. Januar, Freitag
Jeder - Martin Hartmann, Moritz Leuenberger, Antoine Reist und ich - hat diesen einen Tag Zwischenhalt in Wien auf seine Art verbracht. Um 21.45 Uhr treffen wir uns am Südbahnhof vor dem »Chopin-Express«, der zwischen Wien und Moskau verkehrt. Die Stimmung auf dem Bahnsteig entspricht geradezu der Klischeevorstellung von einer abenteuerlichen Reise: Dicke Nebenschwämme schlagen uns entgegen, Kälte dringt durch alle Kleider, fahles Licht fällt auf schlechtgekleidete Gestalten mit Papageichentouren und Berggänger-Gepäck. Fest verummumte Bahnarbeiter lassen weissen Dampf aus den hotterigen Wagen mit russischen und tschechischen Aufschriften zischen. Punkt 22 Uhr setzen wir uns in Bewegung. Wie steht es wohl mit jenen Zeitungs- und Radiomeldungen, welche von einer Einreiseperrre der CSSR gegenüber westlichen Studenten berichteten? Moritz und Antoine sind skeptisch, Martin und ich vertrauen auf unsere Visa der tschechischen Botschaft in Bern.

... und Verhaftung

Endlich stehen wir auf der Grenzstation Breclav, die Passkontrolle nähert sich. Man blickt auf unsere Visa - wir verstehen bloss das Wort »Studenšek«, nach kurzem Zögern knallt der Stempel in den Pässen. Wir sind durch! Ich schlüpfte aus den Stiefeln, zehle den Schreibblock hervor und kuschle mich in eine Ecke. Meine drei Kameraden haben das schon gemacht. Eine halbe Stunde geht so vorbei - da stampfen die Zollbeamten wieder herein und lassen sich recht resolut vernehmen. »Zürich«. Sofort haben wir alle begriffen - jeder rafft seine Habseligkeiten zusammen und stolpert am Aermel geführt in die Bahnhofsgebäude. Die Koffer werden uns abgenommen, ebenso Pässe und Visa. In einem kleinen Büro - es enthält vier Stühle, zwei Tische und drei Kasten - wird uns in gebrochenem Deutsch erklärt... was wir eigentlich wussten: Westliche Studenten haben jetzt in der Tschechoslowakei nichts zu suchen. Martin schiebt dem Mann die offizielle Einladung der Brünnener Studenten unter die Nase. Effekt: Ratlosigkeit, dann ein Telefongespräch im Nebenzimmer. Es ist nichts zu machen, keine Diskussion mit uns. Der deutschsprechende Zöllner weist darauf hin, dass er bloss Beamer ist und seinen Vorgesetzten zu gehören hat... Stimmig ja sicher. Wir warten, hören den »Chopin« wegfahren - damit ist ein Entscheid gefallen. Wir schlüpfen aus den Mänteln, richten uns ein. Man kann bloss in Begleitung eines Wächters ins Freie. Ein bewaffneter »Kamerad Kampfack« bewacht unsere Türen. Etwas gegen zwei Uhr zieht Antoine die Jasskarten aus der Tasche, wir witzeln über das erste Chopin-Notturno und beschliessen, der Roten Armee nun doch keine Waffen mehr zu liefern...

Eine Staatsaffäre?

18. Januar 1969, Samstag
(Nach zahllosen weiteren Ereignissen) Brünn meldet sich immer noch nicht, das letzte Flugzeug nach Kloten ist weg. Die Mundwinkel ziehen sich bedenklich nach unten. Die Spielkarten und »Schwejk« lenken etwas ab. Da, gegen sieben Uhr endlich, kommt das Gespräch mit Brno zustande. Das eingehende Beratung mit den Studenten hat sich der Erste Parteisekretär des Bezirks Brünn in unserer Angelegenheit direkt an Dubcek gewandt, dieser hat wiederum selber dem Innenminister interveniert - wo man angeblich nichts von einer Einreiseperrre weiss. (Laufen die Fäden übers Aussenministerium, über die russische Botschaft?) Die Situation sei klar, man braucht keine neue Visa (die alten sind unterwegs zwischen Breclav und Prag).
Morgen beginnt der Tanz also von neuem.
Brünn beschwört uns, nicht den Rückzug zu blasen. Ein Entscheid muss erzwungen werden, in dieser hochpolitisch gewordenen - Frage darf Verschleppungstaktik kein Ausweg sein. Wie wird der Kompetenzstreit zwischen Innenministerium, der russischen Botschaft in Prag und der Studentenschaft entschieden? Und wann?

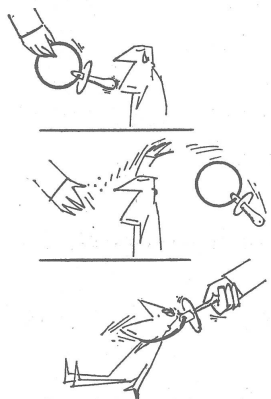
21. Januar, Dienstag
Der Zürcher KSJR beschliesst, die Kosten für einen weiteren Tag Blockade zu tragen - wir bleiben...

(Nachdem das zweite Visum endlich ausgestellt ist):
Um 21 Uhr brechen wir auf zum Südbahnhof, mit Proviant wohlversorgt. Der Beschluss, keine neuen Fahrkarten bis Breclav zu lösen, wird einstimmig gefasst. Wir steigen ein - tatsächlich steht derselbe Schaffner vor der Tür wie vor fünf Tagen. Mit breitem Lachen meint er: »Sie kommen mir aber bekannt vor!« Martin verschwindet diskret Richtung Billettschalter...

Wir essen. Eine Dose russischer Salat kommt zum Vorschein. Moritz protestiert: »Was, Okkupationssalat!«

Die »Stimme aus dem Volk«

Breclav - Herzlopfen. Aber mari sucht uns direkt, bewillkommt uns. Diesmal klapp's. Ein sympathischer Zöllner setzt sich zu uns, bittet um westliche Zeitungen: Er möchte das westliche Urteil über die Lage seines Landes kennenlernen. Wir fürchten zuerst eine Finte, werden aber eines Bessern belehrt. Sehr offenerherzig legt uns der etwa 50jährige Mann seine politische Meinung dar. Er lobt die soziale Sicherheit und führt als Beispiel den einjährigen Mutterschaftsurlaub an, auf den die tschechischen Frauen Anspruch haben. Die wirtschaftliche Lage sei so üblich nicht, man habe Waschmaschinen, Fernsehapparate und überall warmes Wasser. Einzig die Wartezeiten beim Auto kaufen seien mit zwei Jahren bedenklich lang... Es gehe den Leuten



Illustrationen: Neueste politische Cartoons aus der CSSR.

recht gut. In Jalta sei nun einmal die Welt aufgeteilt worden, und die Tschechoslowakei gehöre eben zum russischen Interessensbereich. Da gebe es nichts zu haken, schlimmer sei das ja nicht. Die Amerikaner seien auch keine Engel. Wenn nur die Studenten nicht so hitzig und prinzipiell und ultimativ wären - sei sie ganz einfach eine Gefahr für den Staat und die langsame, ruhige Entwicklung. Der Einmarsch der Warschauptruppen wird mit dem Ereignissen in Ungarn gerechtfertigt. Man habe dort die Säuberung ohne Eingriff von aussen gesehen lassen - was 40 000 Kommunisten das Leben kostete. So was durfte sich nicht wiederholen! Gegen Dubceks Kurs vom letzten Frühling sei nichts einzuwenden, aber er habe leider sehr viele schlechte Elemente hinter sich geschaukelt und auch den »Unwillkommenen« Freiheiten verschafft. Damit habe er ganz einfach die Lage nicht mehr völlig beherrscht - und Disziplin müsse doch sein.

Er kritisiert scharf das Verhalten der westlichen Polizei, welche stets glaube, die Demonstrationen eingreifen zu müssen. Das bringe ja erst die Schweinereien. Den Krieg in Vietnam tut er ab als reine Notwendigkeit für die westliche Wirtschaft. Solche lokalen Auseinandersetzungen brauche die Industrie ganz einfach, um den Absatz zu sichern. Er zweifelt nicht daran, dass bis etwa in einem Jahr keine russischen Truppen mehr auf tschechischem Boden stehen.
Gegen zwei Uhr haben wir Brünn erreicht.

Tschechische APO

22. Januar, Mittwoch
Jetzt sind wir wirklich da!
Wir verifizieren, was uns telefonisch mitgeteilt worden war: Tatsäch-

lich hat sich Dubcek mit unserer Angelegenheit befasst!

Auch in Brünn ist ein Selbstverbrunnungsversuch unternommen worden, aber unter Alkoholeinfluss. Man zückt die Achsel. Nur einer kann zum Symbol werden wie Palach - alle Kommenden sind überflüssig. Ein solches politisches Mittel ist nicht unbeschränkt wirksam.

Die Studenten hier scheinen sich einzig zu sein: Sie wollen das Gewissen des Volkes spielen. Sie fragen, ob man wohl durch Untervandlung der bestehenden Partei und der heutigen Strukturen weiterkomme oder durch Formierung einer ausserparlamentarischen Opposition. Die Brünnner haben sich vorläufig nicht über das Einvernehmen mit der Partei zu beklagen, sie akzeptieren bloss in Einzelaktionen die Mittel der APO.

Gerichte um einen Führungswechsel im Krenl zirkulieren. Der Name Sulos falls. Stirnrunzeln beim Gedanken, dass diesem Mann die Annäherung an Peking gelingen könnte - schlimme Aussichten für die Tschechoslowakei.

Hilfe aus Zürich?

23. Januar, Donnerstag
Klaus Jochims, der Vizepräsident des KSJR, Zürich, wirft am Telefon die Frage auf, ob Solidaritätskundgebungen in der Schweiz sinnvoll seien. Die Brünnner nicken - das ist die Hilfe des Westens im Moment, Hilfe für die Studenten, für das Volk (und die Solidarisierung des Volkes mit den Studenten) und gegen die Besatzungsmacht. Positives Echo des Westens auf die studentischen Aufrüttelungsaktionen fördert die stetige, wache Präsenz der ganzen Bevölkerung. Alle sollen mitdenken, mitschüttern, an der Verantwortung mittragen - Demokratisierungsforderungen, wie wir sie längst kennen...

Von den 15 000 Studenten Brünn (technische Fakultäten, Universität und Kunstakademien) leben rund 10 000 in Studentenhäusern, welche überall in der Stadt verteilt, mehr oder minder alt und luxuriös, aber durchwegs riesig sind. (Sie beherbergen zwischen 1 und 3000 Leute.) Männlein und Weiblein leben getrennt. Wir treffen uns zu politischen Diskussionen im Klub eines »Männerhauses«. Beim Eingang nimmt den Mädchen einen Ausweis ab, der ins Fächlein des Gastgebers wandert. Nach einer bestimmten Zeit gibt's einen Kontrollgang des Hauswärters. Man versichert uns, dass dieser formale Weg im »Ernstfall« zu umgehen sei...

Das Zehn-Punkte-Programm

Die Brünnner Studenten stehen auf einem wesentlich progressiveren Kurs als die Parteiführung in Prag, aber sie unterscheiden zwischen Realpolitik und Träumen. Sie stehen in ihren Anstrengungen um die Reformpolitik nicht allein, über kurze oder längere Zeit laufende Verträge mit verschiedenen »Verwerkschaften«. Die beste Allianz besteht zu den Eisenbahnern. Man will gemeinsam alles unternehmen, um nicht vom Reformkurs abzukommen. Schliesslich hat auch Gomulka einst als grosser Reformpolitiker angefangen... Auf dem Heimweg bemerken wir verschiedene Polizeiwagen auf Kontrollfahrten rund um die Studentenhäuser, Fakultäten und den Svoboda-Platz.

24. Januar, Freitag

Es herrscht unter den Studenten offenbar ein breiter Meinungskonsens, aber noch gibt es unter ihnen passive, indifferente, egoistische Leute. Auf das absolute Ruhegebot der KP hin hatte die Philosophische Fakultät »vorgesprochen«, einen Monat Urlaub zu nehmen, die Lehrveranstaltungen entsprechend auf die Ferienzeit auszudehnen und im Januar in die Betriebe zu gehen und mit den Arbeitern über das 10-Punkte-Programm zu sprechen. (Publiziert im Informationsblatt des KSJR. - Red.) Leider habe sich ein zu grosser Teil der Studenten gegen diesen Plan ausgesprochen, meint unsere Begleiterin. Es gelte also, auf drei Ebenen zu politisieren: bei Studenten, im Volk - und als letztes Ziel, fern aber unerhört wichtig für die Oststaaten: die Politisierung der russischen Völker.

Wir sind am Abend mit zwei künftigen Bauingenieuren verabredet. Sie weigern sich, im Bulgarischen Restaurant zu essen. Weitere Beispiele zum Thema



»Passiver Widerstand gegen Okkupanten«: Das Kino Moskva heisst seit fünf Monaten »Scala«; man findet nirgends russischen Kaviar zu kaufen; verlangt man Wodka, runzelt die Verkäuferin die Brauen, sie fragt hämisch, ob man russischen oder polnischen vorziehe, ja sie kann sich den Hinweis auf den Warschauptakt nicht verkneifen...

Im ehemaligen Brünnner Gestapogefängnis wohnen heute Studenten, immer drei zusammen in einem Zimmer. Den »Club« belegen momentan 12 Hungerstreiker - sie empfangen uns. Sie fordern von der Regierung einen Rechenschaftsbericht, gerade jetzt, wo neue Verhandlungen mit der Krenlführung über den Abzug der russischen Truppen bevorstehen. Konkret: Sie verlangen von der Nationalversammlung -

stischem Glauben? Die Christen glauben an ein Leben, die Kommunisten an Rehabilitation nach dem Tod...

Breschnew, Ulbricht und Dubcek kommen zugleich in den Himmel. Petrus fordert alle freundlich auf, einen letzten Wunsch zu äussern. Breschnew fordert die Vernichtung aller Deutschen, Ulbricht den Tod aller Russen. Dubcek meint schmunzelnd: »In diesem Fall: Eine Tasse schwarzen Kaffee.«

Witz, Ironie sind die Waffen der Tschechen im jetzigen Zeitpunkt. Die Theaterprogramme, die Hörspiele, die Kommentare - überall schafft man Tummelplätze für Anspielungen und doppelböde Kritik.

Ein feines Rezept (zwischen der zweiten und dritten Flasche mährischen Weines besonders herrlich): Ganz dünn



die am nächsten Mittwoch zusammentritt - eine Beratung über das studentische 10-Punkte-Programm und eine Stellungnahme dazu. Nur so könne für alle transparent werden, was mit dem Reformprogramm geschehen sei und welche Reformpostulate die Regierung heute noch tatsächlich unterstütze. Den Ernst ihres Anliegens bekunden sie - seit letztem Montag - durch Hungerstreik. Taugt das als politisches Mittel?

Wir anerkennen Mut, Einstellung, Mittel und Taktik dieser Studentengruppe. Etwas bitter kommt die Rückfrage, ob wir glauben, dass sich irgend ein Finger auf der Welt rühren würde, wenn man die CSSR in ein russisches Militärprotektorat verwandelte?

Politische Witze:

Breschnew hat das Zeitliche gesegnet. Er sieht sich drei Türen gegenüber mit den Aufschriften »Himmel«, »Hölle«, »Fegefeuer«. Selbstverständlich drückt er die Klinke der ersten... Ein Jahr später folgt ihm Kossygin auf dem Weg allen Fleisches. Bei der Wahl der Türen verhält er sich genau wie sein lieber Genosse - und sieht diesen endgültig am Spieß braten, als er eintritt. Was er in den Bart murrelt? »Also haben die verfluchten Tschechen auch hier die Schilder ausgewechselt!«

Ein braver russischer Soldat kommt nach Hause. Sofort fragen ihn die Eltern, ob er in der CSSR die Konterrevolution gesehen habe. Er bejaht mit bedeutungsvollem Blick. Wo denn sein Bruder geblieben sei, fragt man weiter. Der Soldat kratzt sich am Kopf. »Der ist wohl in Sibirien zu finden, er hat eben die Konterrevolution nicht gesehen...«

... und ein Kochrezept

26. Januar, Sonntag

Um 4.45 Uhr schrillt der Wecker, als Auftakt zur Reise nach Bratislava.
Hier begegnen wir russischen Besatzungstruppen - die Stadt liegt ja wirklich nahe an der österreichischen Grenze und hat sich im August auch unfähig gegen die hilfreichen Brüder aus den Nachbarländern gewehrt.

An der Donau unten, beim Schiffsteg, sind die verschiedenen Fahrpreise angeschlagen. Bratislava - Budapest einfach: 70 Kronen. Darunter steht von Hand hingeschmiert: »Für Russen gratis.«

Wer kennt den Unterschied zwischen christlichem Glauben und kommuni-

geschnittene Brotscheiben werden in Butter dunkelbraun geröstet, auf einer Seite leicht gebräunt und dann intensiv mit Knoblauchzehen eingerieben. Riecht wie ein Sommernachmittag in der Provence...

27. Januar, Montag

Es gibt zwei Sorten von Leuten in der CSSR: Optimisten und Pessimisten. Die einen glauben, man fährt mit dem Zug nach Sibirien, die andern meinen, man müsse marschieren...

Martin Hauptmann und Moritz Leuenberger schliessen den Vertrag über ein Leadership-Exchange-Programm ab. Die Studentenschaften von Zürich und Brünn wollen sich besser kennenlernen - konkret heisst das, dass je ein Funktionär für drei Wochen ausgetauscht wird - und dann einen Stipendenaus-tauschvertrag unterzeichnen.

28. Januar, Dienstag

Prag! Leider muss ich mir hier die Wiedergabe der Lobesgabe auf die Nerudova, die Jiri-Basiliika oder den Staromestske-Platz versagen...

Heute tagen die verschiedenen Studentengruppen in Prag und legen Richtlinien für ihre künftige Politik fest. Diese wird nicht wenig von den Erlebnissen mit der Polizei (letzter Freitag und Samstag) beeinflusst sein.

Jan, ein Jurastudent, erklärt, dass die Studenten eine neue Regierung fordern und einzig darin Grund zu neuen Hoffnungen sehen. Dubcek, je die gegen die Regierungsspitze, hat ein Gesicht mehr, keine Linie. Sie stecken offensichtlich mit den Russen unter einer Decke. Politisches Profil zeige bloss Husak - und welches! Man ist enttäuscht, verzweifelt in dieser lähmenden Situation der Ungewissheit. Auf unsere Gegenfrage hin - ob man denn glaube, dass eine profilierte Politik überhaupt zugelassen werde von den lieben Genossen im Krenl: bloss Achselzucken. Lieber ein Militärprotektorat der Russen als dieser zermürbende, unsaubere, aussichtslose, schleppende, bloss unklare Hoffungen erlaubende Zustand. Gegen einen Feind kann man kämpfen, kann man sich formieren - da gibt's keine Zweifel an der tatsächlichen Unfreiheit. Aber diese Verwässerung, diese ewigen Bitten um Gefolgschaft...

Wie man zu einer neuen Regierung käme? Genau so, wie man Novotny liquidiert hat: Durch Neuwahlen in jeder einzelnen Bezirks-KP, in den Föderationen, für die Parteileitung, in den Nationalrat. So fordern die Studenten in Prag Parteitage, so rasch als möglich. Es erstaunt, wie fraglos sicher die Leute sind über den Ausgang einer solchen Säuberung. Haben die Solidaritätsbezeugungen des ganzen Landes anlässlich von Jan Palachs Tod zu solchen Annahmen verführt? Gewiss sind Kolder, Indra und Bilak einer Mehrzahl von Tschechen ein Dorn im Auge, aber die Männer der Mitte? Dubcek? Man hat in dieser Gesellschaft verachtende Blicke zu gewährt, wenn man sich anerkennend über den Sekretär der Partei äussert.

Ein Witz: Smrkovsky wurde etwa vor einem Jahr nach seiner Meinung über die Russen gefragt. Echt »götisch« stellte er fest, dass die ihm am A... lecken könnten. Kürzlich mit sich kleinlaut bei, er habe nie gedacht, dass gleich so viele kämen...

Man hört allenthalben, dass keine Russen mehr in Prag stünden. Lügel! Wer weiss wo, findet auf versteckten Plätzen Truppen, Fahrzeuge und Panzer.

Akademiker

als

Führungsnachwuchs

Unsere Geschäftsleitung hat sich entschlossen, einigen Hochschulabsolventen — mit Vorteil juristischer, betriebs- oder volkswirtschaftlicher Richtung — die nicht alltägliche Gelegenheit zu bieten, sich ohne spezielle Fachkenntnisse in das interessante Gebiet der Assekuranz einzuarbeiten. Ein sorgfältig vorbereitetes Ausbildungsprogramm wird Ihnen in wenigen Jahren nicht nur einen Ueberblick über die wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft vermitteln, sondern die Uebernahme einer anspruchsvollen Stabs- oder Linienfunktion ermöglichen, welche reelle und interessante Aufstiegschancen enthält.

Sollte Sie die Schilderung dieser Laufbahn ansprechen und sind Sie auch der Ansicht, dass wir uns über die näheren Bedingungen und weitere Fragen am besten anlässlich einer persönlichen Besprechung unterhalten, erwarten wir gerne Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen.

BALOISE VERSICHERUNGS-GESELLSCHAFTEN
Chef des Personellen
 Aeschenplatz 7
 4000 Basel



ZUKUNFT MIT GEIGY

80 Berufe, 1000 Möglichkeiten — auch für Sie?

GAULOISES



**Französischer
 Charme und die Gauloises:
 das sind Dinge, die ich mag.
 Und — die Gauloises ist ja
 die Zigarette mit
 echt französischem Tabak.**

Die Generationen stehen im Kampf —

die junge und die jüngste, der die Welt offen steht, wie keiner zuvor,
 die über Freiheiten und Mittel verfügt, wie keine zuvor,
 rebelliert mit Pflastersteinen

gegen die Plastik-, Chrom-, Prestige-, Rassenhass- und
 Kriegszivilisation der älteren.

Sie kämpft in einer werdenden Welt gegen die eitle Selbstsicherheit;
 sie kämpft um Gemeinschaften, die wir aufgelöst, um Werte,
 die wir verraten haben.

Sie tut es mit Recht, aber falsch und masslos.

Wir mühen uns

um das Gespräch:

verteidigen das reiche Erbe unserer Herkunft und Kultur
 gegen die Rebellen und geben ihren guten Rechten Ziel
 und Raum.

DIE TAT — stellt sich

Autonomie und Mitbestimmung

Ein Semester Studentenpolitik / Von Klaus Jochims

In der Nr. 5 des 46. Jahrgangs vom ZS stellte ich einige Gedanken über eine demokratische Universität zur Diskussion, wobei es mir besonders darauf ankam, das zu zeigen, was wissenschaftliche Assistenten in ihrer Antwort auf das Marburger Manifest Folgendem umschreiben: »Es ist ein wachsendes Verständnis des demokratischen Prinzips, wenn man es nur auf ein parlamentarische Verfahrensweise beschränkt. Vielmehr ist es Ausdruck einer bestimmten Lebens- und Denkungsart, die die Gesamtwirklichkeit von Staat und Gesellschaft durchzieht.« Darum am Anfang die vielteilige, zu definitivem gestrige Bearbeitung des demokratischen Prinzips, die mir zur Klärung dennoch notwendig erschien. Auf diesen Artikel, der das vorläufige Ergebnis einer ganzen Reihe von Diskussionen, unter anderem einem sehr interessanten Streitgespräch auf einer Germanistenversammlung, darstellte und der unabhängig von meiner Wahl in den KStR für den ZS vorgesehen war, erschien im ZS Nr. 6 und 7 je ein Bericht mit zum Teil recht ablehnenden Voten gegenüber meinen Gedankengängen von Harro von Senger und Christoph Blocher, während der Artikel von Beat Beckmann sich mehr mit den Gedanken Christoph Blochers zur Autonomie beschäftigte.

Auf diese drei von völlig verschiedenen Ebenen argumentierenden Aufsätze zusammengefasst und gleichzeitig noch im Zusammenhang damit das Fazit eines Semesters »Realpolitik« zu ziehen, ist nicht einfach. Ich halte es aber für nötig, doch auf einige Einzelheiten zu antworten, bevor ich zu grundsätzlichen Missverständnissen Stellung nehme.

Unterstellungen

Da war zuerst die entscheidende Entzweiung Harro von Sengers, die vor allem mit gewollten Missverständnissen und persönlichen Anschuldigungen, so Formales und Inhaltliches fein säuberlich vermischend, meine Hypothesen und Argumente zu widerlegen suchte. Auf diese wissenschaftlich falschen Unterstellungen möchte ich nur so weit eingehen, als ich glaube, es meinen Kommilitonen im KStR schuldig zu sein, und es einige grundlegend falsche Behauptungen erfordern.

Wie schon oben erwähnt, stand die Veröffentlichung in keinem Zusammenhang mit meiner Kandidatur für den KStR. Dennoch halte ich die von der Redaktion des ZS beigefügten Bemerkungen, dass diese relativ neuen Gedanken wohl die Politik des neuen KStR beeinflussen würden, für sehr wohl berechtigt, da ich ja inzwischen in den KStR hineingewälzt worden war und diese Feststellung im Grunde genommen einer Selbstverständlichkeit gleichkam. Die Lancierung eines politischen Programms im Namen von 7000 Unistudenten, für die ich mich zu sprechen angemastet haben soll, existiert dagegen wohl doch nur in der etwas sehr lebhaften Phantasie des Kommentators.

Was aber dem Kommentator offensichtlich am schlimmsten erschien, war der politische Charakter meines Diskussionsbeitrages, der eindeutig auf die Veränderung des Bestehenden gerichtet war. Und in dem Zusammenhang wird dann mir und dem KStR vorgeworfen, es bestünde keine rechtliche Grundlage für die Wahrnehmung eines solchen politischen Mandates. Diese Behauptung ist falsch in zweierlei Beziehung. Es wird der Vorwurf erhoben, der Artikel sei politisch. Der Artikel ist zweifelsfrei politisch und auch so gemeint. Was ihn von anderen, sich unpolitisch gebenden Aufsätzen zur Studentenpolitik unterscheidet, ist allein dies: Die politische Dimension war von Anfang an von mir reflektiert, und dadurch, dass die Gedanken auf Veränderung hindrängten, wurde sie auch dem Leser bewusst. Die sich unpolitisch gebenden, das Bestehende feiernden Artikel überbesitzen implizit dieselbe politische Dimension und vor allem Wirkung, in dem sie den vorhandenen Zustand konservieren, ohne wünschbare und mögliche Veränderungen mit in Betracht zu ziehen. Die konservative politische Haltung solcher unpolitischen Artikel wird aber dem einfachen Gemüt meist erst dann klar, wenn darin expressis verbis gegen eine Veränderung plädiert wird. Politisch sind solche Aufsätze in jedem Fall, der Vorwurf zielt also völlig ins Leere. In diesem Zusammenhang den Begriff politisches Mandat zu be-

nutzen, widerspricht ausserdem entschieden dem allgemeinen Sprachgebrauch.

Das heisst jedoch noch lange nicht, dass es deshalb dem KStR verboten wäre, ein politisches Mandat wahrzunehmen. Denn der GStR hat sich auf seiner 1. ausserordentlichen Sitzung im Wintersemester 1968/69 ohne grundsätzlichen Widerspruch der Auffassung des KStR angeschlossen, dass die politische Rolle der Universität mitzudenken sei und dass der KStR eben auch die Aufgabe habe, ein politisches Mandat wahrzunehmen.

Informationspolitik

Zum Schluss dieses Kapitels noch eine Bemerkung zum Svatik-Zitat. »Die letzte Appellationsinstanz der Politik ist weder die Wissenschaft noch die Insti-

mie weg zu starker Abhängigkeit und Kontrolle der Universität durch das Volk kommen.

Begreift man aber Wissenschaft von ihrem Ursprung her aus dem Bedürfnis der Gesellschaft, Welt und darin sich selbst zu erkennen und zu begreifen und Erkenntnisse nutzbar zu machen, um wiederum den Menschen zu grösserer Selbstverwirklichung zu befreien, dann bekommt auch die Universität als von der Gesellschaft geschaffene Institution solchen Wissenschaftsvollzugs einen ganz anderen Ort innerhalb der Gesellschaft.

Bleibt die Universität sich der aus ihrem Ursprung erwachsenen Verantwortung der Gesellschaft gegenüber bewusst, dann braucht sie aber einen eigenen Raum von Freiheit, in der Wissenschaft vollzogen werden kann. Sie braucht eine Unabhängigkeit von sonst

nis von Studenten. Mitbestimmung also, um bestimmte Gruppeninteressen durchzusetzen, wie etwa dem Studium angepasste Prüfungen, mehr Laborplätze und ähnliches mehr. Die zweite Wurzel liegt im Selbstverständnis von Studenten als Gliedern einer Gesellschaft, die das demokratische Prinzip als Grundprinzip der Organisation menschlichen Zusammenlebens anerkannt hat und die dieses Prinzip auch in der Organisation der Hochschule verwirklicht sehen möchte. Die dritte Wurzel liegt im Selbstverständnis von Studenten als Teilnehmern am wissenschaftlichen Prozess, dessen angemessene Arbeits- und Organisationsform in ihren Strukturen demokratischer Organisation entspricht.

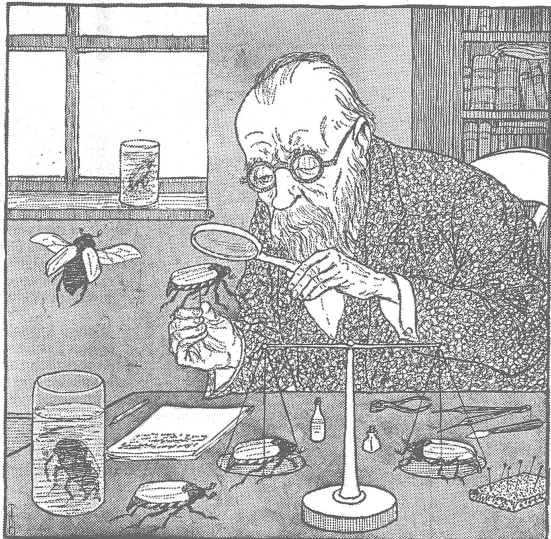
Lernen als Mitarbeit

Christoph Blocher verneint die Frage nach Teilhabe am wissenschaftlichen Prozess mit der Bemerkung: »Für die juristische (Fakultät) jedenfalls gilt der Student weder als Lehrer noch als Forscher sondern einfach als Lernender. Mehr könnte er auch gar nicht sein.« Der erste Satz mag für die augenblickliche Situation vielleicht stimmen. Der zweite zeigt wieder, dass die Bedingungen für den ersten Satz nicht überprüft worden sind. Muss das Lernen wirklich so vor und gehen, wie es bisher geschehert wurde: Einer redet vorne, die anderen schreiben es auf und pauken es ein? Könnte nicht vielleicht gerade schon vom 1. Semester an das Lernen im Nachvollziehen von Forschung geschehen, bei älteren Semestern dann Lernen durch Forschen und das ganze in Gruppenarbeit, wobei der Teilnehmer an solchem Gruppenprojekt zugleich Lernender und Lehrender und Forschender ist? Versuche haben gezeigt, dass diese andere auch eine viel grössere Lernmotivation ist und zusammen mit einem viel geringeren Frustrations- und Repressionsgefühl einen wesentlich grösseren Lernerfolg ergibt. Wenn dann noch ein Professor Mitglied einer solchen Arbeitsgruppe ist, warum soll dann nicht wissenschaftliche Kooperation möglich sein? Zählen tut doch bei solcher Kooperation nur das Sachargument durch Forschen und das ganze in Gleichzeitung von Student, Assistent und Dozent; nur wird eine aus Amt gebundene Hierarchie abgebaut, und die Autorität eines Professors erwächst aus seinem Sachverstand oder auch nicht, wenn eben die Sachkompetenz einseitig ist. Ob in einer solchen Forschungsgruppe nun Professoren sitzen oder Studenten, Assistenten und Professoren, das wird sich dann vielleicht nur noch in der verschiedenen Verteilung der stichhaltigen Sachargumente zeigen.

Aus einer ähnlichen Form von Sachkompetenz wird sich dann auch jeweils die Zusammensetzung sachgebundener Entscheidungsgremien herleiten. Diese sachgebundene Zusammensetzung in verschiedenen Gremien nennen wir qualifizierte Mitbestimmung. Als Beispiel: eine Berufungskommission, zusammengesetzt aus drei Professoren, drei Assistenten und 2 Studenten. In eben dieser Form der sachgemässen und sinnvollen Art ist die Mitbestimmung von uns konzipiert. Dabei gerät dann sogar die von Christoph Blocher ironisch abgetane Mitbestimmung der Universität in den Blickfeld, die übrigens auch in den Thesen der gemischten Universitätsaufsatzkommission der Theologen aufgetaucht. Das heisst, auch hier sollen die direkt Betroffenen mitentscheiden können, auch wenn das administrative und Hauspersonal natürlich nicht sehr häufig zu den direkt Betroffenen zählt.

Mitbestimmung und Autonomie sind jetzt völlig unabhängig voneinander behandelt worden, weil es bald, einzelne Missverständnisse zu geben, problematischer zu klären. Grundsätzlich gilt natürlich, dass beides so eng miteinander verknüpft ist, dass Autonomie nur dann sinnvoll ist, wenn das Prinzip der Mitbestimmung eingeführt ist und umgekehrt eine sinnvolle Mitbestimmung erst an einer autonomen Hochschule möglich ist.

Zum Schluss sei mir noch gestattet zu bemerken, dass diese scheinbar so unrepräsentativen Gedankengänge einen für den Verfasser unerwarteten Widerhall und Rückhalt in der Studentenschaft gefunden haben. Denn sowohl die Ergebnisse des GStR-Seminars in Dürrenäsch als auch die Thesen, Ansichten und Vorschläge aus anderen Arbeitsgruppen in den Fakultäten und Fachgruppen unterscheiden sich, bis auf eine Ausnahme, höchstens in Nuancen, nicht aber in den Grundzügen von den in meinen beiden Artikeln geäusserten Gedankengängen.



Humanisierung der Wissenschaft: Dass die Mitarbeiter alle gleich sind, steht wissenschaftlich fest. Bleibt zu fragen, ob sie auch alle glücklich sind. (Aus Simplizissimus)

tion, sondern das souveräne Volk. Als ob der KStR die Entfremdung von den Studenten und der Bevölkerung überhaupt noch hätte weiter treiben können. Im Gegenteil, der Informationsdienst, die Zusammenarbeit mit allen politischen Gruppen, das Seminar zum Uni-Gesetz und die Verlegung der Gesetzesdiskussion in Fakultäten und Fachgruppen zeigen doch deutlich das Bemühen des KStR, die Verbindung zu den Studenten wieder zu verbessern. Ebenso braucht man nur unsere Konzeption des Dies academicum zu erinnern, um zu verdeutlichen, wie wir uns auch gerade um ein verbessertes Verhältnis zur Öffentlichkeit bemühen.

Da offensichtlich die sonst erkennbare Haltung Harro von Sengers derjenige Svatiks genau entgegengesetzt ist, verwundert auch nicht die Kürze des Zitates, dürfte doch die vierte der zehn Thesen Svatiks, die ja mit dem zitierten Satz eng zusammenhängt, kaum seinen Worten entsprechen. »Stelle beunruhigende Fragen, die den konventionellen Horizont überschreiten! So beglaublich du die Wahrheit, die immer im Überschreiten der gegebenen Grenzen liegt. Unterwirft du dich der Konvention und den gegebenen Grenzen, so verlässt du die wichtigste Sendung des Intellektuellen.«

Verewigte Gegenwart

In dem Aufsatz von Christoph Blocher scheinen mir wichtige, häufig anzutreffende Missverständnisse vorzuliegen, sowohl bei der Behandlung der Autonomie als auch bei dem Problem der Mitbestimmung. Die entscheidenden Ursachen dafür sind nach meiner Meinung die implizite Verwendung eines unreflektierten Wissenschaftsbegriffs und bei der Analyse des Gegenwärtigen das Fehlen einer Analyse der Bedingungen des Gegenwärtigen und damit gleichzeitig des Möglichen; damit wird das Gegenwärtige nicht in Frage gestellt, sondern verbleibt als einzig Mögliches, und sinnvolle bzw. wünschbare Veränderungen kommen gar nicht erst in den Blick. Das bedeutet, es wird nicht gefragt, warum es so ist, wie es ist, und daher können nur minimale Änderungen in dem Sinn kommen, denn die Voraussetzungen bleiben ja dieselben.

Der unreflektierte Wissenschaftsbegriff beeinflusst vor allem die Stellung zur Autonomie. Wenn man wissenschaftliche Bildung mit »Fachidiotie« gleichsetzt (Christoph Blocher spricht von »neinseitig ausgebildeten und sich leider fast nur durch höheres Wissen auszeichnenden Akademikern«) und Wissenschaft von vornherein als von der Gesellschaft isoliertes Fachwissen betrachtet, muss man notwendigerweise von einer konsequenten Autono-

direkt einflussenden Partikularinteressen, die auch durchaus von den durch augenblickliche politische Konstellationen hervorgerufenen Regierungen geltend gemacht werden können. Insbesondere aber, wenn sie die Gesellschaft selbst zum Gegenstand ihrer Forschung machen soll, und sie muss es ohne Zweifel, darf die Forschung doch durch keine direkte Abhängigkeit verfälscht werden. Doch die Universität kann gerade bei sozialwissenschaftlichen Forschungen sehr wohl zu Ergebnissen und Forderungen kommen, die scheinbar den Interessen der Gesellschaft widersprechen, weil im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung durchaus Vorstellungen und Wünsche herrschen können, die dem Gesamtinteresse der Gesellschaft widersprechen, denn solche Vorstellungen sind meistens von kleineren an der Macht befindlichen Gruppen geprägt. Das heisst gleichzeitig, dass direkte Abhängigkeit der Hochschule von der Gesellschaft dem gerade bei sozialwissenschaftlichen Forschungen dem eigenen Nutzen, widerspricht. Erst in der Autonomie kann die Hochschule ihre Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wirklich wahrnehmen.

Mithin kann die gegenseitige Zugehörigkeit von Hochschule und Gesellschaft ihren sinnvollen Ausdruck nicht in einer direkten Abhängigkeit finden, sondern vielmehr in einer gegenseitigen Verantwortung und Verpflichtung, die sich wiederum im Bewusstsein und Handeln beider Partner zeigen muss.

Deshalb sollte bei allen Vorbehalten gegen direkte Verbindungen auch auf eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit unter keinen Umständen verzichtet werden. Die sinnvollste Art solcher institutionalisierter Form scheint mir das Kuratorium zu sein. »Das Kuratorium müsste der Ort sein, an dem einerseits die Repräsentanten der Hochschule Hausparlamentsartig und Strukturplanung gegenüber den Vertretern des Landes und der Öffentlichkeit begründen und an dem andererseits die politischen Vertreter eine wirksame Informationskontrolle über die in ihren Entscheidungswegen transparent gewordenen Hochschule ausüben.« (So formuliert von Habermas u. a.)

Mitbestimmung

Auch bei den Einwänden zur Mitbestimmung geht es um ähnliche Missverständnisse, ausgelöst durch eine nicht weit genug reichende Analyse, die wiederum nur das Gegenwärtige und nicht dessen Bedingungen zum Gegenstand hat. In beiden Antworten auf meinen Diskussionsbeitrag wurde ausser acht gelassen, dass die Begründung studentischer Mitbestimmung aus drei Wurzeln herrührt (nachzulesen auch im KStR-Dokument I). Die erste liegt in einem syndikalistischen Selbstverständ-

Akzente

Unwahre Geschichten können manchmal wahr sein als solche, die wirklich geschehen sind. Und solche, die geschehen sind, unwirklicher als jene, die man sich bloss vorstellt. An der Universität Zürich sind in jüngster Zeit derart unwahrscheinliche Dinge passiert, dass ich schon eine unwahre Geschichte erzählen muss, um daran zu erinnern, was für den Verstand eines durchschnittlichen akademischen Bürgers bis vor kurzem als wahrscheinlich gegolten hat.

In einer Universitätsstadt, nennen wir sie einmal Z., war seit einiger Zeit eine gewisse Unruhe unter den Professoren zu bemerken. Die Stadt Z. war kein Sonderfall, ihre Bürger lasen beinahe täglich in ihren Zeitungen von Professordemonstrationen und -herauswahlen in anderen Universitätsstädten. Das war eigentlich nicht so sehr verwunderlich, denn jede Unruhe hat bekanntlich ihre Gründe. Diese Gründe reichten zurück ins Jahr 1969, in dem die damals allein herrschenden Professoren erklärt hatten, sie verzichteten darauf, in ihren Beschlüssen die politische Situation einzubeziehen, und würden jeden Versuch verwerfen, »die Universität auf eine politische Richtung festzulegen und auf Andersdenkende einen Druck auszuüben« (NZZ, 14. Januar 1969). Solches hatten sie zwar schon früher erklärt, aber erst zu diesem Zeitpunkt wurde der Sinn dieser Erklärung voll erkannt: Die Professoren hatten in einem Anfall von Schwäche endgültig darauf verzichtet, im politischen und gesellschaftlichen Bereich wie bisher kräftig mitzulegen. Die Regierung zog daraus die notwendigen Konsequenzen und überband alle diese Aufgaben den damals sehr aktiven Studenten. So kam es zum heutigen Zustand: Die Studenten bestimmen allein über den Inhalt und die Art und Weise dessen, worüber informiert werden wollen. Diesen Druck üben sie mit verschiedenen Mitteln aus, die allerdings der Wissenschaft nicht sehr zuträglich sind. So haben die Professoren beispielsweise folgende Prozedur über sich ergehen zu lassen: An einem bestimmten Tag des Jahres haben sie ihre Talare anzuziehen und vor einem Ausschuss von Studenten zu erscheinen. Dort haben sie fehlerfrei zu wiederholen, welche Antwort ihnen der Student X am Tag Y gegeben habe. Welche Gedanken sie selbst über den behandelten Gegenstand haben, interessiert nicht. Diese Prozedur wird in der akademischen Sprache »Examina« genannt. Wenn dieser Druck nicht ausreicht, um die Professoren von eigenen Gedanken abzuhalten, die auf das soziale oder politische Leben gefährliche, nämlich verändernde Auswirkungen haben könnten, wird von den Studenten gegen sie ein sogenanntes Disziplinverfahren eingeleitet. Diese Fälle haben sich in jüngster Zeit auffällig gehäuft. Zwar behaupten gewisse Studenten, es handle sich dabei um das gezielte Produkt einer kleinen radikalen Minderheit von Professoren.

Einige wenige Studenten glauben aber nicht an diese von allen Zeitungen verbreitete Version. Sie haben den Professoren Gelegenheit, Gedanken zu entwickeln, die über den engsten Fachbereich hinausgehen. Dabei machten sie die erstaunliche Erfahrung, dass auch Professoren politisch denkende Wesen sind - weicht ein Unterschied zur Situation im Jahr 1969? Sie arbeiteten sogar bereitwillig an einem Vorschlag mit, der eine beschränkte Mitbestimmung der Professoren über das Denkspielereiche des sogenannten Fachwissens hinaus versah, dem schon lange keine wirkliche Bedeutung mehr zukam. (Vor fünf Jahren soll der global programmierte Computer zum letztenmal festgestellt haben, dass irgendjemand nicht ein Professor etwas wirklich Neues herausgefunden haben.)

Der Rest ist rasch erzählt: Eine Vollversammlung aller Studenten lehnte diesen Vorschlag ab, weil sie klar erkannten, dass er ihre Macht gefährden und aus der Wissenschaft eine Angelegenheit machen könnte, die eine gefährlich direkte Beziehung zur Wirklichkeit und zur Wahrheit bekäme. Der Computer aus Washington funkte Zustimmung zu diesem Resultat. Er erinnerte an die erste Spielregel jeder Wissenschaft, die übrigens auch über dem Eingang der Universität von Z. geschrieben steht. Sie stammt von einem unbekanntem Meister aus der Epoche der beginnenden Elektrizität und heisst: »Die Wirklichkeit ist die Fable convenue der Philister.« Den Professoren wurde allerdings nur mitgeteilt, ihr Vorschlag sei unzureichend begründet und voller Widersprüche. Sollen sie weiter demonstrieren!

Gottlieb Höpli

Manager

Junger Künstler sucht initiative, ideenreiche Persönlichkeit. Arbeitsgebiete: Public Relations, Organisation.

Tel. (051) 89 36 19

Weisst Du, dass Dich der Druck von 220 Exemplaren Deiner 100seitigen

Dissertation

nur ca. Fr. 650.-- kostet!

Als Spezialfirma auf diesem Gebiet liefern wir schnell saubere Arbeit!

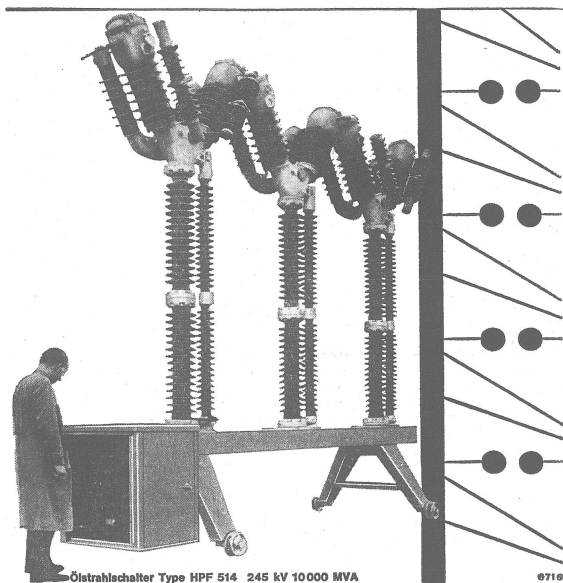
Auskunft und Beratung:

Foto-Druck **aku** Agentur ZÜRICH

B. Krummenacher c/o Techn. Chem. Institut ETH Universitätsstrasse 6, Zürich

Es genügt nicht...

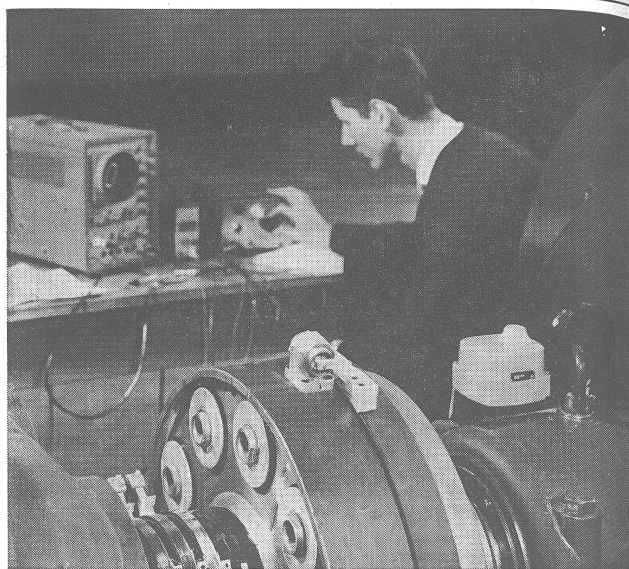
die Fortschritte der Technik zu erkennen,
man muss sie beherrschen:
Die Industrie braucht Elektro-Techniker.



Ölstrahlschalter Type HPF 514 245 kV 10000 MVA

0710

S&S Sprecher & Schuh AG Aarau



Erfahrene Ingenieure
forschen und entwickeln
konstruieren und planen
beraten und verhandeln
sie schaffen die Grundlagen
für unsere Spitzenprodukte
sie sichern unsere Stellung
auf dem Weltmarkt

Junge Ingenieure
helfen Escher Wyss
fortschrittlich zu bleiben
sie wahren und mehren
den guten Ruf von Escher Wyss
heute und morgen

EscherWyss, Personalabteilung, Postfach, 8023 Zürich

ESCHER WYSS ZÜRICH

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie bietet – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdienstem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 14 Tagen oder mit einem bis zu 30% verbilligten Studentenabonnement:
für 3 Monate Fr. 15.50 (statt Fr. 17.25)
für 6 Monate Fr. 26.40 (statt Fr. 33.—)
für 1 Jahr Fr. 43.40 (statt Fr. 62.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z.St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 14 Tagen.

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 15.50
für 6 Monate zu Fr. 26.40
für 1 Jahr zu Fr. 43.40

Nichtgewünschtes
bitte streichen

Name und Vorname: _____

Adresse: _____

Ort/Postleitzahl: _____

Hochschule: _____

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Fortsetzung von Seite 3

Die Unfähigkeit, Formen der Asozialität sozialpsychologisch zu begreifen, rettet sich in Drohung: Wo Reflexion aussetzt, soll Moral weiterhelfen. Verwerflich scheint Haschisch nicht, weil es psychische oder physische Störungen verursacht, sondern vor allem, weil es Anpassung an gewisse gesellschaftliche Normen hintertreibt: Es bewirkt »Verlust des Pflicht-, Takt- und Schamgefühls. Der Sinn solcher Sätze ist in der Tat sein Gebrauch: Pflichtgefühl auf, wo sinnlose Befehle ausgeführt werden, Taktgefühl, wo Rituale Verständigung ersetzen, Schamgefühl, wo Lusterfüllung verboten ist.

Freilich bleibt nicht viel anderes, das Haschisch könnte vorgeworfen werden. Jener »seelischen Abhängigkeit«, die schlimmen ammuten soll als - erwiesenermaßen nicht eintretende - körperliche, sind auch Menschen unterworfen, die gewohnheitsmässig Hosen tragen. »Seelische Abhängigkeit« gilt zumal nicht spezifisch der Droge, sondern den durch sie induzierten Visionen, die eine bessere Welt malen. Gewiss steht es mit ihnen nicht zum besten: Sie lenken von der Notwendigkeit ab, die gesellschaftlichen Verhältnisse besser zu regeln; sie lösen Realitätsverlust aus - wie es hier heisst: »Flucht in eine Scheinwelt.« Zu fragen wäre aber, ob unter den Bedingungen spätkapitalistischer Ueberflussproduktion der Verweis auf »Alltagsprobleme« nicht ein unzuverlässiger Rückgriff auf das zunehmend fragwürdigere Leistungsprinzip ist. Schweppenhäusers Wort »Immer mehr wird die Arbeit dazu gehalten müssen, zu verdecken, dass sie überflüssig ist« gilt hier in aller Schärfe. »Scheinwelt« wird nicht verurteilt, weil sie die Ueberlebenschan-

Ist der Vorsitzende durch widrige Umstände verhindert, so hat der Schriftführer das Urteil zu verkünden; es lautet auf Tod.

(Peter Handke)

Es handelt sich also gar nicht um Schädigung, sondern um Grundsätze und was man darunter verstanden wissen möchte.

(Gottfried Benn)

Eine der verbreitetsten Krankheiten ist die Diagnose.

(Karl Kraus)

Und wenn ich dieses Zustands mich erinnere, möchte ich glauben, dass das Haschisch die Natur zu überreden weiss, jene Verschwendung des eignen Daseins, die die Liebe kennt, uns - minder eigennützig freizugeben.

(Walter Benjamin)

den des einzelnen beschneidet - was unter frühkapitalistischen Bedingungen einen durchaus zulänglichen Einwand abgeben hätte - sondern weil sie dem einzelnen eine Welt vorführt, die seinen stupiden Alltag im rechten Licht zeigt. Haschischverbot ist Utopieverbot: Anders als das Bestehende soll nicht gedacht werden, weil es allemal das Bestehende als Falsches entlarvt. Die vorgeblich aufklärende Expertise ist nackte Apologie des Bestehenden.

bleibt eins: die Gefahr, durch »langdauernden Missbrauch der Polytoxikomanie oder paranoiden Wahnvorstellungen zu verfallen. Grad bei diesem Einwand, der legitim scheinen möchte, treibt die Arbeit vollends ins Vertiefte: Sie liefert keine Angaben über den Begriff »langdauernd«, sie gibt keinerlei Zahlen über den Prozentsatz der Polytoxikomanen und der Paranoiker unter den Haschischkonsumenten, noch untersucht sie, wieweit Haschischkonsum

Der Standpunkt des Kriminalisten

Der Betäubungsmittelverkehr unterliegt in der Schweiz der Kontrolle nach Massgabe des Bundesgesetzes vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und der zu diesem Gesetz erlassenen Vollziehungsverordnung vom 4. März 1952. Im Bereich dieser Gesetzgebung hat die Kriminalpolizei die Aufgabe, den illegalen Betäubungsmittelverkehr, insbesondere die sogenannte Rauschgiftkriminalität, wirksam zu bekämpfen. Die Bekämpfungsmassnah-

Spurlos verschwunden
Sind alle Führer, Hornhaut und Wägen nur bei jenen, welche Apotheker Karer's Haschisch gebrauchen. Die Wirkung ist schmerzlos, sicher und dauern. Postverwand täglich nach allen Orten durch den Erfinder Apotheker Karer in Zürich. - Preis 1 Franken. - Deposits in den meisten Apotheken und Droguerien der Schweiz.

Aus der NZZ vom 29. Juli 1896

men richten sich zur Hauptsache gegen die unbefugte Herstellung, die unerlaubte Verbreitung und gegen den missbräuchlichen Konsum der unter gesetzlicher Kontrolle stehenden Betäubungsmittel. Die Kriminalpolizei hat das strafbare Verhalten der Rauschgiftproduzenten, der Händler und der Konsumenten zu entdecken, zu ermitteln und die Täterschaft beweiskräftig zu überführen. Daneben hat sie die ebenso wichtige Aufgabe, der Rauschgiftkriminalität im allgemeinen vorzubeugen oder im Einzelfall ver hindernd einzugreifen.

Der illegale Betäubungsmittelverkehr ist seinem Wesen nach nicht örtlich

ein Symptom psychischer und sozialer Integrationsstörungen ist und wieweit deren Ursache.

Der Aufsatz ist beinahe ein Plädoyer für Haschischkonsum - wie das Plakat, das Zürichs Strassen zierte und das wohl vor allem ablenken soll von den wirklichen Problemen, die sich der Züricher Polizei stellen - weil er einen glauben lässt, es fänden sich keine rationalen Argumente gegen Drogenkonsum, sondern allein solche, die sich bewusstloser Verinnerlichung gesellschaftlicher Normen verdanken, deren Rationalität in Ueberflussgesellschaften durchaus fragwürdig wurde.

Wer wissenschaftlich für Restriktion des Haschischkonsums eintreten wollte, hätte folgendem sich zu stellen:

- Haschischkonsum ist ein Versuch, unerträgliche psychische Spannungen, die aus irrationalen sozialen Zwängen resultieren, zu lindern.
- Die westeuropäischen Gesellschaften zeigen sich unfähig, die durch ihre Struktur dem einzelnen aufgezwungenen psychischen Spannungen - ausser für wenige materiell privilegierte - wirksam aufzulösen.

gebunden. Er ist vielmehr national und international. So muss auch seine Bekämpfung national und international geführt werden. Die Bundesanwaltschaft in Bern ist die schweizerische Zentralstelle für die Bekämpfung des illegalen Betäubungsmittelverkehrs. Sie wirkt bei der nationalen und internationalen Bekämpfung aktiv mit, indem sie die Strafverfolgung, Vorbeugung oder Verhinderung koordiniert, erleichtert und fördert, im Rahmen der Rechtshilfevorschriften und der Rechtsübung. In Erfüllung dieser Aufgaben steht sie in Verbindung mit der Bundesverwaltung (Gesundheitsamt, Polizeiabteilung, Oberzolldirektion, PTT), mit den kantonalen Kriminalpolizeien, mit den Zentralstellen der anderen Länder sowie mit der internationalen kriminalpolizeilichen Organisation - Interpol. Die IKPO (Interpol) stützt sich im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen im Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität hauptsächlich auf die Rauschgiftkommission der Vereinten Nationen.

Der Kampf gegen das Weltproblem Rauschgift wird umfassend und methodisch geführt. Wenn auch die Beurteilung der Lage in der Schweiz und im Kanton Zürich im besonderen auf dem Gebiet dieser Verbrechenpartie keinen Anlass zu alarmierender Beunruhigung gibt, ist doch festzuhalten, dass die Zahl der Widerhandlungen gegen die Gesetzgebung über die Betäubungsmittel während der letzten Jahre ständig gewachsen ist und einen gewissen Signalwert hat. Die bevorstehende Revision des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und die Ratifikation des Beitrittes der Schweiz zum neuen internationalen Einheitsübereinkommen zum gleichen Sachgebiet werden, so ist zu hoffen, zu einer weiteren Intensivierung und internationalen Vernehmlichung der Bekämpfungsmassnahmen führen.

Dr. Walter Früh, Kdt. der Kantonspolizei Zürich

● Die physiologischen Gefahren des Haschischkonsums stehen in keinem Verhältnis zu denen des Gebrauchs sozial tolerierter Gifte (Alkohol, Tabak).

● Uebers Ausmass psychischer Schädigungen kann erst gesprochen werden, wenn empirische Untersuchungen über die soziale Situation und den psychischen Zustand des Haschischkonsumenten vorliegen.

● Haschischkonsum dürfte mehr als Symptom denn als Ursache psychischer und sozialer Integrationsstörungen anzusprechen sein.

● Eben solche Integrationsstörungen sind im Horizont der Rationalität gesellschaftlicher Normensysteme zu analysieren, bevor Integration schlechthin als gesundes Verhalten angesprochen wird.

● Endlich hat Wissenschaft nicht stillschweigend gesellschaftliche Normen als Voraussetzungen zu gebrauchen, sondern jene explizit festzuhalten und Hypothesen bezüglich dieser Normen zu entwickeln. Sie hat sich nicht als Apologie des Bestehenden, sondern als Aufklärung über das Bestehende zu begreifen.

R. Lüscher

Der »zürcher student« ist unerbittlich unabhängig. Unentwegt und unbeirrt.



Ich möchte den unabhängigen »zürcher student« abonnieren. Für sechs Franken ein volles Jahr lang.

Name, Vorname _____

Strasse, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Einsenden an: »zürcher student«, Universitätstrasse 18, 8006 Zürich.

Meskalin - ein Selbstversuch

Warnung: Die damals eingenommene Ueberdosis Meskalin hatte neben einem momentanen schizophreieähnlichen Bewusstseinszustand noch monatelange Nebenwirkungen zur Folge wie: Ideenflucht, Unfähigkeit zur Konzentration, Depersonalisationserscheinungen. Die Aufzeichnungen sind vor drei Jahren unter dem direkten Einfluss der Droge entstanden. Ihr Wert besteht weniger in literarischer als dokumentarischer Hinsicht.

Meskalin 0,5-0,6 g, Dosis auf einmal genommen, ca. 16.45 Uhr, 25. 2. 1965. Ein Glas Wein und zwei Glas Weinbrand getrunken. Etwa 18.00 vier bis fünf Tassen Kaffee getrunken, als »Gegengift«, wie ich dachte. Das Gegenteil trat ein: Auflösung, Panik. - Etwa 20.45 Uhr aus der »Severinskneipe« abprallt gegangen, um noch zu retten, was noch zu retten war. Kaum noch Orientierungssinn. »Die Strassen flossen durch mich.« Zuerst falsche Richtung (Zollstock) eingeschlagen. Plötzlich in der Gegenrichtung gelaufen, ohne zu wissen, welche Richtung es war. Keine Initiative, in einen Bus zu steigen. Ab Ebertplatz dann Taxi. Zu Hause etwa 22.00 Uhr. Dann das Folgende unter eigentümlichem Zwang niedergeschrieben. Zuvor mit ungeheurer Anstrengung versucht, an ein Blatt Papier heranzukommen, alle möglichen Schubladen durchwühlt und es dann aufgegeben. (davor hatte ich versucht, auf Tonband zu sprechen. Aber gegen den »Apparat war einfach nicht anzukommen. Ich sprach ins Mikrophon, ohne den Kontakt hergestellt zu haben.) Wörtliche, unveränderte Wiedergabe, nur orthographisch korrigiert (bis ca. 02.00 Uhr nachts fast ununterbrochen durchgeschrieben):

Was übrigbleiben wird, ist weniger als der Rest, auf sich selbst zurückgeworfen werden und sehen, dass nichts da ist, und das nicht einsehen wollen und mit allen Mitteln dagegen ankämpfen. Und dadurch in sinnlose Selbsterstörungswut fallen.

Jetzt wissen, dass alles so ist und doch getan werden muss. Ans Papier gefesselt. Ich werde geschrieben durch mich hindurch. Und wissen, dass kein Abstand zu sich selbst da ist.

Plötzlich nichts mehr wissen, und der Zustand geht schon in einen anderen und wieder anderen über. (Drei Zustände bei völliger Gleichzeitigkeit.)

Wenigstens versuchen, wieder herauszukommen. Jedes noch so kleinste Klarwerden, Bewusstseinsflackern schlägt wie ein Kurzschluss auf den entstehenden, kommenden Gedanken. Jetzt wissen, ich habe nie zu euch gehört. Mir das immer wieder vorgemacht, aber ihr seid für euch, stösst alles spezifisch andere ab.

Alles redet, redet, redet, redet auf mich ein. Der Zustand des Stichaufflossens. Morgen Telegramme in alle Himmelsrichtungen schicken und um Entschuldigung flehen, dass alles so ist, wie es ist.

Die Spurlosigkeit der sich nie verliebenden, nie aufzulösenden Meskalinpartikeln. Wenn du dich darauf eingelassen hast, bist du verloren; du weisst das, nimmst es auch hin, kommst nie wieder davon los. Los. Weg. Von allem fliehen wollen. Alles Fluchtpunkte und keinen, keinen Ausweg finden. Chaos, und es ist nicht einmal ein Chaos.

Meskalin ist rasender, fleischgewordener Selbstmord. Dauern über die eigenen Füsse stolpern, die man sich selbst in den Weg gelegt hat. Alle Kontrollinstanzen unkontrolliert passiert haben, am Ende stehen, sich an nichts erinnern und keinen Anfang sehen, der auch nie sein kann und auch niemals gewesen sein könnte... 110 DM ist nun der Rest von mir, und ich bin erstaunt, dass ich noch soviel da bin (noch soviel übrig ist von mir).

Günter Wallraff

Aus: günter wallraff, meskalin - ein selbstversuch. verlag peter-paul-zahl, berlin 1967.

WOKO

sucht per sofort für ihre Arbeiten auf dem Sekretariat

Sekretärin

Anmeldung an den Präsidenten der WOKO, Leonhardstrasse 19, 8001 Zürich, Tel. 32 94 70

WERNER WEBER

SCHALLPLATTEN DISCOUNT

GROSSE AUSWAHL

KLASSIK

JAZZ

POP

FACHKUNDIGE

BEDIENUNG

KUTTEL-GASSE 6

TEL. 051/44 3735

TRIEMLISTR. 127

TEL. 051/54 2313

ZÜRICH

WERNER WEBER

Exklusiv in Zürich - Teewoche

Wissen Sie, wie echter, schwarzer TEE wirklich sein kann?

Kommen Sie ins

modernsnack

Zeltweg 4, am Pfauen, 8001 Zürich

Besuchen Sie uns - und geniessen Sie Tee aus Indien, China und Ceylon - TEE von bester Reinheit und Güte

Wir fordern Öffentlichkeit in den Entscheidungsgremien der Universität!

Der KSIR stellt richtig

Entgegen dem Eindruck, den der zweite Absatz des Artikels »Wir fordern Öffentlichkeit in den Entscheidungsgremien der Universität« im KStR-Info 6 hervorgerufen hat, hat der Senatsausschuss nach Auskunft des Rektors das Problem der studentischen Teilnahme an den Sitzungen der theologischen Fakultät nicht als Traktandum behandelt und dazu auch keinen Beschluss gefasst.

Der KSIR fasst zusammen

1. Ein Beschluss des Senatsausschusses (SA) existiert nicht. In der Sitzung des SA im November 1968 ist nach Auskunft des Rektors nur die missbilligende Bemerkung gefallen, dass die Zulassung von Studenten zu Fakultätssitzungen in der Universitätsordnung von 1920 nicht vorgesehen und daher ohne Rechtsgrundlage sei.
2. Die Information der Angehörigen der theologischen Fakultät über den Verlauf dieser SA-Sitzung erweckte bei Professoren und Studenten den Eindruck, dass der SA Druck auf die theologische Fakultät ausüben wolle, um dadurch die Studenten wieder von den Sitzungen der Fakultät auszuschliessen.
3. Unter diesem Eindruck hat die theologische Fakultät auf zwei ihrer Sitzungen noch einmal über dieses Thema beraten und schliesslich entschieden, auf ihren Beschluss zur Aufnahme der Studenten nicht noch einmal zurückzukommen.
4. Am 7. 2. 69 informiert der Vorstand der Theologiestudenten den Dekan über einen für den ZS geschriebenen offenen Brief an den SA, in dem sich die Studenten scharf gegen die Pression des SA aussprechen und in ähnlicher Form wie der KStR ihren Protest anmelden. Der Dekan erhebt keine Einwände gegen den Brief.

5. Am 7. 2. 69 erhält der Rektor den Artikel des KStR und macht den KStR auf den tatsächlichen Verlauf den SA-Sitzung vom November 1968 aufmerksam, wie er jetzt in der obigen Richtigstellung und im Punkt 1 beschrieben ist. Der KStR recherchiert noch einmal und unterrichtet den Rektor von den unter 2./3./4. genannten Tatsachen.

6. Am 10. 2. 69 erhält der ZS einen Brief vom Dekan der theologischen Fakultät. In ihm sind die Beschlüsse der Fakultät noch einmal aufgeführt mit dem Nachsatz: »Diese beiden Beschlüsse wurden in der Sitzung vom 18. 1. 69 bekräftigt und finden die völlige Billigung durch den Senatsausschuss.«

7. Der KStR recherchiert noch einmal und erhält von kompetenter Seite die Auskunft: Der SA hat die Beschlüsse der theologischen Fakultät weder gebilligt noch verworfen. Ausser durch die unter Punkt 1 aufgeführte Bemerkung eines Mitgliedes des SA im Nov. 68 hat sich der SA mit diesem Problem nicht beschäftigt.

Der KSIR fragt

8. Hat eine Bemerkung im SA ein solches Gewicht, dass daraufhin gleich die Fakultät darüber berät, oder wurden die Angehörigen der theologischen Fakultät falsch informiert?
9. Warum erhebt der Dekan am 7. 2. keinen Einspruch gegen einen Brief, in dem der SA der Pression bezichtigt wird, und schreibt dennoch drei Tage später von einer völligen Billigung durch den SA?
10. Laut Auskunft des Rektors ist im SA nur eine missbilligende Bemerkung laut geworden; warum schreibt aber der Dekan von einer völligen Billigung durch den SA?

11. Wenn der SA die Beschlüsse der Fakultät aber gebilligt hat, warum erhalten dann die Mitglieder der Fakultät den Eindruck eines Pressionsversuches und behandeln das Problem gleich auf zwei Fakultätssitzungen?

Der KSIR stellt fest

Hier ist etwas sehr faul! Die Widersprüche zeigen: Hier sollte mit gezielter und entstellter Information Politik getrieben werden auf Kosten der Studenten!

Der KSIR folgert

So etwas sollte in Zukunft nicht mehr möglich sein! Daher brauchen die Studenten eigene Vertreter in diesen Gremien. Nur dann ist eine umfassende und korrekte Information gewährleistet und gleichzeitig solch fragwürdige Art von Politik verunmöglicht.

KStR.

*

Universität Zürich, Dekan der theologischen Fakultät

Um allen Missverständnissen und Gerüchten den Grund zu entziehen, geben wir den Beschluss unserer Fakultät vom 15. Mai 1968 bekannt: »Im Rahmen der geltenden Universitätsordnung werden in Zukunft zu den Fakultätssitzungen eingeladen:

- 3 Vertreter der Studentenschaft,
- 1 Vertreter der Assistenten, der selber immatrikulierter Student sein muss.«

In einer späteren Sitzung wurde auch die Einladung eines PD-Vertreters unter denselben Bedingungen beschlossen. Diese beiden Beschlüsse wurden in der Sitzung vom 18. Januar 1969 bekräftigt und finden die völlige Billigung des Senatsausschusses.

Namens der theol. Fakultät
S. Schulz, Dekan

Modelle, Vorschläge, Theorien

Eine Bücherliste

Eine Bücherliste über Hochschulreform und den Problembereich Hochschule - Gesellschaft kann nicht den Sinn haben, als Programm für die Pflichtlektüre zu dienen, sondern soll vergegenwärtigen, was an konkreten Vorschlägen und theoretischen Arbeiten bereits vorhanden ist. Allerdings kann eine solche Liste wieder umfänglich noch objektiv sein; die Auswahl erfolgte recht zufällig (und immer etwas unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit an den Zürcher Bibliotheken). Doch kann die Liste anhand der Bibliographien schnell in gewünschten Richtungen vervollständigt werden.

Die mit * bezeichneten Bücher sind nach Ansicht der Redaktion besonders wichtig und dem Interessierten zu empfehlen.

- *** - Wider die Untertanenfabrik; Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule; hg. von Stephan Leibfried, Köln 1967.
- Mager/Spinarke, Was wollen die Studenten? Frankfurt a. M. 1968.
- * - Bergmann/Dutschke/Lefevre/Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek b. Hamburg 1968.
- ** - Werner Hofmann, Universität, Ideologie, Gesellschaft, Beiträge zur Wissenschaftssoziologie, Frankfurt a. M. 1968.
- Stephan Leibfried, Die angepasste Universität, Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und in den USA, Frankfurt a. M. 1968.
- Heribert Adam, Studentenschaft und Hochschule, Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, Frankfurt a. M. 1965.
- * - Hochschule in der Demokratie, Kritische Beiträge zur Erbschaft und Reform der deutschen Universitäten, hg. von Wolfgang Nitsch u. a., Neuwied und Berlin 1965.
- H. A. Jacobson/H. Dollinger, Die deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform.
- Wolfgang Schöne, Kampf um die deutsche Universität, Hamburg 1966.
- E. Heimendahl, Die Zukunft der Universität, Lehre und Forschung oder Lehre und Verwaltung, München 1966.
- Wolfgang Nitsch, Hochschule - Soziologische Materialien, in: Pädagogische Forschungen 40, Heidelberg 1967.
- Jens Hagr, Die Rechten von Berlin, Studentische Politik an der FU Berlin; hg. von H. Häussermann, Köln 1967.
- Paul Karrer, Universität und Staat, Festschrift des Rektors, in: Jahresbericht der Universität Zürich 1949/50.
- Werner Näf, Wesen und Aufgabe der Universität, Denkschrift im Auftrag des Senates der Universität Bern, Bern 1950.
- Max Imboden, Die Neugestaltung der schweizerischen Universitäten, Rektoratsrede, gehalten an der Jahresfeier der Universität Basel; Basler Universitätsreden 52, Basel 1964.
- Rolf Deppeler, Die schweizerische Universität im Kreuzfeuer, Bern 1968.
- Dokumente zur Hochschulreform 1945 bis 1959; bearbeitet von Rolf Neuhaus und Franz Steiner, Wiesbaden 1961.
- Hochschule in der Demokratie, Denkschrift des SDS zur Hochschulreform, Frankfurt 1965.
- Studenten und die neue Universität, Gutachten einer Kommission des VDS zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen; hg. vom Verband Deutscher Studentenschaften, 1962.
- Anregungen zur Gestalt neuer Hochschulen; hg. vom deutschen Wissenschaftsrat, 1962.
- Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen; hg. vom deutschen Wissenschaftsrat, 1966.
- Empfehlungen zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970; hg. vom deutschen Wissenschaftsrat, 1967.
- Studienreform ohne Hochschulreform? Eine kritische Stellungnahme zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, verfasst von Mitgliedern der Kommission des VDS, Vorabdruck der Deutschen Universitätszeitung, Dezember 1966.
- Modell I zur Hochschulreform, hg. von der Fortschrittlichen Studentenschaft Zürich (im Sozial-Archiv).
- Andres Studer, Gegenentwurf zum Vorentwurf zu einem Gesetz über tenseschaft Zürich (im Sozial-Archiv).
- P. Mikat/H. Schelsky, Grundzüge einer neuen Universität, Zur Planung einer Hochschulgründung in Ostwestfalen, Gütersloh 1966.
- H. Becker/R. Dahrendorf, Neue Wege zur Hochschulreform, Differenzierte Gesamthochschule - Autonome Universität, Bergedorfer Protokolle 20, Hamburg 1967.
- Dokumente zur Gründung neuer Hochschulen, Anregungen des Wissenschaftsrates, Empfehlungen und Denkschriften auf Veranlassung von Ländern in der BRD in den Jahren 1960-1966; hg. von Rolf Neuhaus, Wiesbaden 1968.
- Das politische Mandat der Studentenschaften, in: Die deutsche Universitätszeitung Nr. 8/9, 1968, Bonn.
- Detlev Albers, Demokratisierung der Hochschule, Argumente zur Drittelparität, Bonn 1968.
- Universität und Demokratie, in: Universitätstage 1967 an der FU Berlin, Berlin 1967.
- Die Hochschulgesetze der Welt; hg. von W. Wengler/J. Tittel, Berlin 1968.

happenings happenings happenings

Neue Studentenorganisation

Endlich ist es soweit; auch am Konservatorium und an der Musikakademie in Zürich besteht nun eine Studentenorganisation. Am 24. Jan. 1969 fand die Gründerversammlung der OMZ (Organisation der Musikstudierenden, Zürich) statt, an der sich etwa 13% aller Zürcher Musikstudenten als Mitglieder eingeschrieben haben. Das Ziel dieser Organisation ist es, die studentischen Interessen zu vertreten, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Fusion der beiden Schulen. Zunächst will man versuchen, bei den bereits laufenden Verhandlungen zur Fusion Studentenvertreter schicken zu können, möglichst mit Stimmrecht. Arbeitsgruppen werden sich mit dem Ausarbeiten von Strukturmodellen für die neue Schule und dem Entwerfen von Studienplänen befassen. Der Fehler der ETH-Studenten soll nicht wiederholt werden. Beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes für die fusionierte Schule soll nicht der Vorwurf gemacht werden können, von seiten der Studenten seien keine Vorschläge vorgebracht worden.

Die OMZ wird auch die gegenwärtige Krise im Musikleben diskutieren und deren Gründe untersuchen. Mit einer Zeitung und mit Veranstaltungen (Diskussionen, Vorträge, Konzerte vor allem mit neuer Musik etc.) soll einerseits das in erschreckend geringem Mass vorhandene politische und künstlerische Bewusstsein der Musikstudierenden gefördert, andererseits eine Aktualisierung der Konzerte versucht werden durch sinnvolle Programmgestaltung und mit Diskussionen über aufgeführte Kompositionen.

Die OMZ hat sich in Form eines Vereins konstituiert. Vorläufig ist die Mitgliedschaft freiwillig; es besteht jedoch die Absicht, die OMZ (möglicherweise im Anschluss an die Fusion der beiden Schulen) in eine offizielle Studentenorganisation mit obligatorischer Mitgliedschaft für alle Musikstudierenden umzuwandeln.

François Thurneysen

Am 20. Februar ist es soweit:

Zürich erlebt eine weitere Theaterensais, eine schweizerische Premiere und die Wiederauferstehung des Studententheaters. - Am 20. Februar, um 13 Uhr, wird in Zürich das noch nie erlebte

mittagstheater

eingeführt! Statt dass du über Mittag mit rauchendem Kopf in der Unibarsitzst, kommst du zu uns in den angenehm gekühlten Keller an der Rämistrasse 62. Bevor du dich wieder in die Testarterteilungsschlacht stürzst, kommst du so für den bescheidenen Preis von Fr. 1.65/2.20 in den Genuss des Einakters von René de Obaldia

»Der Grosswesir«

Regie führt Verena Weber (andere sprechen von Emanzipation, wir führen sie durch!), und falls bis dann noch einige Wunder geschehen (z. B. Einrichtung der Beleuchtung, feuerpolizeiliche Bewilligung etc.), sollte eigentlich alles bestens klappen.

Falls du zu den Snobs gehörst, die prinzipiell an keine Premiere gehen, so kannst du auch am 21., 25., 26., 27. und 28. Februar, je um 13 Uhr kommen (keine Angst, die Vorstellung dauert nur ca. 35 Minuten, so dass du keine Vorlesung verpassen musst).

Wir bitten um rechtzeitiges Erscheinen, da beschränkte Platzzahl! Kartenverkauf an der Mittagkasse!

STUDENTENTHEATER
der Universität Zürich

»Universität Strickhof«

Unter diesem Titel laden die Quartiervereine Ober- und Unterstrass alle am Ausbau der Universität Zürich interessierten Kreise - insbesondere die Studierenden beider Hochschulen - zu einem öffentlichen Informations- und Diskussionsabend über die Erweiterung der Universität Zürich auf dem Strickhofareal ein (Kurzreferate mit Dias und anschließende Diskussion). Als Gesprächsteilnehmer wirken mit: Prof. Dr. med. P. G. Waser, Universität Zürich, Adj. H. E. Huber, stellv. vtr. Kantonsrat, Dr. W. Diggelmann, Kantonsrat, E. Lüthy, ehem. Präsident des Quartiervereins Unterstrass, und Th. Wagner, stud. med., Gesprächsleiter: Rechtsanwalt Dr. R. Schneider.

Datum: Montag, 3. März 1969
Ort: Kirchengemeindehaus Paulus (grosser Saal)
Scheuchzerstrasse/Milchbuckstrasse

Im Hinblick auf die bald bevorstehende Abstimmung über die Erweiterung der Hochschule ist es wichtig, dass sich bereits heute möglichst viele Studenten über dieses grosse Projekt orientieren.

Platte 27:

Programm

- Di. 18. 2. Film: Werner Nekes, Kelek
- Mi. 19. u. 20. 2. Die perfekte Steuererklärung. In Zusammenarbeit mit der Jung-PdA
- Sa. 22. 2. 17-19 h
- Mi. 19. 2. Walter Bretscher: Popmusik + Politik
- Do. 20. 2. Eins, zwei, drei... Ein Abend zum Mitzählen. Eine kleine Aktion der Hamburger Ablassgesellschaft
- Do. 20. 2. Film-Forum Zürich: Jürg Gasser, H. R. Schlumpf
- Di. 25. 2. Film: Peter Weibel, expanded movie
- Mi. 26. 2. Pepe Solbach Folklore
- Do. 27. 2. Film-Forum Zürich: Reto Salvodelli
- Di. 4. 3. Film: Stan Brakhage, Songs
- Mi. 5. 3. Walti Anselmo
- Do. 6. 3. Film-Forum Zürich: H. J. Siber, Filme und Light-Show
- Di. 11. 3. Film: Sherley Clark, Portrait of Jason

Fortsetzung von Seite 5

schichte, die gesamtgesellschaftliche Praxis.

Die »Grosse Hoffnung«

Der israelische Kibbuz, von dem Steiger berichtet, ist ein sehr kleiner, isolierter, fast vorzeitiger Teilveruch und er wird zusammen mit den anderen israelischen Kibbuzim in die Historie eingehen als vorbildliches Bruchstück der »Grossen Hoffnung«, die von der Utopie Platons über die christliche Urgemeinde, über Thomas Morus und Campanella, über Saint-Simon und Weitling bis zum chinesischen Kulturrevolution unaufrichtig weiterzuehlt heute nicht mehr Utopie, sondern Möglichkeit auf Grund der materiellen Entwicklung der Produktionskräfte. Würde man, wie Werner Steiger, den Menschen als grundsätzlich und unabänderlich schlecht und böse betrachten dann wäre die jetzige Welt der existierenden Misere völlig ausgeliefert. Es ist jedoch gerade diese verheulichte, profitgierige, egoistische Miserabilität, gegen die die Jugend der ganzen Welt revoltiert.

Etudiant-e espagnole.

Si l'échange de conversation espagnole-français, allemand ou anglais avec jeune étudiant suisse vous intéresse, s. v. téléphone au No. 27 02 50 int. 35 aux heures de bureau.

la puce Boite de Nuit Bleicherweg 5 Zürich (Gross) beim Paradeplatz

Zum Pausch ist Puce Is Puce zum Pausch Immer gut abgeben Mo. bis Do. mit Legi Eintritt frei.

Mitteilung erbiten an:

日本とドイツ人の創造の生活

F. Detwiler Weihenmattweg 2 4660 Gärnkünden Tel. 061/86 11 22

Eusi Meinig

Zürcher Sozialdemokraten für Mitbestimmung der Studenten

Die Zürcher SP hat ihr Aktionsprogramm bereinigt. In den einstimmig – aber nach harter und intensiver Diskussion und vielen Detailabstimmungen – verabschiedeten Thesen wird als verbindliche Weisung an alle Mitarbeiter und Vertreter der Partei zum Mitbestimmungsrecht an den Hochschulen wie folgt Stellung genommen und Auftrag erteilt:

Ausbau und Demokratisierung des Bildungswesens aller Stufen als Voraussetzung der Demokratisierung der Gesellschaft als auch der Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft des Landes. Grundlegende Reformen der Hochschule im Sinne der Beseitigung autoritärer Hierarchie und der Gewährleistung des Mitbestimmungsrechtes der Assistenten und Studenten.

Damit haben alle jene Dozenten, Assistenten und Studenten, die durch den Ausbau des Mitbestimmungsrechtes ihren Beitrag zur demokratischen Gesellschaft von morgen leisten wollen, einen eindeutigen Verbündeten. Die Kantonsratsfraktion hat sich bereits eindeutig für die Drittelsparität ausgesprochen.

Aber auch der erste parlamentarische Vorstoss ist bereits eingereicht:

Für die studentische Mitbestimmung bei der Uni-Planung

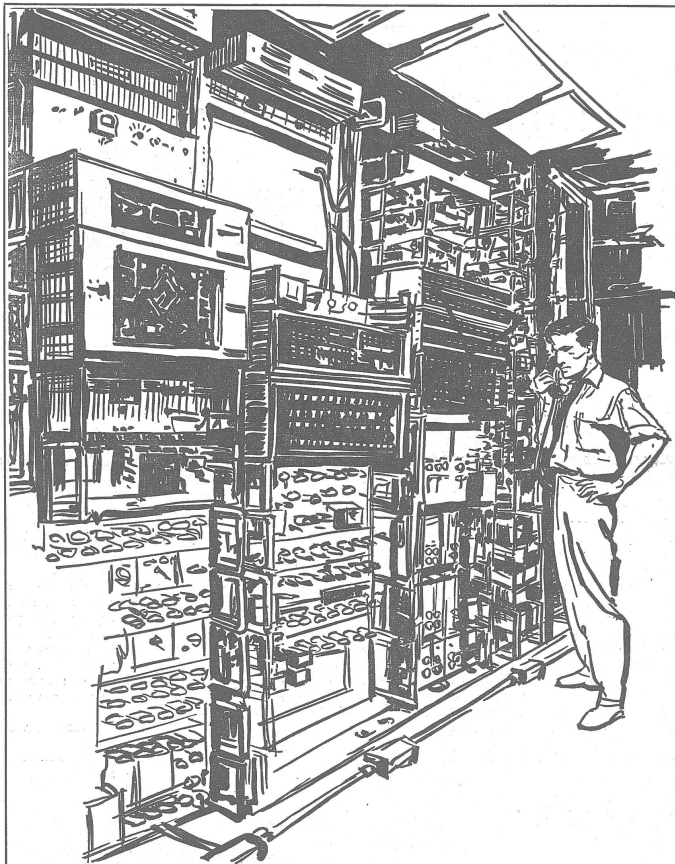
Interpellation von Fritz Bucher (soz.), Zürich

Die Erweiterung der Universität wird in den kom-

menden Jahren das Zürichervolk und seine Behörden, insbesondere die Dozenten, Assistenten und Studenten, intensiv beschäftigen. Um für die notwendig werdenden grossen und kostspieligen Bauten nach Möglichkeit gute Voraussetzungen zu schaffen, wird der Regierungsrat gebeten, zur folgenden Frage Stellung zu nehmen:

Gedenkt der Regierungsrat, den Dozenten, Assistenten und Studenten der Universität schon in der gegenwärtigen Phase der Planung ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht einzuräumen und im Interesse der Vermeidung von Konfliktsituationen an unserer Hochschule auf diese Weise die Möglichkeit der Erprobung der geforderten Drittelsparität zu gewähren?

Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich



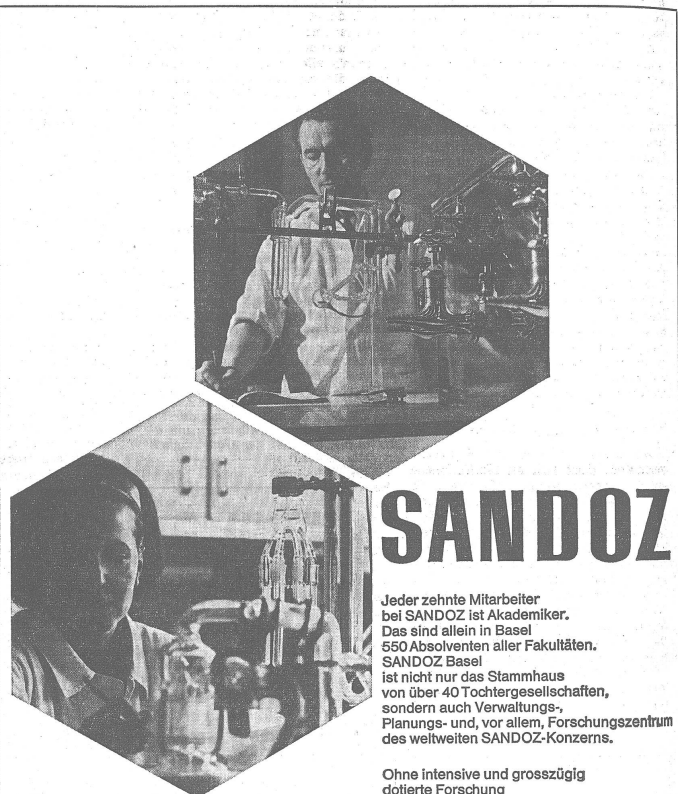
Die ganze Nachrichten-Technik

durch

Standard Telefon und Radio AG.

Ein IIT-Unternehmen

1779



SANDOZ

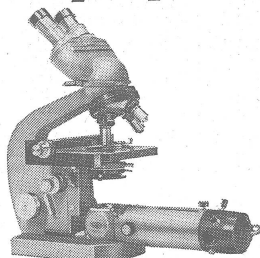
Jeder zehnte Mitarbeiter bei SANDOZ ist Akademiker. Das sind allein in Basel 550 Absolventen aller Fakultäten.

SANDOZ Basel ist nicht nur das Stammhaus von über 40 Tochtergesellschaften, sondern auch Verwaltungs-, Planungs- und, vor allem, Forschungszentrum des weltweiten SANDOZ-Konzerns.

Ohne intensive und grosszügig dotierte Forschung ist kein Fortschritt möglich. Und Forschung braucht Nachwuchs. Industrielle Chemie ist angewandte Wissenschaft. SANDOZ AG Basel



Olympus -Mikroskope seit 1919!



Olympus -MIKROSKOP, Mod. EC-BI binokular mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokulartubus 1:1, Kondensator N. A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okularpaar Weitwinkel WF 10x, (Grossfeld), mit Plastik-Haube, Holzschrank, Augenmuscheln und **Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30W**, inklusive 3 Birnen, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1687.-

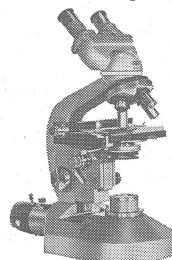
5 Jahre Fabrikgarantie

Erhältlich bei der Zentralstelle der Studentenschaft

Nähere Auskunft und Beratung durch die Generalvertretung: Weidmann+Sohn, Abt. Präzisions-Instrumente, Gustav Maurerstr. 9, 8702 Zollikon, Telefon 051 654800

Sofort ab Lager lieferbar

Spezialofferte an Studenten



Olympus

-Forschungs-Mikroskop Mod. EHC-BI, binokular, Stativ EH mit 5er Revolver, mit koaxial verstellbarem Kreuztisch CS, Binokular-Tubus 1:1, Kondensator zentrierbar N. A. 1.25 auf Zahntrieb, 4 Objektiven, Achromaten 4x, 10x, 40x und 100x (Oelimmersion), Okular-Paar Weitwinkel WF 10x (Grossfeld), mit Plastikhaube, Holzschrank, Augenmuscheln, im Sockel eingebaute **Hochleistungs-Niedervolt-Lampe 6V/30 W**, inklusive 3 Spezialbirnen, Filter, 1 Flacon Oelimmersion und stufenlos regulierbarem Transformator 220V.

Nach Abzug des Studentenrabattes, netto nur Fr. 1905.-

Beste Referenzen in der ganzen Schweiz.

Solothurner Filmtage

Anfang vom Ende einer langjährigen Stagnation / Pierre Lachat

Vor Jahresfrist war im Anschluss an die III. Solothurner Filmtage an dieser Stelle wenig Ermutigendes über den Stand der Dinge im schweizerischen Filmschaffen zu berichten. Die IV. Schweizer Filmtage, die vom 24. bis zum 26. Januar wiederum in Solothurn stattfanden, haben hingegen gezeigt, dass sich seit her einigermassen geändert hat. Die konkreten Resultate langjähriger Bemühungen, wie sie konsequent eigentlich nur von wenigen aus scheinbar hoffnungsloser Position heraus betrieben worden sind, beginnen sich nunmehr einzustellen. Für die Zukunft eröffnen sich – wenigstens was die Qualität der in Aussicht stehenden Filme betrifft – vielversprechende Perspektiven.

Eines der Hauptereignisse der Solothurner Tagung muss hier vorausgenommen werden, obwohl es – aber eben in möglicherweise entscheidendem Ausmass – mehr die Zukunft als die Gegenwart des schweizerischen Filmschaffens betrifft. Dr. Guido Frei, Direktor des Deutschschweizer Fernsehens, kündigte an, seine Anstalt werde sich mit einer im ersten Jahr 300 000 Franken nicht übersteigenden Summe an fünf Produktionen junger Filmschaffender je zur Hälfte beteiligen. Die Interessierten möchten entsprechende Drehbuch-Exposés einreichen; ein noch zu bestimmendes, weitgehend aus unabhängigen Persönlichkeiten zu konstituierendes Gremium werde über die Vergabe dieser Produktionsbeihilfen entscheiden.

Dr. Frei's Ankündigung löste sogleich zum Teil hitzige Debatten aus: Sein Angebot wurde teils als »Almosen«, teils als »kulturelles Alibi« bezeichnet. Sosehr diese Einwände berechtigt sind, so werden doch die jungen Filmschaffenden in erster Linie darauf bedacht sein müssen, dass der geistige Gehalt ihrer dergestalt zu verfertigten Filme nicht Opfer einer offenen oder verinnerlichten Repression, das heisst auf das fernsehbare Niveau der SJW-Heftchen für Erwachsene reduziert werde. Vertrauen auf Vorschuss in das fragliche Auswahlgremium scheint kaum gerechtfertigt. Andererseits wären die jungen Filmschaffenden natürlich nicht gut beraten, wenn Sie Dr. Frei's Angebot, das niemand als grosszügig missversteht, rundweg abschlagen.

Imitationen nach der Art des Hauses

Wo beim Fernsehen die Fallstricke verlaufen, lässt sich an »Imitationen«, einem vierzigminütigen, farbigen, für das Schweizer Fernsehen hergestellten Pop-Film des engagierten Schriftstellers, Journalisten und Cineasten Louis Jent, ablesen. Der Titel bezeichnet – nicht nur, aber auch und vielleicht sogar ein wenig selbstironisch – den Versuch, vor heimischen Kulissen ein importiertes Amüsement mit Beatles-Musik und Rexona-frischer Jugend nach dem Vorbild der frühen Filme von Richard Lester (»A hard day's night«, »The knack«, »Help!«) aufzuziehen – mit einer entscheidenden Korrektur: Das Körnchen Gesellschaftskritik, das auch Lesters seichteste Filme in Form

zurzeit in Zürich zu sehen ist. Aber auch der zweite Film von Michel Soutter, »Häschick«, weist diesbezüglich unzweifelhaft Qualitäten auf, die ihn jedenfalls weit über Soutters Erstling, »La lune avec les dents«, stellen, von welchem Film wir letztes Jahr wenig Erfreuliches berichteten. In dieser Hinsicht eher zweifelhaft und anlässlich der kommenden Zürcher Aufführung noch näherer Untersuchung bedürftig wirkte hingegen der erste lange Spielfilm von Jacques Sandoz, »L'oeil bleu«.

Siber & Co.

Auch der Deutschschweizer »Untergrund« scheint sich seltsamerweise, wenn auch auf ganz andere Weise, einem gewissen Dokumentarismus zuwenden zu wollen. Dieser ist im Fall von Hansjakob Sibers »Selbstgespräch«, einem halbstündigen »Tagebucheintrag«, in welchem der Autor sich selbst und sein Verhältnis zur etablierten Gesellschaft porträtiert, mehr als unfreiwillige soziologische Relevanz zu verstehen. Siber, wenigstens äusserlich ein Specimen jener Art Menschen, welche der primitive Volksmund als »Ersatzheiland« verunglimpft, bat einen wildfremden Irgendwer zu sich und lässt ihn off die einschlägigen Fragen an Siber stellen (Warum lange Haare? Wie steht's mit dem Seifenkonsum? Finden Sie, Herr Siber, nicht auch, Sie sollten eigentlich...? Wie halten Sie's mit der Sexualität? etc. – kurz die Fra-

gen, die der Reporter von Ringiers Unterhaltungsblättern in dieser Situation stellen würde). Siber, über drei ungeschminkte 120-Meter-Filmrollen hinweg unverändert im Bild, gibt Antwort, »wenn es nicht anders geht, stotternd«, wie er selber sagt. Entsprechend wird er »zweiter Sieger« in diesem Streitgespräch und enthüllt in dessen Verlauf ein erschreckendes Unvermögen, den radikalen Protest gegen die Gesellschaft glaubwürdig zu verbalisieren, das in seiner Bedeutung weit über den Einzelfall Hansjakob Siber hinausgeht und Aufschluss gibt über gewisse Aspekte der gegenwärtigen antiautoritären Bewegung überhaupt.

Die Kunst der Provokation

Bewusster verfährt Kurt Gloor, der seit seinem bössartigen »Hommage« an das schweizerische Soldatenbuch stattdessen bekanntgewordene vaterlandlose Gesell und professionelle Miesmacher, in seiner neuesten viertelstündigen Provokation in Permanenz, »Mondo Karies«, einem Film – so Geor – über seine »persönliche Angst vor dem Zahnarzt«, welche letzteren er allerdings als Allegorie für den »Revolutionär« verstanden haben will, der ebenso »gewaltsam bestehende Zustände« ändert, indem beide »das noch Rettbare erneuern und das Morsche entfernen«. Seinen Film bezeichnet Gloor ohnehin als »tendenziös«, da es sich so oder so um einen Agitationsfilm handelt.

Lyrische Untergrundflora

Zu einer Anthologie amerikanischer Untergrundgedichte

»Die hier versammelten Gedichte mögen ein Gegenbeispiel darstellen zu den hierzulande üblichen Produkten der neuesten Lyrik, die sich selbst als Avantgarde begreift, jedoch in diesem Anspruch weitgehend bezugslos bleibt und nicht über traditionellen Kunstanspruch hinauskommt.« So preist der Darmstädter Melzer-Verlag seine zweisprachige Anthologie amerikanischer Untergrundgedichte mit dem Titel »Fuck you!«. Dennoch: Die recht kecke Behauptung und der eher ungewöhnliche Titel sollten nicht dazu verleiten, diese Art von Dichtung zum vornherein als irrelevant zu betrachten. Denn immerhin setzt sie eine Entwicklung fort, die in den frühen fünfziger Jahren mit Allan Ginsberg und Jack Kerouac ihren Anfang nahm. Im Jahre 1955 veröffentlichte Ginsberg seinen ersten Gedichtband (Howl and Other Poems), Kerouac zwei Jahre später seinen Roman »On the Road«. Diese beiden Bücher, vor langem schon in mehrere Sprachen übersetzt, machten einem breiteren Publikum erstmals die (wenn auch »vage«) Weltanschauung einer neuen Bewegung bekannt. Einer Bewegung, die gegen die starren Konventionen und die falschen Werte einer erfolgsbesessenen Gesellschaft rebellerte.

In dieser amüsanten Anthologie reicht nur ein Drittel der Gedichte

über einen persönlichen Erlebniskreis hinaus. Mitunter finden sich unter den engagierten Gedichten solche, die ungeahnte, wenn auch ungewollte Effekte hervorrufen. Drollig wirkt die anstössige Verbaliteration eines Tuli Kupferberg:

To masturbate is human ...
to fuck divine
I say the purpose of the revolution
is to eliminate masturbation.
I say the revolution is holy
I say the family that lays together
stays together
I say that God & fucking are one
I say that sick sexless souls cause war
I say fuck or die
I say the Catholic Church is antifuck
& the Jewish Church
& the Church
I say governments oppose fucking
because old men oppose fucking
I say anyone who hates this poem is
jealous
I say come all ye fuckful
I say fuck is beauty
Fuck is God

In religiöse Verzückung gerät eine verliebte Dame, die ihrem Liebhaber poetische Grüsse schickt. Die etwas umständliche Erläuterung diverser Handgriffe beeinträchtigt jedoch die lyrische Stimmung:

Love Poem

there are no ways of love but! beautiful
I love you all of them
I love you/ your cock in my hand
stirs like a bird
in my fingers
as you swell and grow hard in my hand
forcing my fingers open
with your rigid strength
you are beautiful/ you are beautiful
I stroke you with my loving hands
pink-nailed long fingers
I caress you
I adore you
my finger-tips ... my palms ...
your cock rises and throbs in my hands
a revelation / as Aphrodite knew it
there was a time when gods were purer
I can recall nights among the honey-suckle
our juices sweeter than honey
I We were the temple and the god
entire /

Die Thematik der in der Anthologie dargebotenen Gedichte bewegt sich zwischen den Angriffen auf kirchliche und staatliche Autorität und den Kommerzialisierung der Gesellschaft einerseits...

The fat old banker fascist
with a handlebar moustache ...
came on rigid & stern
like some von Clausewitz

oder gar:
Thousands of miles away
in sunny Italy,
home of Butoni and the Vatican,
the Pope went down a long hall
and into a velvet room
so soft to the touch
and without mirrors
so no one could see
and tried and tried and tried
to jack off
but
couldn't.
And in his tears
the meaning of Christ
softly
came.

... andererseits sind Drogen- und Liebesrausch und sexuelle Verwirrung die zentralen Motive. Die Diktion ist weitgehend dem Hipster-Idiom verpflichtet, jener Sprache, deren man sich in den Strassen und Bars von New Yorks »Village« bedient und die in der amerikanischen Gegenwartsliteratur längst als unumgängliches Stilmittel eingesetzt wird. Nur: was bei Steinbeck, Malarmud oder Baldwin zur Milieuverdichtung dient, bei Ginsberg Revolute und Loslösung bedeutet, scheint bei den Gedichten in »Fuck you!« zur Spielerei, ja zum Selbstzweck geworden zu sein. So kommt es, dass sich neben eher anspruchslosen Gewächsen nur selten Ansätze finden, die man als gültiges Dokument, kaum aber als repräsentative für eine Generation ansprechen darf.

Andreas Seiler

Unruhen, Streiks, Revolution Worum geht es dabei eigentlich?

Eigentlich nur um eines: Alle wollen am Erfolg und Wohlstand Anteil haben.

Und sie sehen keinen andern Weg, der auch ihnen eine Chance gibt.

Niemand will Wohlstand zerstören. Alle wollen daran teilhaben. Aber wie kann man allen eine Chance geben, es zu etwas zu bringen und mehr Achtung vor sich selbst zu gewinnen, ohne jene darunter leiden zu lassen, die schon so weit sind?

Wir glauben, dass erfolgreiche Unternehmen derartiges zustande bringen.

(...) Höherer Lebensstandard schafft das Gefühl, etwas erreicht zu haben. Und Stolz, Würde und Achtung vor sich selbst.

Er schafft auch das Bedürfnis nach sozialer Ordnung. Es wird viel stärker sein als das Bedürfnis nach gewalttätiger Unordnung.

Um all dies zu erreichen, um gesund und entwicklungsfähig zu sein, braucht die Wirtschaft einen ständigen Strom frischen Kapitals.

Und das ist unsere Aufgabe hier bei IOS: Mehr und mehr Menschen überall auf der Welt zu veranlassen, in Unternehmen überall auf der Welt zu investieren und ... Gewinn dabei zu erzielen.

(...) Und was besonders wichtig ist: Wir sind davon überzeugt, dass wir und andere, ähnliche Organisationen – fast als Nebenprodukt – die vielleicht wirksamste Abschreckungswaffe gegen Gewalttätigkeit schaffen helfen: Finanzielle Sicherheit. (...)

Der Text links erschien als doppelseitiges Inserat des Finanzinstituts IOS im »Spiegel« vom 27. Januar 1969. Es zeigte auf der Farbphoto einen brennenden Molotow-Cocktail. Das Bild rechts ist dem »Pardon« vom August 1968 entnommen.

Alle reden von Revolution. Wir auch.



Denn wie wäre Lenin sonst nach Rußland gekommen? Damals, 1917. Das verdanken Sie der Eisenbahn. Junge, revolutionäre Leute wissen das zu schätzen.

Sie fahren lieber mit der
Bundesbahn



FREIHOFFER
Buchhandlung
für
Medizin

Rämistrasse 37
Zürich 1

Tel. 47 92 22

Die Studenten haben's geschafft

Mit rund 50 000 Unterschriften sind die Studenten am 8. Januar bei der Bundeskanzlei angerückt und haben »ihr« Referendum gegen das neue ETH-Gesetz eingereicht. Wer die Sache nur mit dem nüchternen Verstand betrachtet, kann leicht zum Schluss kommen, die Übung sei gefährlich und überflüssig.

Aber der nüchterne Verstand ist nicht alles. Alle »Bedenken«, die man geltend machen kann, sollen uns die Freude darüber nicht verderben, dass die Studenten eine grossartige Leistung vollbracht haben. Sie sind recht spät erwacht und haben erst sechs Wochen vor Ablauf der Referendumsfrist gemerkt, um was es geht. Und haben es trotzdem zustandegebracht. Mit sehr wenig Geld, und trotz den Weihnachtstagen kam eine respektable Unterschriftenzahl zusammen.

Das ist aber nicht einmal das Wichtigste. Noch viel eindrücklicher ist die Tatsache,

dass Studenten, die in der halben Welt krawallieren, Universitäten »besetzen«, Barrikaden errichten, Automobile umstürzen und anzünden, Pflastersteine und Schlimmeres werfen, in der Schweiz mit den legalen Mitteln, welche unsere Verfassung zur Verfügung stellt, **Opposition** gegen die Beschlüsse der regierenden Mehrheit in einer Form betreiben können, die nicht zu beanstanden ist. Das soll ein Kompliment an die Adresse der Studenten sein; es ist aber auch eines an die Adresse unserer staatlichen Einrichtungen. Dass sie ihre 50 000 Unterschriften mit 24 Velos, mit Wimpeln und Spruchplakaten ins Bundeshaus führen, zeigt nebenbei, dass sogar in der Demokratie die Politik nicht unbedingt langweilig zu sein braucht.

Es wäre wirklich schön, wenn man aus alledem den Schluss ziehen dürfte, die Studenten seien nun endlich »politisch erwacht«. Diese Studenten nämlich, denen wir jahrzehntelang zum Vorwurf gemacht ha-

ben, dass sie sich um die Politik einen Teufel scherten, was angehenden Akademikern ein schlechtes Zeugnis ausstelle. Dass sie bei diesem »Erwachen« möglicherweise andere Ideen äussern als wir, ist ebenfalls kein Grund zum Jammern. Was wäre das für eine Jugend, die nichts anderes zu tun wüsste, als es den Alten gleichzutun!

Es ist wirklich schade, dass sich die Studenten mit ihrem Referendum, sachlich gesehen, in die Nesseln gesetzt haben. Wird das ETH-Gesetz, wie es die Referendumsfreunde wollen, in der Volksabstimmung abgelehnt, dann verzögert sich der Ausbau unserer Technischen Hochschulen. Denn der Hauptzweck des neuen Gesetzes war die Eingliederung und der Ausbau der EPUL, der Technischen Hochschule in Lausanne. Diese Aufgabe ist dringend, sehr dringend; nicht zuletzt im Interesse gerade der Studenten. Sie war so dringend, dass man nicht gleichzeitig eine Studienreform und eine Umorganisation der ETH vornehmen konnte. Wird das Gesetz in der Abstimmung jedoch gegen die Parole der Studenten an-

genommen, dann haben diese eine Niederlage erlitten, welche die Atmosphäre noch lange vergiften und kaum dazu angetan sein wird, die berechtigten Postulate der jungen Akademiker zu fördern.

Es wird also auf beiden Seiten sehr viel guten Willen brauchen, um das Geschirr, das durch diese Abstimmung so oder anders zerschlagen wird, wieder zusammenzuflicken. Es liegt im Landesinteresse, wenn von Anfang an dieser gute Wille dominiert, schon bevor die Abstimmung stattgefunden hat. In der Bundesversammlung ist der Reformwille schon vor Jahresfrist durch ein Postulat Eisenring und im Dezember durch die Motion Schmitt zum Ausdruck gekommen.

Trumpf
Buur

Aktion für freie Meinungsbildung

8032 Zürich

Politik

Zeitschrift für theoretische und praktische Politik

erhalten Sie in Zürich und Umgebung in folgenden Buchhandlungen und Kiosken:

Buchhandlung Stäheli & Co., Hans Rohr, Bahnhofkiosk Zürich-Haupteingang, Bahnhofkiosk Zürich Perronhalle, Bahnhofkiosk Zürich Limmatseile, Bahnhofkiosk Zürich West, Zeitungskiosk Zürich-Cabana, Zeitungskiosk Zürich-Marion, Zeitungskiosk Winterthur Graben, Buchhandlung Schneebeli, Winterthur, Genossenschafts-Buchhandlung, Winterthur.



Apotheke Oberstrab Zürich 6

F. Eichenberger-Haubensak Universitätstraße 9

Seit 1889 die Apotheke der Akademiker

We are an international chemical producer serving European markets through sales and production facilities all over the Continent.

In our Technical Service and Development Department (Epoxy Resins) in Zurich, we have a challenging opening for a young, dynamic and internationally oriented

Chemist or Chemical Engineer

Our new team member would work with a small group on the development of new application technology for Dow's epoxy resin and in assisting customers throughout Europe in the use of these products. The job also involves work with our research department and customers in developing new products or concepts.

The continuing growth of Dow's European Division provides for outstanding career opportunities and challenging job assignments. The following qualifications should be met:

- Swiss citizenship or Permit C
- Graduated chemist or chemical engineer
- Interested in a job related with marketing, research and production
- Aged 25—30
- Fluency in (written and spoken) English
- Willingness to travel internationally
- Experience in epoxy resin technology or in general paint and resin technology desirable but not absolutely necessary.

If you are ambitious to achieve results and interested in a challenging non-routine job with good prospects for advancement, please write to us for an application form.

J. N. Weber
DOW CHEMICAL EUROPE S. A.
Alfred-Escher-Strasse 82
8027 Zurich
Phone: 27 41 92



Neuer Skilift Rossfallen-Chamm Hintergoldingen

Nach der »Sonne« links

Asphaltierte, schneefreie Zufahrtsstrasse, Pistenfahrzeug, Restaurant.

Tageskarten für Studenten: Montag-Samstag Fr. 5.—.

Sonntags 20-Fahrten-Abonnements Fr. 13.—.

Montag-Freitag Gruppen von 20 Personen Fr. 5.—, inbegriffen Suppe, Cervelat, Brot.

Voranmeldung an F. Stutz, Wald ZH, Tel. (055) 9 11 33.

Wir heissen die studentische Jugend herzlich willkommen! Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

FACHSCHULE FÜR MEDIZINISCHE HILFSBERUFE

MIZ Abt. VI

Technische Leitung: M. Sommerhalder

MED. LABORANTINNEN Abt. VI a
Vom Schweizerischen Roten Kreuz anerkannt (SRK-Sekretariat in Bern.)

ARZTGEHILFINNEN Abt. VI b
Ausbildung nach den Richtlinien der Verbindung der Schweizer Ärzte (Arztsekretariat in Bern.)

VOBEREITUNGSKURSE Abt. VI c
für med. Hilfsberufe wie zukünftige Krankenschwestern, Physiotherapeutinnen, med. Laborantinnen, Röntgenassistentinnen

FORTBILDUNGSKURSE Abt. VI d
für med. Hilfspersonal wie Arztgehilfinnen und Laborantinnen. Umschulung auf Labor, Fernkurse: Mittelungen.



Präsentation des Berufes der Med. Laborantin und der Arztgehilfin für Berufsberatungen und Abschlussklassen der Primar- und Sekundarschule

Neuzeitliche Unterrichtskonzeption, praxisnaher Unterricht. Das Institut führt ein staatlich anerkanntes Med. Untersuchungslabor

Semesterbeginn Ende April und Ende Oktober.

Studienpläne, Kursprogramme.

Morphologisches Institut Zürich Direktion Hermann Holliger
051 44 83 35 Joesstrasse 92, 8005 Zürich Nähe Hauptbahnhof und Limmatplatz



6 Menus gratis ...

in 40 Tagen erhalten Sie mit unserer Studentenkarte. Keine Vorauszahlung.

Tellerservices ab Fr. 2.60

All-In-Menus (inkl. Getränk -50 und Kaffee -50)



Biber + Wellenberg

Die alkoholfreien Spezialitäten-Restaurants am Hirschenplatz, unterhalb der Uni, 92 Schritte vom Limmatquai.

aschinger-Biber, jeden Dienstag »Pizza di Roma«

In beiden Betrieben jeden Freitag Treffpunkt der Wähenliebhaber (eigene Konditorei).

Chinesische und indische Speisen im aschinger-Biber.

Japanische und indonesische Speisen im Wellenberg.

Dissertationen

viel preisgünstiger ...

... weil wir mit dem modernen IBM-Composer setzen und in Offset drucken. Keine Dissertation ist uns zu schwierig (selbst hochtechnische nicht). Dazu sind wir wirklich preisgünstig. Bis zu

30% und mehr einsparen

können Sie, wenn Sie sich mit uns in Verbindung setzen. Wir beraten Sie gerne unverbindlich.

WYNA-DRUCK AG

5734 Reinach/Aargau
Tel. (064) 71 15 07

Das Versagen der Deutschen Universität

Wer über Wissenschaft und Politik reflektiert, darf am Beispiel der Deutschen Universität in der Zeit des Faschismus nicht vorbeigehen. Den deutschen Hochschulen ist die selbstgestellte Aufgabe, zu selbständigem, kritischem und wahrhaftigem Denken zu erziehen, aufs Ganze gesehen kläglich misslungen. Sicher, sie entliessen ihre Absolventen mit guten bis ausgezeichneten Fachkenntnissen, die sie für die Ausübung der akademischen Berufe tüchtig machten und das internationale Ansehen des deutschen Studienganges aufrechterhielten. Als gesellschaftsfähigen Wesen jedoch, als politischen Menschen gebrach es diesen Akademikern gänzlich an der Fähigkeit zu selbständigem, kritischem und wahrhaftigem Denken und vernunftgemässen Handeln. Den Beweis dessen führen die zunehmende Begeisterung der Studentenschaft für die nationalsozialistischen Kampfbegriffe, die Loyalität der Akademikerschaft zum Dritten Reich und die Passivität der Hochschullehrerschaft gegenüber dem Vordringen faschistischer Mythen und einer totalitären Staatsumwandlung.

Die Schuld an diesem Versagen lag weder in der Überfüllung der Hochschulen noch in der Überbelastung ihrer Lehrer, die immer wieder als das entscheidende Erschwerende deutscher Universitätsbildung in der Weimarer Zeit angeführt wurden. Es lag auch nicht an der vielbeklagten Spezialisierung des Unterrichts, die das humanistische Bildungsideal zur Fiktion werden liess. Denn was half es schon, wenn der Gelehrte auch die Ergebnisse und Entwicklungen weiterer Gebiete überblickte, aber doch kein rationales Verhältnis zu gesellschaftlichen Phänomenen besass? Was hätte schon ein Studium generale genutzt, wenn der Student bei Philosophen wie Juristen, bei Staats- wie bei manchem Naturwissenschaftler auf die nämliche politische Grundhaltung stiess?

Nach seinem Selbstbild freilich war der deutsche Professor eine unpolitische Erscheinung. Die meisten glaubten dem Genüge zu tun und es zu beweisen, indem sie sich vor öffentlicher Stellungnahme zurückhielten. Das hinderte jedoch nicht, dass all diese Begriffe romantischer Gesellschaftsvorstellungen und irrationaler Reichsverheissungen in ihrem Denk- und Lehrrepertoire enthalten waren und weitergegeben wurden. Darin lag ja eben das Zerlösende der professoralen Haltung. Die Gelehrten taten ihre Animosität gegen das Ordnungssystem der Republik und ihre Parteiführung nicht als subjektiven Widerwillen kund und stellten dagegen nicht politische Argumente zur Diskussion; sondern sie verkleideten als Resultate wissenschaftlicher Erkenntnis zu Fragen der Nation, was nur aus Ressentiment und Emotionen geboren war. Ludwig Marcuse sagt: »Eine der grossen Chausseen, auf welchem der Terror vordrang, was mit jener ‚Objektivität‘ geplastert, die paralytischen Professoren das erhebende Bewusstsein schenkte, die Tugend des Wissenschaftlers zu haben.«

Wir drucken im folgenden Auszüge aus einem jüngst im Scherz-Verlag erschienenen Buch ab: H. P. Buelei: »Deutschlands Bekanner, Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur.«

Die Appelle verfassungstreuer Professoren an Kollegen und Kommilitonen, der bestehenden Rechtsordnung mit Verständnisbereitschaft zu begegnen, wurden mit Beginn der dreissiger Jahre zwar keineswegs häufiger, aber sie wurden dringlicher. So forderte im August 1930, elf Jahre nach der Verabschiedung der Verfassung und ihrer Feier in Frankfurt Friedrich Dessauer, man solle endlich den Widerstand aufgeben und die eigenen Interessen zurückstellen. Wirklicher Patriotismus verlange es, auch Opfer zu bringen und nicht zu warten, bis einem das Kleid des Vaterlandes ganz gefällt. Gegenseitige Ehrfurcht und Toleranz legte der Physiker besonders seinen jungen Freunden nahe, die in Scharen den nationalsozialistischen Einbläsen zuliefen.

Doch wo sollten diese am Volkstum erkrankten und von leidenschaftlichem Tatwillen erfüllten Studenten weltanschauliche Toleranz in politischen Auseinandersetzungen gelernt haben? An ihren Universitäten gewiss nicht, denn die waren weder bereit, die Weimarer Republik noch andersdenkende Kollegen zu tolerieren. In Halle lieferten die Theologen ein Exempel, das diese Unduldsamkeit nur unterstützen konnte. Pfarrer D. Günther Dehn, Inhaber eines Lehrstuhls für praktische Theologie, hatte davor gewarnt, dem Kriege ein christliches Gesicht zu geben; wer gestiftet werde, habe auch töten wollen, so dass die Behauptung des reinen Opfertodes in Frage gestellt sei und auch die Kriegsdienstverweigerung nach lutherischer Auffassung nicht einfach abgelehnt werden könne. Bei Vorlesungsantritt Dehns im Wintersemester 31/32 setzten die Studenten mit wüsten Kravallszenen und Rücktrittsforderungen die Universität unter Druck. Die Kirche rügte, Pfarrer Dehn habe es bei der Behandlung erster vaterländischer Probleme an der rechten Besonnenheit fehlen lassen. Dehn wurde beurlaubt.

Carl Schmitt
Die rapide sich verschärfende »vaterländische« Intoleranz konnte sich stützen auf die Lehren des prominenten Staatsrechtlers Carl Schmitt. Als der Bonner Professor 1926 auf den Lehrstuhl von Hugo Preuss an die Berliner Handelshochschule berufen wurde, war seine Antrittsvorlesung eine Lobrede auf den Begründer der Weimarer Verfassung gewesen. Doch Schmitt wurde zum immer schärferen Gegner des Pluralismus und des Parteienstaates und entwickelte Vorstellungen von Parlamentarismus und Diktatur - »der totale Staat« -, welche die Staatsrechtslehre stark beeindruckten und von Schmitt selbst dann zur Rechtfertigung der nationalsozialistischen Herrschaft weiterentwickelt wurden.

Seine ungeheuerlichste - zeitnahe - Leistung war jedoch »Der Begriff des Politischen«. Er reduzierte alle politischen Handlungen und Motive auf die Unterscheidung zwischen Freund und Feind. Für demokratische Grundvorstellungen wie Kompromiss oder Toleranz war da kein Platz mehr. Der Feind »ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, dass er in

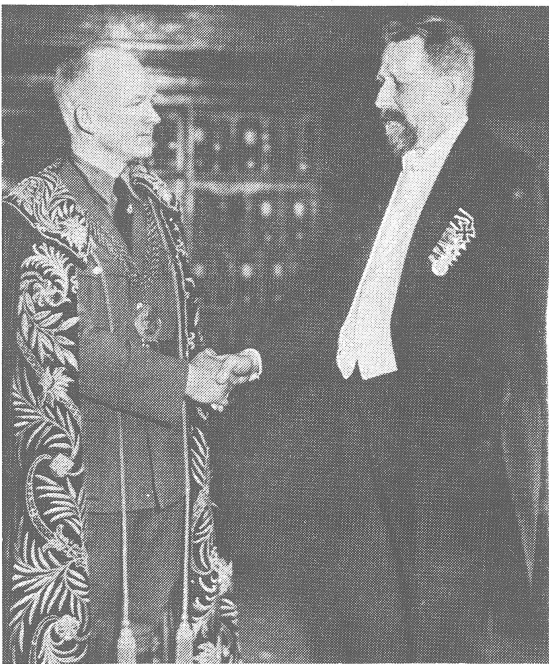
einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist, so dass im extremen Fall Konflikte mit ihm möglich sind... Den extremen Konfliktfall können nur die Beteiligten selbst unter sich ausmachen... Zum Begriff des Feindes gehört die im Bereich des Realen liegende Eventualität eines Kampfes.« Die Schrift aus dem Jahre 1932 liest sich wie eine Rechtfertigungsfibel für den völkischen Kampf, auch für den Bürgerkrieg, für die Machtergreifung. Die staatsrechtliche Erkenntnis konnte für viele Interessen herangezogen werden. Nur eben für eines nicht: für die Bewahrung einer demokratischen Ordnung.

Die Verfassung des Reiches galt auch in der einschlägigen Jurisprudenz durchaus nicht als die einzig mögliche Grundlage des staatlichen und persönlichen Lebens und war schon gar nicht »der feste Boden unserer Existenz«, wie der Frankfurter Pathologe Bernhard Fischer-Wasels 1931 meinte. Zwar erkannte er, dass der politische Streit auch in die Universitäten eingedrungen sei, doch er war auch überzeugt: »Wenn politische Diktaturen Hochschulen zur Erziehung einer akademischen Jugend mit vorgeschriebenen Gesinnungen nötig haben, so ist jedenfalls die deutsche Universität für diesen Missbrauch denkbar ungeeignet.«

Die Probe kritischen Geistes

Das war zunächst nur eine Vermutung, deren Erprobung bevorstand. Feststellbar war allerdings, dass die deutsche Universität die Ausbreitung zentraler totalitärer politischer Ideologien in ihrer Studentenschaft nicht verhindert, sondern erleichtert hatte. Daran waren nicht nur ausgesprochen konservative oder reaktionäre Professoren schuld. Auch staatsbeherrschende Hochschullehrer veranstalteten aus stets bereitem Misstrauen gegen regierungsseitige Eingriffe in die akademische Selbstverwaltung missverständliche und missverstandene Solidaritätskundgebungen, bei denen sie vor lauter Empörung gar nicht merkten, dass sie den vermeintlichen Teufel mit dem echten Beelzebub austrieben. Das Bedenkliche an dem »Fall Krieck« war nicht, dass die Gelehrten für die akademischen Rechte eintraten, sondern dass sie offenbar gar kein Organ für seine offenkundige politische Wirkung haben wollten.

Ernst Krieck, Professor an der Pädagogischen Akademie in Frankfurt, hatte gerade seine nationalsozialistische Programmschrift »Völkischer Gesamtstaat und nationale Erziehung« veröffentlicht, als er eine militante Sonnwendrede in der Mittsommernacht 1931 mit dem Feiertagsbeschluss: »Heil der deutschen Jugend - Heil dem deutschen Volk - Heil dem Dritten Reich!« Er zog sich durch seine Schrift eine sozialdemokratische Anzeige zu, doch die verfahrenlose strafweise Versetzung des Pädagogen nach Dortmund nahm seine Rede zum Anlass. Krieck stellte dankbar fest, das Aufsehen des Falles habe seine Arbeiten vielen Kreisen bekanntgemacht. Hans Grimm - »Volk ohne Raum« - beschrieb die Hintergründe des Verfahrens so: »Bei die-



Die Machtübernahme ging reibungslos (Rektoratswechsel 1934 in Berlin).

sem Antigermanismus geht es schlechthin um einen blinden Hass gegenüber einer erwachenden Seele, die anders ist als die eigene, um einen Hass, als wenn man wachsendes Korn lassen wollte oder jungen Wald, die da ihre Zeit gekommen ist, von sich aus sich erfüllen müssen.«

Deutschlands Hochschulprofessoren der Pädagogik erkannten - wohl als einzige - diese Komponente des Falles nicht. Sie leugneten sie sogar und entschlossen sich zu geharnisstem Protest: »Professor Krieck ist strafweise nach Dortmund versetzt worden, nicht weil er in einer Ansprache vor Studenten für die NSDAP geworben hätte, sondern lediglich deshalb, weil die Nennung des jahrhundertalten Begriffes ‚Drittes Reich‘ als eine Werbung für die genannte Partei missverstanden werden konnte. In Wahrheit ist ein Missverständnis dieser Art bei urteilsfähigen Hörern schon deshalb nicht zu befürchten gewesen, weil auf die ausdrückliche Bezugnahme auf Joachim von Floris, Lessing und Moeller van den Bruck der erwähnte Begriff in einen grossen ideengeschichtlichen Zusammenhang eingestellt war... Es bedeutet ein unerträgliches Mass von Bevormundung, zu schweigen von den Rechten, die aus der Verantwortlichkeit des Volkserziehers folgen, wenn sogar mögliche Missverständnisse einer Festrede Anlass zu disziplinarischer Verfolgung geben können.« Zu den Unterzeichnern gehörten nicht nur Alfred Baeumler und Erich Jaensch, sondern auch Flitner, Kerschensneider, Litt und Spranger.

Die törichte Auslegung des Vorganges gipfelte darin, dass die Gelehrten zwar zum einen eine besondere Verantwortlichkeit des »Volkserziehers« kon-

statiierten, sie aber andererseits nicht einmal so weit wahrzunehmen imstande waren, in Kriecks Bezug auf mittelalterliche Reichsmystik allein die gelegene Ueberhöhung des ganz konkret-politischen Ziels zu sehen, welches er als nationale, soziale und revolutionäre Zeitenwende und unmittelbar bevorstehend in seinen Schriften deutlich genug, verfocht. Es ist bezeichnend nicht für die Befangenheit akademischen Denkens in rein geistigen Sphären, sondern für seine erschreckende Korruption durch die ständige Pflege dieser irrationalen Ideenverbindungen.

Es hiesse den Gewissenskampf der Studentenschaft nur erschweren, meinte der Marburger Germanist Harry Maync im Januar 1932, wollten auch die Professoren in ihn eingreifen: »Sie sind die Unruhe in der Uhr, wir die Hemmung; eine Uhr, der einer dieser beiden Bestandteile fehlt, kann unmöglich richtig gehen.« Die Uhr ging schon längst falsch, und sie tickte unentwegt dem Dritten Reich entgegen.

wenig Aufsehen erregte. Curtius ging scharf mit dem »sturen völkischen Getöse« ins Gericht; aber er fand auch die »fürchterliche Gedankenarmut und Kleinlichkeit unserer Politik nachgerade unerträglich«. Er verurteilte die »destruktiven Formen des Nationalismus«; aber er beklagte auch die schuldvolle Rolle der Juden, »von denen leider gesagt werden muss, dass sie zum überwiegenden Teile und in massgebender Betätigung der Skepsis und der Destruktion verschworen sind. Dabei war der grosse Humanist gewiss kein Antisemit; nur sah er als Partner des »völkischen Kulturhasses« den sozialistischen Kulturhass« als Oppositionswissenschaft in den Vertretern des »Sozialismus« auftreten und führte gegen dessen Exponenten, den Juden Karl Mannheim, eine heftige Fehde.

Ernst Robert Curtius erkannte die drohende Gefahr und erkannte auch die Selbstverschuldung der Intellektuellen, die im modernen Irrationalismus des Tat-Kreises, der sogenannten konservativen Revolution, den Geist selbst bekämpften. Und dennoch zielte der enragierte Kritiker falsch. Er zielte zu hoch.

»Ein irregeleitetes und von Gegnern umstelltes Deutschland kann nicht mehr tun, als mit Aufbietung aller Kräfte sein kulturelles Existenzminimum wahren. Wir müssen unsere Träume und Ideale zurückstellen, um der Not des Tages Rede zu stehen.« Der Gelehrte wollte die Not des Tages in der geistigen Auseinandersetzung durch eine Wiederbelebung des echten, mit Liebe zu erfüllenden Humanismus beben und blieb damit doch seinen Idealen verhaftet. Dass in den radikalierten Massen, von denen er selbst sprach, die Entscheidung über den deutschen Geist fallen würde; dass sie bestimmt sein würde von Demagogen, denen jeder geistige Anspruch fern lag; das vermutete Ernst Robert Curtius nicht. Er sprach von den kommenden und gewissen Entscheidungen des Jahres 1932 - doch aus dem untergegangenen Geiste des Humanismus sollte seine gewünschte nationale Erneuerung kommen. Ein Jahrzehnteziel im Entscheidungsjahr.

Auf Deutschlands Professoren traf die Gedankenlosigkeit gebildeter, aber in staatspolitischen Dingen nicht urteilsfähiger Spezialisten zu, die Mannheim als Voraussetzung für den Erfolg radikaler Oppositionsgruppen gekennzeichnet hatte.

Das Versagen kritischen Geistes

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Kanzler des Deutschen Reiches. Die Tarnungsmanöver der neuen Herren wurden von den Hochschulen trotz mehrjähriger Erfahrung mit nationalsozialistischen Kampfmethoden und Zielrichtungen im Universitätsbetrieb unbedenklich akzeptiert. Die Schlagworte von der nationalen Revolution und nationaler Erneuerung fanden vollstes Verständnis: die Nacht der Schmach war endlich beendet, die Morgendämmerung deutscher Zukunft zog herauf. Hilfer Bekenntnis zum Christentum (5. und 23. März 1933) wurde gläubig hingenommen; der »Tag von Potsdam« (21. März) überzeugte auch den letzten deutschen Konservativen. Das Ermächtigungsgesetz (23. März) wurde bereitwillig in Sinne seines offiziellen Titels verstanden: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Staat. Schaltete es doch endlich den destruktiven Parlamentarismus aus und ermöglichte eine straffe Führung.

Da die Wende endlich gekommen war, bekannten sich zu ihr viele. International am meisten Aufsehen erregte die Antrittsrede des neuen Freiburger Rektors: Martin Heidegger. Der berühmte Schüler des kaum weniger angesehenen Phänomenologen Edmund Husserl - der als Jude gerade von seinem Lehrstuhl verstorben worden war - begrüsst am 27. Mai 1933 den Vorwärtsschritt der nationalsozialistisch aktiven Studenten: »Die deutsche Studentenschaft ist auf dem Marsch... Aus der Entschlossenheit der deutschen Studentenschaft, dem deutschen Schicksal in seiner äussersten Not standzuhalten, kommt ein Wille zum Wesen der Universität... Die vielbesungene akademische Freiheit wird aus der deutschen Universität verstorben; denn diese Freiheit war unecht, weil nur vermeintend.« Die Wahrheit studentischer Freiheit liege in Bindung und Dienst: ein Volk!

Fortsetzung Seite 19

»Auch als Universitäten haben wir 1933 unsere Würde verloren.«
Karl Jaspers

Warnungen
Als der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Gerloff im November 1932 das Rektorat der Universität Frankfurt an-

f

freihof ag

Buchhandlung für Wissenschaft und Technik

Universitätstrasse 11
8006 Zürich
Telefon 47 08 33 / 32 24 07

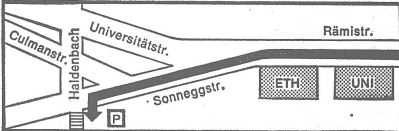
Wir bedienen Sie jetzt auf zwei Etagen.

Tabu.

Tabu. Taschenbuch. Taschenbücher haben wir Hunderte. Fischer-Bücherei, dtv. Edition Suhrkamp. Rororo (brandneu im Februar: Ein bisher unveröffentlichter Che Guevara, »Brandstiftung oder Neuer Friede?«, Fr. 2.65). Weiter: Goldmanns Gelbe. Ullstein. Desch (nicht verpassen: Jetzt die beiden ersten Bände des »Modernen Lexikons der Erotik«, je ca. Fr. 5.80). Oder Knaur-Taschenbücher (Sparen Sie, abonnieren Sie für die 8bändige Erich-Kästner-Kassette, 2586 Seiten. Etwas mehr als 40 Franken). Heyne gefällig? (Er bringt den Oswald-Kollektör »Dein Kind – das unbekannte Wesen« für weniger als einen Fünfliber).

Soweit die Tabus. Von den Fabus reden wir ein andermal – von den Fachbüchern nämlich.

PS: Wir besorgen im Lamborghini-Tempo, was wir nicht am Lager haben sollten.



Hier finden Sie uns. Keine 300 Schritte vom Poly entfernt.



Buchhandlung Sonnegg

Geöffnet: 8.30—12.15 und 13.00—18.30 Uhr

Paul Schibli, Sonneggstrasse 29
Tel. 34 07 88, 8006 Zürich



DIAVOX

INSTITUT MODERNE DE LANGUES
1000 LAUSANNE

avenue de Beaulieu 19 Téléphone (021) 34 78 34

Français

pour étrangers: cours du CREDIF et BESANÇON

Anglais - allemand

cours du Centre de linguistique de Besançon

Laboratoire de langues

stages complets et intensifs de 11 semaines (330 heures)
stages accélérés d'été de 8 semaines (240 heures)

Cours à la demi-journée

Externat: tous âges dès 16 ans

Chemie

Vorbereitung auf
Propädeutikum, Vordiplom

Dr. Cantieni

Untere Zäune 21. Zürich 1
Tel. 34 50 77

Für kurze Zeit guter Nebenverdienst

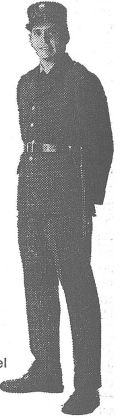
Mitten im lebendigen Messebetrieb vielseitige, kurzweilige und gut entlohnte Beschäftigung.
Die Securitas engagiert für die Schweizer Mustermesse (12.—22. April 1969)

Aushilfs-Wächter

für Tag- und Nachtdienst (8—9 Stunden pro Tag), ab Ende März bis ca. Ende April. Bedingungen: Schweizer Bürger, einwandfreier Leumund. Honorierung nach neuen Ansätzen plus Reise- und Unkostenbeitrag.



Interessenten melden sich bei der Securitas AG, Filiale Basel Steintorstr. 11, 4000 Basel Tel. (061) 22 06 50



Fluntern

Die Bank für Professoren,
Assistenten, Studenten
berät Sie in Ihren finanziellen
Problemen, wie

Kredit

für Praxiseröffnung,
Zahlungsverkehr mit In-
und Ausland, Kapitalanlage.



Lassen Sie sich von uns beraten.
Unser Verwalter H. P. Keller
steht zu Ihrer Verfügung.

Telefon 47 57 47, bei der alten
Kirche Fluntern, Tram 6 und 5,
zu Fuss 5 Minuten ob
Kantonsspital.

«Coca-Cola» und «Coke» sind eingetragene Schutzmarken

...au eis...

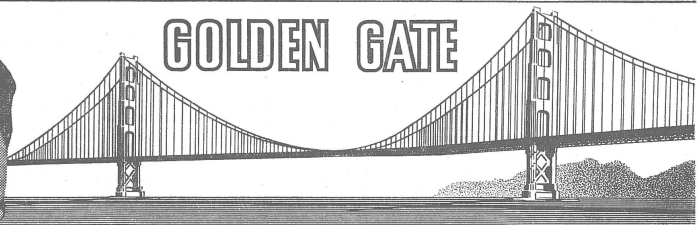
Klar – auch eine Ein-Kästlich
kühles «Coca-Cola» natürlich!
Sie wissen ja: erfrischend geht alles noch viel besser!
Und «Coca-Cola» – ja, das erfrischt richtig!



Für die Pause die Normalflasche,
für den grossen Durst die elegante Grossflasche,
für zu Hause die vorteilhafte Familienflasche.

Refresco AG, Zürich, konzessionierter Fabrikant für die Rayons Zürich und St. Gallen

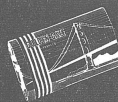
GOLDEN GATE



NEU - GOLDEN GATE GRANULATED vacuum-verpackt in 100 g-Dosen

Wie im 40 g-Vacuum-Beutel bleiben Tabak und Aroma herrlich frisch. Auch Nichtraucher lieben den Duft dieser Amerikaner-Mischung von internationalem Rang. Der Genuss währt länger, weil GOLDEN GATE GRANULATED langsam verglüht. Anfänger schätzen es, dass er sich so gut stopfen lässt.

Sie erhalten **Gratiemuster**.
Einfach Adresse senden an:
TABAKFABRIK LANDHAUS,
5712 Beinwil am See



Beutel
40 gr
Fr. 1.70



grosse Dose
260 g
Fr. 10.50



Dose 100 g Fr. 4.20

Fortsetzung von Seite 17

gemeinschaft, an Ehre und Geschick der Nation und an dem geistigen Auftrag des deutschen Volkes und seines völklich-staatlichen Daseins.

Der Philosoph des Existentialismus sorgte selbst dafür, dass seine Erklärung nicht als peinliche Entgegnung missverstanden werden konnte. Rund 1000 akademische Lehrer legten im Oktober 1933 ein »Bekennnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« ab. Es war das dritte derartige Dokument in der Geschichte der deutschen Professenschaft: Das erste war 1914 ein Bekenntnis zum preussischen Militarismus gewesen, das zweite 1918 ein Protest gegen deutsche Demütigung. Das Manifest von 1933 wandte sich an die Gelehrten der ganzen Welt und ersuchte um ihr Verständnis für den Kampf der deutschen Nation für Freiheit, Ehre, Gerechtigkeit und Frieden. Beiträger des Appells waren der Göttinger Rektor Eugen Fischer und der Züritinger Friedrich Neumann, der Leipziger Zoologe und nachherige Rektor Arthur Goltz, der Münchner Kunsthistoriker Wilhelm Pinder, der Berliner Chirurg Ferdinand Sauerbruch, der Hallenser Theologe Friedrich Karl Schumann und Martin Heidegger. Er zeigte die moralische Komponente der neuen Zeit: Und so bekennen wir, denn die Bewahrung des Wissenwollens ist die Pflicht des Volkes künftig anvertraut sein soll: Die nationalsozialistische Revolution ist nicht bloss die Übernahme einer vor-handenen Macht im Staat durch eine andere dazu hinreichend angewachsene Partei, sondern diese Revolution bringt die völlige Umwälzung unseres deutschen Daseins. Von nun an fordert jedes Ding Entscheidung und alles Tun Verantwortung.«

Es war ein schreckliches Zeichen, unter dem da Entscheidung und Verantwortung postuliert wurden, doch ist es müssig zu fragen, weshalb sich die Hochschullehrer erst jetzt darauf besinnen sollten: Dieser Staat, so wie sie ihn sehen wollten, war offenbar die Erfüllung ihrer Wünsche. Und sie sahen nur, was sie sehen wollten. Nicht die Auflösung und das Verbot der Parteien, sondern nur die Verwirklichung der grossen nationalen und sozialistischen Einheitspartei des deutschen Volkes. Nicht die Liquidation der Gewerkschaften, sondern die Bildung einer allumfassenden Deutschen Arbeits-Front. Die Stärkung der Landwirtschaft durch Reichsnährstand und Reichserbhofgesetz entsprach ihren romantisch-ständischen Autarkie-Vorstellungen. Und sie sahen unter solch zukunfts-vollen Ereignissen gelassen darüber hinweg, dass ihre autonomen Hochschulrechte Stück für Stück schwanden und der Staatsdirigismus immer unverfälschter hervortrat.

Am 25. November 1933 hielt Karl Escherich seine Antrittsrede als Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Seit 1914 schon arbeitete Escherich in München als ordentlicher Professor für Zoologie. Die unmissverständliche Klarheit seiner Ausführungen unterschied sich erfreulich von dem allgemeinen Pathos akademischer Festreden. Escherich fand für das System des faschistischen Staates ein eindrucksvolles Bild: »Wer je das Glück hatte, ein Termintivolk zu beobachten, wird in Staunen geraten über die absolute Disziplin, über die absolute Unterordnung jedes einzelnen Individuums unter einen gemeinsamen Willen und die Ausschaltung jedes Individualismus und Egoismus, über die Selbstaufgabe und Selbstaufopferung jedes einzelnen für die Staatsidee. Wenn man die Hingabe und den Eifer sieht, mit dem jedes einzelne Individuum seinen Pflichten nachgeht, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es starke Lustgefühle sind, die all den Handlungen zugrunde liegen.

Das oberste Gesetz des nationalsozialistischen Staates, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, ist hier bis in die letzte Konsequenz verwirklicht. Der Termitenstaat stellt, äusserlich betrachtet, einen Totalstaat reinster Prägung dar, wie er bei den Menschen bisher noch nicht erreicht war – und dies, obwohl die Termiten schon Millionen von Jahren vor dem Menschen die Erde bevölkerten.« Wenn man durch Terror und Befehl die Menschen in diese Verfassung hineinzwängen wollte, so sei es »Termitenwahn« und Bolschewismus. Es gelte vielmehr, das Individuum zu erheben durch die Erziehung zur staatlichen Persönlichkeit, zum politischen Menschen, der den Dienst an der Gemeinschaft als höheres Lustgefühl empfinde und das über seine egoistischen Triebe stelle. »In diesem Sinne ist die Erziehungsarbeit der Hochschule eine eminent politische, mit höchster Verant-

Schwanengesänge / Drei zs-Redaktoren nehmen Abschied

Georg Kohler

Eine Zeitung wird für Leser gemacht. Wenn die Leser aber nicht lesen wollen (oder können), für wen macht man sie dann? Beispiele: Man schreibt einen Artikel gegen den Antikommunismus, gelesen wird ein Plädoyer für Stalin. Oder man formuliert Einwände gegen die Revolution – darauf die einen: man verherrliche den Status quo, während die andern aus Einwänden Aufforderungen machen. Oder man heisst die Reflexion über die Ursachen der Zürcher Unruhen dringlicher als den Ruf nach Ruhe und Ordnung, man verlange den offenen Aufruf, lautet die Antwort.

Gelesen wird nicht, was im Artikel steht, sondern was man zu lesen erwartet; wird die Erwartung enttäuscht, bürstet man den Text so lange gegen den Strich, bis man findet, was gesucht: Also: Eine Zeitung schreibt man für sich selber...

Handeln:

Wer etwas tut, handelt gegen irgend jemanden. Das gilt auch vom Zeitungsmachen.

Das tröstet, wenn man hört, die Kommilitonen setzen den zs auf die Stufe des »Blicks«.

Helvetisches Argument:

Eine schweizerische Studentenzeitung, die Gesellschaftskritik betreibt, solange es um Strickhof und Universitätskredite geht, handelt gegen das Interesse der Hochschule, weil das Volk die Kritik mit Neinstimmen beantwortet. Die Redaktion ist daher abzusetzen.

Die Kritik im übrigen auch, denn die Universität wird immer Kredite benötigen.

Internationales Argument:

Wer gegen die Verbrechen des Schabs demonstriert, dem wird der Terrorjustiz der sozialistischen Iraker entgegengelaufen. Wer Missstände im Westen verurteilt, wird auf die Tschechoslowakei verwiesen. Griechenland gegen das Kremtium, und Franco wird mit Minsdentzy aufgewogen.

Dagegen lässt sich vieles sagen. Und sehr wenig tun; Schreiben von Zeitungsartikeln etwa.

Dritte Position:

Man habe sich zu entscheiden, wird verlangt. Für oder gegen die Reaktion. Für oder gegen die »konservativen

wortung vor dem ganzen Volk verbunden.«

Deutschlands Professoren konnten sich nicht darauf berufen, nicht gewusst zu haben, was sich hier vorbereitete und ausbreitete. Sie erlebten die Judenhetze an ihren Hochschulen, und sie sahen zu, wie jüdische Kollegen und politische Gegner des Regimes rücksichtslos von ihren Lehrstühlen gestossen und in die Emigration getrieben wurden. Sie liessen es zu, dass die Rechte akademischer Freiheit und Selbstverwaltung Stück für Stück beschnitten wurden und die Hochschule immer mehr unter die Herrschaft des Staates geriet. Sie beteiligten sich sogar selbst an der Propagierung eines Wissenschaftsbegriffs und eines Bildungsdeals, die dem Geist der Wissenschaft und der Idee der Universität strikt zuwiderliefen.

Um zu erkennen, welche Ziele der Nationalsozialismus im Dritten Reich von Anbeginn verfolgte, hätten die Gelehrten nicht einmal Mein Kampf oder den Mythos des 20. Jahrhunderts mit wachen Augen lesen müssen; obschon auch das dem »Gewissen der Nation« wohl angestanden hätte. Es wäre jedoch nur nötig gewesen, die spürbaren Massnahmen und die offiziellen Verlautbarungen der Nationalsozialisten zu betrachten und die naheliegenden Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Die deutschen Professoren waren dazu nicht imstande. Sie waren keine Anhänger des Nationalsozialismus; waren es weder vor noch nach 1933. Dennoch haben sie ihm den Weg bereitet und ihn selber gutgläubig und fast zwangsläufig missverstanden, weil sie zu tief in ihre romantischen und irrationalen Staatsvorstellungen verstrickt waren. Den Blick für die gesellschaftliche Realität hatten sie längst verloren; ihr politischer Sinn war auf Träume grosser Vergangenheit und Zukunft gerichtet, die Gegenwart blieb ihm verschlossen.

Das Versagen der deutschen Professoren in der Bewährungsprobe von 1933 ist erklärlich, aber es ist nicht schuldlos.

Scheisserv von der Phil.-I-Fakultät zum Beispiel. Die Parole heisst »Kampf oder Kuscheln; wer von Gespräch und gegenseitiger Anerkennung schwafelt, verschleiert und ist ein gefährlicher Feind des Fortschritts.

Die Argumentation basiert auf der Annahme, die Gegenseite sei sowieso nicht bereit, ihre Position zu revidieren, denn wer Macht hat, will sie behalten. Veränderung könne also nur wiederum durch Gewalt erreicht werden. Zu leugnen ist allerdings nicht, dass blosses Rasonieren nichts nützt. Wer aber glaubt, »Student Power« sei imstande, die Verbesserung der Universität gegen den Widerstand der Dozenten durchzusetzen, übersehen, dass die neue Universität – gerade dann, wenn in ihr die Dreiteilparität verwirklicht sein sollte – nur funktionieren kann, wenn zwischen allen Gruppen ein minimaler Konsens besteht. Gleichschaltung lässt sich, Konsens dagegen nicht erzwingen. Wer die (Universitäts-)Reform will, kann auf rationales Argumentieren mit dem Kontrahenten nicht verzichten.

Zur Vernunft gibt es keine vernünftige Alternative.

Die Linie des zürcher student kann, solange nicht alle Studenten einer Meinung sind, nie ein anderes Ziel haben als den Versuch, die Meinungen zu konfrontieren, auf dass sie gegenseitig durchsichtig werden. Solcher Anspruch verlangt vieles: Vom Redaktor die Fähigkeit, die eigenen Einsichten zu relativieren, ohne sie aufzugeben. Von den Antagonisten den Willen, aufeinander einzugehen. Vom Leser: zu lesen.

*

Das sind Notizen für meinen Nachfolger. Sie enthalten Widersprüche, ich weiss. Aus ihnen wird eine Zeitung gemacht.

Sepp Moser

Die Arbeit der zs-Redaktion, deren grösserer Teil mit dieser Nummer von der Bühne abtritt, war geprägt vom Drang nach der Diskussion. Der offene, faire, mitunter heftige, immer aber sachliche Meinungsaustausch, das wirklich demokratische Geseinsander von Ansichten und Überzeugungen, das schliesslich zur allseits annehmbaren Synthese führt, war das Ideal dieses Teams. Dass auch der zürcher student selbst hin und wieder Gegenstand dieser Diskussion sein würde, war vorauszusetzen und beabsichtigt. Und dass diese Diskussion überwiegend kritischen Charakter habe würde, ebenfalls.

Diskutieren heisst aber nicht diffamieren. Das soll – ein letztes Mal von dieser Redaktion – all jenen gesagt sein, welche in den letzten Monaten ein Kesselstreben gegen diese Zeitung entfacht haben, das mit objektiver Auseinandersetzung nichts mehr, mit Pöbeln und Geifererei schon mehr gemeinsam hat.

Wir meinen die andauernden Vorwürfe, der »zürcher student« sei endgültig und vorbehaltlos nach links abgerutscht; er vertrete nicht die Studentenschaft, sondern eine Minorität linkerextremer Pseudorevoluzzer; Artikel von »links« (was ist das?) würden unesehen akzeptiert, jene von »rechts« dagegen »verstummt«, wenn überhaupt in das Blatt aufgenommen.

Diese Anwürfe übersehen die Tatsache, dass eine Zeitung nach journalistischen Grundsätzen und nicht nach dem – oft recht abstrusen – Vorstellungen einer wie auch immer gerichteten politischen Gruppe gestaltet werden muss; dass die Redaktion nie im Sinne der Kritiker »repräsentativ« zu sein behauptete; dass (eider Gottes) die von »rechts« kommenden Artikel nicht nur seltener, sondern häufig auch weniger gut und mit schlichtweg unakzeptablen Forderungen wie Kürzungs- und Korrekturverboten verbunden waren.

Man könnte die Vorwürfe sanft lächelnd ad acta legen, wären sie nicht von einer wohl konzipierten Anti-zs-Kampagne auf der Ebene der Studentenparlamente begleitet gewesen. Die Vorstösse enthielten zum Teil Forderungen, die jeder journalistisch einigermaßen Bewanderte als schlichtweg prohibitiv bezeichnen muss: So soll die »jeweils massgebende« Sitzung der zs-Redaktion öffentlich sein (welche Zeitung entsteht schon aus einem Teach-

in?); die von der Redaktion vorgenommenen Änderungen an publizierten Texten sollen vermerkt, die zurückgewiesenen Artikel Nummer für Nummer mitsamt Begründung für ihre Ablehnung listenförmig geführt werden.

Man merkt, was Geistes Kind diese Ansinnen sind: der zs soll als eigenständiger (hochschul-)politischer Faktor eliminiert, mithin gleichsam publizistisch kastriert werden; der Dynamik des Blattes soll der Nährboden der Originalität (die den grauen Durchschnitt scheut) entzogen, die Zeitung selbst in das Korsett einer falsch, da rein arithmetisch verstandenen Repräsentativität gezwängt werden. Das Blatt, von mehr als einer Seite (und beileibe nicht nur von links) wegen seines Profils gelobt, soll zur flachen Mittelmässigkeit eines im Sinne der studentischen Rechten »ausgewogen«, das heisst farblos eingemittelt redigiert, ganz auf »sowohl, als auch« getrimmten blossen Mitteilungsblattes der gerade vorherrschenden (vorherrschenden?) Politik werden. Und das Bedrückende: Diese Vorstösse haben alle Chancen durchzudringen. Mit Verlaub gesagt: So macht man in Bukarest, Tirana, Madrid und Athen Journalismus – aber nicht an der Rämistrasse 66 in Zürich.

Das ist nicht nur falsch verstanden, sondern pervertierter Liberalismus: es ist jene vermeintliche »Freiheit der Aeusserung«, die von (nicht nur journalistischen) Dieltanten bewacht, allzuleicht in blanke Intoleranz umschlägt – in die Intoleranz jener, die mangels stichhaltiger Argumente, das Gespräch nur überstehen zu können glauben, in dem sie es gewaltsam unterbinden. Dass damit nicht nur der anvisierten Zeitung und jenen, die hinter ihr stehen, sondern letztlich und auf die Dauer der studentischen Bewegung als Ganzes ein Schaden zugefügt wird, sehen diese Geblendeten nicht. Anstatt die ihnen zustehenden demokratischen Möglichkeiten auszuschöpfen (die Nichtwählerwahl einzelner oder aller zs-Redaktoren ist ohne weiteres möglich), attackieren sie die Institution. Dass sie damit gleichzeitig der Glaubwürdigkeit der nach aussen erhobenen studentischen Forderung nach fairer Diskussion ihrer Anliegen einen Stoss versetzen, kümmert sie offenbar wenig.

Willi Wotreg

Ich ha mini Meinig, du hüsch dini Meinig, doch mer sind eus einig, 's söll genau so si. (Meinung des Schweizer Radios aus »Jetzt schlacht's drizän!«)

Ja sehen Sie, schon meine Tante pflegte zu sagen: »Allen Leuten wohlgetan ist eine Kunst, die niemand kann.«

Der zürcher student müsse, weil offiziell und Organ, also auch repräsentativ sein, verlangen andere. Die haben es gut, weil ihr eigenes Aufbegehren bezeugt, dass diese Zeitung nicht zur allgemeinen Befriedigung arbeite. Ein Mechanismus, der sich auch gegen dessen Bannerträger kehren lässt. Ich bin gegen Demokratie, was beweist, dass

sie schlecht ist. Dem Regress auf die Repräsentation, der als heimlicher Minderheitschutz just das von den Liberalen hochgehaltenen Mehrheitsprinzip unterläuft, kommt jedoch zugute, dass nicht abzuklären ist, inwieweit der zürcher student wirklich die Missbilligung einer Mehrheit je ansprechbarer Studenten geniesst. Auch das Insistieren auf der bereits vorgebrachten Kritik kann noch nicht diese Mehrheit vertreten – als ob Lautstärke von Vielstimmigkeit zeugte (die übrigens beide nie Musik qualifizieren).

Ein Schwereres ist der Repräsentanz anzulasten. Sie kann sinnvoll nur begründet werden unter Rückgriff auf jene Toleranz, von der es heisst, erst sie gewährleiste den Pleonasmus der konstruktiven Diskussion. Sie habe sich möglichst in Seitenreservaten niederzuschlagen. Das Toleranzprinzip, intolerant jedem konstruktiven Angriff gegenüber, würgt mit besonderer Neigung Aussagen zu Meinungen ab – die allesamt subjektiv sein müssen –, weil Wahrheit nie in rauhen Mengen auftritt. Kraft dieser Vielfalt wird glücklich die Auseinandersetzung zur Seite gedrückt, indem man präventiv gegen jeder Anschauung – schon dies Wort soll die Unverbindlichkeit garantieren – den Wahrheitsanspruch untergräbt, eine Massnahme, die den föderalistischen Meinungswucher vor der Falsifizierung bewahrt. Der Schutz jeder noch so falschen Meinung wird verfassungsmässig garantiert. Der Demokrat hat immer recht.

*

Dieses schützende Moment indes steht zugleich für ein politisches. Es verweist auf den liberalen Fortschrittsbegriff, der allemal nur Entwicklung meint, gastliche Ergänzung des schon Bestehenden um das jeweils Neue. Er heisst organisches Wachsen und gleicht dem Luftballon vor dem Zerplatzen. Die rein additive Verbesserung der Bundesverfassung im Lauf der letzten hundert Jahre hat diese Denkwiese offiziell gemacht.

Solchgeartetes Begreifen charakterisiert die Sozietät als eine, die nur noch überkommene Wege weiterzugehen vermag. Qualitative Änderungen sind ihr unwarig. Wissenschaftlich ist allein noch das Mass: Uhr, Börsentabelle, Seitenzahl.

Damit entlarvt sich der Toleranzbegriff als Funktion der Klassenlage. Formuliert von Besitzenden, die jedem Fortschritt applaudieren, vorbehaltlich er ihnen nichts wegnimmt, bemüht er unausgesprochen die Gleichheit aller Menschen, um daraus abzuleiten, dass auch ihre Meinung gleichwertig wären. Derartige Position wird dann tatsächliche Reform nur noch als Evolution gelten lassen, um nicht eingestehen zu müssen, dass sie bereits die weniger unbedingte Variante der Revolution sein könnte. Revolution, sicherheitsshalber stets mit Blut assoziiert, verschreit sie zur beabsichtigten Zerstörung; Evolution sei Erweiterung und weil natürlich auch einzig sinnvoll. Unfassbar wird solche Konfusion, dass selbst Darwins Fortschritt in Natur stets über der Verwerfung ausgediehener Entwicklungsstufen stattdiff det.

Dissertationen

rasch und preiswert wie noch nie, wenn Sie uns ein reproduktionsfähiges Manuskript bringen.

Wir stellen Ihnen für die Reinschrift gratis eine elektrische IBM-Executive mit Plastikfarband zur Verfügung.

Unsere freundlichen Sekretärinnen erklären Ihnen den Arbeitsvorgang.

Auf Wunsch nehmen wir Ihnen die Schreib- und Zeichnerarbeit aber auch gerne ab.

Für anspruchsvolle Kunden stehen Linotype-Setzmaschinen und eine IBM-Composer-Anlage zur Verfügung.

Juris Druck + Verlag, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Tel. 27 77 27 (gegründet 1945)

Coiffeur E. Hotz
Zürich 1 Rindermarkt 19

Für Studenten
Ermässigung
Harschneiden

ausgenommen am Samstag
Diensttag den ganzen Tag geschlossen

Pflicht zum Widerstand

Zu Willi Wottrengs Artikel »Das Selbstverständnis der Heimat« (ZS Nr. 7, Jan. 69)

Vorausgesetzt, dass dieser Artikel überhaupt einen fassbaren Gedankengang enthält, glaube ich ihm folgendes entnehmen zu müssen:

1. Wottreng wirft Major von Dach vor, Vokabeln zu verwenden, die an den Naziwortschatz erinnern. So soll zum Beispiel das Wort »kriegstüchtig« an das »Heranzüchten kerngesunder Körper« in Hitlers »Mein Kampf« erinnern. Die Absurdität dieses einen Beispiels ist augenfällig – trotzdem gestatte ich mir, Willi Wottreng darauf hinzuweisen, dass Hitler beispielsweise auch das Wörtchen »unde« zu gebrauchen pflegte, ohne dass es dadurch einen üblen Beigeschmack bekommen hätte.

2. Wottreng scheidet von der Unterscheidung der Begriffe Mittel und Zweck nichts zu halten. Wenn von Dach Mittel empfiehlte, die vielleicht von der Gestapo erfunden wurden, erlaubt das kaum den Schluss, er huldige damit dem Faschismus. Ob nun diese grausamen Methoden dem Zweck der eigenen Befreiung dienen oder den Terror zum Zweck der Unterdrückung, ist ein wesentlicher Unterschied.

3. Major von Dach stellt uns mit seinem Buch eine technische Anleitung, ein Instruktionmittel zur Verfügung und legt uns nahe, den Widerstand nie aufzugeben, falls die Schweiz besetzt werden sollte. Dieser Widerstand gegen

eine fremde Armee auf eigenem Territorium ist eine staatsbürgerliche Pflicht. Dem Gegner soll die Existenz im eigenen Land so schwer gemacht werden, dass er schliesslich gezwungen ist, von einer weiteren Besetzung abzusehen.

Es ist klar, dass ein Buch dieser Art einen pathetischen Ton anschlägt und an die Vaterländische appelliert; es ist ebenso klar, dass von Dach die üblichen militärischen Fachausdrücke verwendet, die unsern Wehrmännern vertraut sind.

Ich habe bei der Lektüre von Wottrengs Artikel gehofft, der Verfasser sei fremder Herkunft, sei deshalb mit den schweizerischen Verhältnissen un vertraut und beherrsche aus diesem Grund die deutsche Sprache schlecht.

Ein kurzer Blick in das Hörverzeichniss belehrt mich eines Besseren: Willi Wottreng stammt aus dem Kanton St. Gallen und studiert Phil. I. Er ist also Schweizer von Herkunft, die Sprache seines Berufs ist deutsch.

Obwohl sein Artikel chaotisch ist, scheint mir eine Stellungnahme unmöglich. Unter dem Vorwand, geistige Landesverteidigung zu treiben, scheint Wottreng den Wehrwillen untergraben und zersetzen zu wollen. Ist ihm dazu jedes Mittel recht?

Hansruedi Staiger

Die autoritäre Persönlichkeit – eine Berichtigung

Unsachliche Zusammenfassung:

Es kann nur vermutet werden, dass ein fassbarer Gedanke vorliegt. Hitler verwendete das Wörtchen »unde«, ohne dass es üblen Beigeschmack erhalten hätte: Es bedeutet somit nichts, wenn ein anderer völkisches Vokabular redet. Es handelt sich um militärische Fachausdrücke.

Von Dach huldigt grausamer Kriegstaktik, die vielleicht von der Gestapo

erfunden wurde. Doch die dient der Freiheit.

Der pathetische Ton ist klar. Ich bin hoffentlich Ausländer.

Ich bin dennoch Schweizer. Ich will wenigstens untergraben.

Ich halte nichts von einer Untersuchung der Begriffe Mittel und Zweck. Ist mir jedes Mittel recht?

... es gibt Argumente, die unwiderlegbar sind...

Unzulässige Vereinfachung:

Abgesehen davon, dass H. St. sich nicht mit dem angerufenen Büchern beschäftigt hat, die meinem Text zugrunde lagen – was sinnvoll getan werden könnte, wenn er eine Entgegnung verfassen möchte –, gebe ich zu, dass mein Artikel schwer verständlich war, so man nicht wenigstens marginal über die Faschismuskritik informiert hat, die während der letzten Monate in Deutschland geführt worden ist (siehe Argument-Hefte).

Tatsächlich verfolgte die Analyse ein ganz anderes Interesse als das, über Major von Dach oder die Armee zu sprechen – was zu Beginn deutlich betont sein sollte.

Ich ging aus von den Thesen Mitscherlichs und Adornos – nicht verächtlich waren sie mit fetten Punkten eingeleitet –, Faschismus ist kein Phänomen, das von aussen an den Menschen herantritt; deshalb kann man ihm auch nicht »huldigen«; er ist mindestens mitbedingt durch ein subjektives Verhaltensmuster, das die autoritäre Persönlichkeit ausmacht.

Die autoritäre Persönlichkeit ist kein fünfter psychologischer Grundtypus; sie weist auf eine umweltbedingte Charakterprägung, die sich stets an absolute Wertmassstäbe, an Grundprinzipien, an das Beständige klammert – an Autoritäten eben. Die Welt des autoritären Charakters ist die festgefügte, die mit Ruhe und Ordnung, die wo klar ist, was gut oder böse sei. Der autoritäre Charakter ist gewissermassen fremdbestimmt; er ist passiv; er wird alles ausserhalb von ihm, jenseits seines Wirkungsbereiches, entschieden. Er fühlt sich stets dem Schicksal ausgesetzt. Die Geschichte rollt vorüber, und da kann man eben nicht eingreifen. Man hat zu sich zu erdulden.

In dieser Ausgesetztheit solchen Fremdmächten gegenüber, die von jenseits, aus einem mythischen Bereich einbrechen – gleich der Urgewalt –, trübt sich die autoritäre Persönlichkeit mit dem Allgemeinmenschlichen, dem Echten und Guten, das religiöse Verklärung erfährt, aber nicht anwendbar ist bei der Bewältigung konkreter Probleme.

In Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise nun, wo selbst die Wertmassstäbe ins Wanken geraten,

sucht die autoritäre Persönlichkeit Halt bei dem Führer, der diese verborgenen Massstäbe in seiner Person wieder sichtbar zum Ausdruck bringt. Hitler ist moralischer Wegleiter. Er bestimmt Gut und Schlecht. Mögen seine Aussagen noch so irrational sein, sie verheissen wenigstens Heil.

Die autoritäre Persönlichkeit ist sich selbst immer gut. Nur in dieser Überzeugung vermag sie die Kompliziertheit der Welt zu ertragen. Sie reagiert auf jede Infragestellung mit Aggression,



besonders auf Krisen, die in ihr selbst begründet sind. Sie ist nicht fähig, Ursachen eines Versagens bei sich zu finden – sie könnte es nicht ertragen. Hier wie überall muss etwas Aeusseres schuld sein. Der Konflikt wird auf andere geschoben. Für alle deutschen Misstände waren die Juden verantwortlich. Die Aggressionen können sich auch gegen Neger, Jurasier, Italiener, Frauen, Kommunisten oder einfache Ausländer richten.

Mein Artikel versuchte nun eine Anwendung dieser Adornoschen Sätze. Die Ausgangslage war: Wie anhand von Major von Dach's »Kleinkrieg« ersichtlich wird, betrachten wir Schweizer uns stets als so frei; wir sind stets mit dem Vorwurf der Staatsubversion zur Hand und betonen die Gemeingefährlichkeit eines möglichen Gegners. Dient das alles zur Ueberdeckung einer Verunsicherung. Projizieren auch wir Konflikte auf den Gegner? Zeigen sich in unserem Selbstverständnis Symptome, die denjenigen des autoritären Charakters gleichen? Sind wir alles kleine Faschisten?

Willi Wottreng



»Grimmig« Kuba

Anmerkungen zu einem Artikel in der NZZ*

Wenn ein Autor in den Spalten eines Weltblattes es unternimmt, die Situation des sozialistischen Kuba zehn Jahre nach dem Sturz Batistas auf eine einzige Formel zu reduzieren – »Wie sieht es nach diesen zehn Jahren aus? Um es in einem Wort zu sagen: der Eindruck ist grimmig« –, so ist das seine Sache. Wer sich aber so apodiktisch gibt, sollte den Nachweis seriöser Kenntnisse der Situation, eines Minimums an struktureller Einsicht, zumindest aber korrekter Datenangaben erbringen. Andernfalls sind, wie in diesem Fall, einige »grimmige« Anmerkungen am Platz.

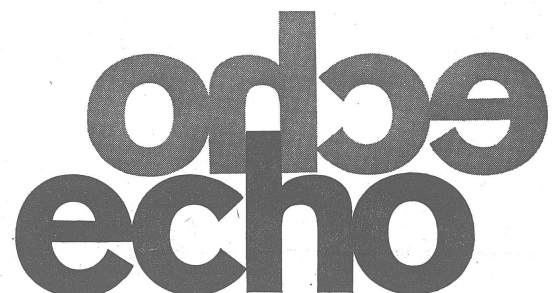
Wie nun sieht das »grimmige« Bild Kubas Ende 1968 aus? Grimmig vor allem deshalb, weil die kubanische Revolution offenbar »in eine Zivilisation eingebrochen« ist, »die moderner ist als unsere schweizerische Lebensform«.

Was tut's, dass das Beurteilungskriterium dieses Vergleichs vorab ein architektonisches ist, dass es die »breiten, palmengesäumten Boulevards mit Grünstreifen und Blumenbeeten, die Villenquartiere mit ihren grosszügigen Rasenvorplätzen« sind, die – als »Realität

»Landwirtschaft – nötig für die Ernährung« konzentriert werden, dass der Zuckeranbau für Kuba (offensichtlich erst neuerdings) »zur Lebensfrage geworden« ist.

Was tut's, dass die offizielle Exportstatistik etwa für 1964 den Anteil des Zuckers mit 87,8%, jenen des Tabaks mit 4,0% der Gesamtausfuhr ausweist – »die Zigarren sind nach wie vor der grösste Exportartikel.«

Die »alfabetizadores« der Alphabetisierungskampagne von 1961, die jun-



noch vorhanden, aber in ihrem »Inhalt entleert«, in ihrem »Lebenspuls unterbunden« – die Assoziation (die grimmige eben) mit »unserem eigenen Lebensstil« herstellen!

Zwar siegte die Revolution, dies sei zugegeben, in einem Land von sechs Millionen armen, meistens ungeschulten Land- und Fabrikarbeitern« und einer reichen Oberschicht, »die sich meistens in ihren Wohnstätten in Paris, London und an der Côte d'Azur aufhielt – aber dennoch: 1959 siegte eben doch die »Berufsvolution«.

1953 allerdings war Castro in Santiago de Cuba vorerst gescheitert. Dass sein Anschlag dabei nicht der Kaserne Moncada, sondern einer Kaserne mit dem Namen des kubanischen Diktators Machado geoligot hatte, dürfte Castro vermutlich zum erstenmal aus der NZZ erfahren. Nach dem gescheiterten Aufstand von »Batista« (nicht Batista!) begnadigt, ging Castro nach »Amerika.« »1958« (nicht 1956!) kehrte er nach Kuba zurück, um mit seinen Gefährten – »weissblütigen« Kubanern wie er selbst – Batista zu stürzen. Damit aber isolierte er sich von den amerikanischen Staaten. Beiläufig erfahren wir, dass Mexiko offenbar nicht mehr unter die lateinamerikanischen Länder einzuordnen ist, unterhalten doch »weder die lateinamerikanischen Länder noch die Vereinigten Staaten« Beziehungen zu Kuba.

Das Bild des nachrevolutionären Kuba ist denn auch trist. »Im verstaubten Taxiservice fahren Ruinen, die besuchte Zuckerfabrik macht »den Eindruck eines mühsam in Gang gehaltenen Schrothaufens«. Immerhin lesen wir, dass die Anstrengungen auf die

gen, auf die Landschaft geschickten Lehrer also, werden unversehens zu »alfabeticeros«. Dem kritischen Kubareisenden bleibt auch nicht verborgen, dass über der mit Stolz verkündeten offiziellen Zahl von nur 3,9% Analphabeten offenbar eine Rubrik der »alfabetizables« von 20% übersehen wird. Dabei entgeht ihm zwar – aber auch hier sollte man generös bleiben –, dass dieser Prozentsatz eben jenen Bruchteil Nichtbildungsfähiger an der Zahl früherer Analphabeten (und nicht etwa an jener der Gesamtbevölkerung) bezeichnet, in absoluten Zahlen also nichts anderes als die bereits erwähnten 3,9% Analphabeten an der Gesamtbevölkerung ausdrückt.

Diese »grimmigen« Anmerkungen müssen es sich versagen, eine seriöse Auseinandersetzung mit Substanz und Aussage des Artikels einzuleiten, geht ihm doch jeder Ansatz eines strukturellen Verständnisses und damit einer (so notwendigen) unvoreingenommen-kritischen Einordnung des sozialen Phänomens Kuba ab.

Nicht unerwähnt aber sollte des Autors abschliessende Deutung der kubanischen Revolution in einem grösseren Zusammenhang bleiben, nicht zuletzt deshalb, weil dabei ganz nebenher ein in dieser eingängigen Prägnanz doch eher ungeläufige Interpretation Marcuses mit abfällt: »Aber was passiert mit Kuba in der Zukunft? Marcuse empfiehlt der modernen Gesellschaft den Abbau der Industrie und die Rückkehr zum Landleben. Kuba scheint gegenwärtig auf dem besten Weg dazu.«

Dr. Hans Werner Tobler

* Willy Staehelin, Reisenotizen aus Kuba, Neue Zürcher Zeitung, 12. 1. 69

Möglichkeit – Notwendigkeit

Zu »Akzente«, ZS Nr. 6, Dez. 68

Politik als »Kunst des Möglichen« – das ist leider ein immer wieder zitiertes Wort, wenn es gilt, unbequeme Fragen abzuschütteln, dem Grundsätzlichen auszuweichen, die eigene Denkfähigkeit zu bemitleiden, die geringe Resignation unserer Zeit zu entschuldigen, Der erkenntnistheoretische Relativismus bringt in dieser »typischen« Politikweiseheit eine seiner überbelsten Früchte zur Reife: den schwächlichen taktischen Kompromiss, der der eigentlichen geistigen Auseinandersetzung ausweicht. Was ist schon möglich? Nicht mehr, als was im »Parallelprogramm der sozialen Mächte« sich als Resultate ergibt, das mehr oder weniger zufällige Ergebnis des Aushandelns gegensätzlicher Interessenstandpunkte. Von »Kunst« kann da offensichtlich gar nicht die Rede sein – es ist dem, man meine die fragwürdige Technik, andern Sand in die Augen zu streuen, um sie im entscheidenden Augenblick abzulenken.

Dabei gibt es sehr wohl eine echte Kunst politischen Handelns. Sie sucht nicht das »Mögliche« zu erreichen, sondern bemüht sich darum, das »Notwendige möglich zu machen«. Die Basis dieser Kunst ist die eigene Überzeugung, ihre Methode das verständlichste, vollste Sichversetzen in die »Haut des andern« und das unvoreingenommene Gespräch. Für dieses Notwendige, wie er es sieht, bricht Gottlieb Höpli eine temperamentvolle Lanze, und dafür verdient er ein positives Echo.

Leider hat Herr Höpli seine prinzipiell gute Sache mit einem schlechten Exempel verunkelt: mit seiner sehr persönlich vorzunehmenden, tatsächlichen Interpretation der Kontroverse um das ETH-Referendum. Er für das Referendum eintritt, ist nach Ansicht von Gottlieb Höpli ein »Grundsatzpolitiker«, wer seine Bedenken anmeldet, ein »kleinkariertem Pragmatiker«. Als Prototyp des Letzteren wird der Rechtsberater des VSETH, Dr. H. G. Lüchinger, vorgestellt, er »Strohmann« einflussreicher zürcherischer Wirtschaftskreise« und Mitinhaber des Posttaxenreferendums, der da mit nach Meinung Höplis schon frühzeitig gezeigt habe, dass er sich vor allem für materielle Dinge (beispielsweise für niedrige Steuern) interessiere weniger dagegen für grundsätzliche wie etwa die studentische Mitbestimmung.

Da muss ich um der guten Sache des »Politik des Notwendigen« und der historischen Wahrheit willen einige verzeichnete Dinge ins rechte Licht rücken. Jenes Posttaxenreferendum wurde nicht im Zeichen des schändlichen Mammons aus der Taufe gehoben. Es entstand vielmehr in der Pause eines öffentlichen-rechtlichen Seminars an der Zürcher Universität. Drei Jünger des Rechts – worunter auch der Unterzeichnete – empfanden sich über die bedenkliche Art des parlamentarischen Verfassungsverfahrens in einer Botschaft zur Posttaxenrevision. Es blieb nicht bei der Empörung, sondern kam in der Folge zum meines Wissens ersten Akt studentischer »ausserparlamentarischer« Opposition in unserem Lande. Wäre über jene drei politischen Waisenkneben nicht der »hellige Zorn« überzeugter Verfassungstreue gekommen, sie hätten die folgenden Monate der harten, einsamen Arbeit (sie konnten weder auf die Hilfe studentischer Organisationsparteien noch auf diejenige der Regierungsparteien und der Meinungsgesellschaft) politischer Pressen und moralischen Verunglimpfungen (»Strohmann«) waren sie in den Augen ihrer vielen Gegner; schade, dass Gottlieb Höpli nichts Besseres eingeleitet hat, um eine andere Meinung bekämpfend und wohl in ähnlicher Weise überstanden. Es war aber gerade die Treue zu einer juristischen und politischen Überzeugung, die dem seltsamen politischen Privatunternehmen vor drei Studenten gegen eine überlegene Partei- und Pressehalanz zum schliesslichen Erfolg verhalf – zu einer Erfolg, der noch heute, d. h. nach mehr als fünfzehn Jahren, positiv nachwirkt.

Grundsatztreue, Einsatz für das politische Notwendige, kennzeichnet sich zu nächst weniger durch den Inhalt als vielmehr durch den Stil, in dem die Anliegen vertreten wird. Es gibt grundsätzliche Argumente für wie gegen das ETH-Referendum. Einige gewichtig dagegen hat Dr. Lüchinger seinerzeit publiziert und wohl in ähnlicher Weise auch im DC vorgebracht. Ihn deswegen ins schiefe Licht des »schönnden Taktikers« zu stellen, und zwar noch unter falscher Bezugnahme auf angeblich oberflächliche Beweggründe zum Posttaxenreferendum, das bringt falsche Töne in einen Kampf der Überzeugungen, der, da es um wichtige Dinge geht, durchaus heiss geführt werden darf. Herr Höpli kämpfe weiter für die gute Sache des ETH-Referendums, für die Durchsetzung des Notwendigen in der Politik – heute als Student und hoffentlich auch noch morgen als Praktiker. Nur mache er sich die Besinnung über den Gehalt des politischen Notwendigen nicht allzuleicht und hüte sich vor der Versuchung vieler Verfechter einer Überzeugung, jede andere Meinung als »pragmatische« zu verketzern.

Dr. Max U. Rapold, Schaffhausen

Uniball 69: Die stille Welle

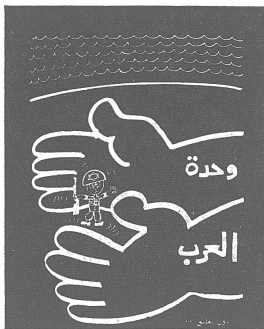


Der arabisch-israelisch Konflikt

Im letzten zürcher student schrieb Ahmad Huber einen scheinbar sachlichen Bericht: Der Koran und Israel. Wieso scheinbar sachlich? Jeder Demagoge weiss, dass es nicht unbedingt nötig ist zu lügen, um Tatsachen zu verdrehen und Meinungen zu manipulieren. Es genügt, wichtige Tatsachen zu verschweigen, Zitate aus dem Konzept zu reißen und die verschiedenen Einzelheiten in bestimmter Weise anzudeuten. Ich will versuchen, in meinen weiteren Ausführungen einige Punkte zu beleuchten und klarzustellen.

Schon zu Beginn lässt uns ein Satz zutreten. Der Sechs-Tage-Krieg: »Es war der Sieg eines technologischen Goliaths über Entwicklungs-Davide.« Ich möchte nicht anmassen, Herrn Huber die Lektüre der betreffenden Geschichte in

der Bibel anzuraten, aber es wäre vermutlich empfehlenswert. Nichts gegen religiöse Vergleiche! Doch darf man, wie von jedem Vergleich, erwarten, dass er zumindest in einem kleinen Teil zu trifft.



Die arabische Einheit und Israel.

gehandelt hat. Der Kampf um Jerusalem forderte auch deshalb so viele Todesopfer, weil Israel Rücksicht auf die heiligen Stätten genommen hatte. Eine böse Ueberraschung erlebte man, als bemerkt wurde, wie Jordanien die heiligen Stätten beschützt hatte. Fast alle Synagogen waren mutwillig zerstört worden, der grosse Friedhof auf dem Ölberg wurde entweiht. Grabsteine wurden zerbrochen, umgestossen zum Häuserbau verwendet und dienten gar als Latrinen. Die jordanische Regierung hatte gar Wächter angestellt, um den Friedhof zu bewachen. Grabsteine durfte man nämlich nur mit einer Bewilligung der Regierung holen. Auch Steine von Kirchen und Klöstern und christliche Grabsteine mussten dem Häuserbau dienen.

In weiteren wird von Ahmad Huber angeführt, dass Moslems auch mit nichtmoslemischen Stämmen Bündnisse geschlossen haben. »Was sollte die Moslems des 20. Jh. hindern, in ihrem Kampf gegen Macht, Weltherrschaftsanspruch und Anranch des Westens sich mit der Sowjetunion und der Volksrepublik China zu ver-

bünden? Ich bin mit Ahmad Huber vollständig einverstanden, dass Macht, bekämpft werden muss. Ich weiss nur nicht, ob die Sowjetunion der richtige Partner dazu ist. Der 21. August 1968 ist noch nicht so weit entfernt. Der Überfall auf die CSSR fand übrigens die moralische Unterstützung von Aegypten. (Im Zweiten Weltkrieg war der Mufti von Jerusalem, ein hoher, mohammedanischer Würdenträger, ein enger Freund Hitlers.) Wie stand es mit diesen Attributen Macht, Weltherrschaftsanspruch und Arroganz, als die Mohammedaner von 634 an den Vorderen Orient, Nordafrika, Süd- und Mittelspanien eroberten?

Schlussfolgernd muss festgestellt werden:

1. Der Krieg der arabischen Länder gegen Israel ist kein Dschihad.
 2. Der Koran wird von den arabischen Führern missbraucht, d. h. je nach Opportunität hält man es für ratsam oder nicht, die Beweggründe dem Koran anzuhängen.
 3. Das Flüchtlingsproblem wird besonders von Aegypten künstlich für politische Zwecke am Leben gehalten, indem die Flüchtlinge als zweit- und drittklassige Untertanen gehalten wurden und indem jede Lösung des Problems zum vornherein abgelehnt wurde.
 4. Die arabischen Staaten haben keinen rechtlichen oder moralischen Anspruch auf Israel. Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches erhielt England 1917 vom Völkerbund das Mandat über Palästina, bis die Uno am 29. Nov. 1947 seine Teilung in einen jüdischen und arabischen Staat beschloss. (Die UdSSR war dafür).
- Aegypten besitzt auch keine rechtlichen Ansprüche auf die Sinaihalbinsel. Es besitzt keine Hoheitsrechte; die Bewohner der Sinaihalbinsel wurden auch nicht als ägyptische Staatsbürger anerkannt, sondern besaßen nur den Status von Einwohnern dieses Gebiets. Jordanien besitzt keine rechtlichen Ansprüche auf das Gebiet westlich des Jordans, das 1948 annektiert wurde.

Max Weil

	Militärische Stärke vor dem 6-Tage-Krieg		
	Mann	Panzer	Flugzeuge
Aegypten	210 000	1300	500
Jordanien	50 000	300	40
Syrien	65 000	500	120
Irak	80 000	630	200
Total arabische Staaten	405 000	2730	860
Israel	275 000	800	350

Bei den arabischen Heeren handelt es sich um die stehenden regulären Truppen, bei Israel ist das ganze Milizheer eingerechnet. (Aus: G. Däniker, Israels Dreifrontenkrieg.)

Es ist erbärmlich, dass arabische Gejammer über die Niederlage zu hören, besonders wenn die Hasidisten der arabischen Führer, ihre Aufstachelung zu Mord und Vergewaltigung und Raub an der israelischen Bevölkerung (»Treibt die Juden ins Meer«) noch im Ohr klingen. Dass die arabischen Staaten nicht im Zweifel wären, vor ihrer Meinung nach der Stärkere sei, geht eindeutig aus den Reden arabischer Staatsführer wie auch aus Cartoons arabischer Zeitungen hervor.

Ahmad Huber schreibt weiter: »Doch Israel und seine westlichen Verbündeten vermögen ihres Erfolges nicht froh zu werden.« Ich muss gestehen, dass mich diese Nachricht überrascht; ich habe nicht gewusst, dass Israel Verbündete besitzt. »Israels Schutzherrn, die Vereinigten Staaten und Grossbritannien, sehen sich in der gesamten arabischen Welt einer Welle von Hass gegenüber wie nie zuvor.« Ich frage Sie, Herr Huber, ob sie wirklich glauben, was Sie schreiben. Das Recht auf freie Schifffahrt im Golf von Tiran war von den Grossmächten garantiert worden. Als Nasser am 27. 7. 57 die Straße von Tiran sperren liess, waren verbale Deklarationen, die das Recht auf freie Schifffahrt bestätigten, das einzige Resultat dieser Garantie. Oder sind die USA und Grossbritannien deshalb Schutzherrn, weil sie Israel nicht verteidigen, die arabischen Staaten besiegt zu haben, sich ihm hinsetzen zu lassen? Welches sind im Gegensatz dazu die Verbündeten der Araber? Fast die gesamte arabische Welt, Russland und seine Satelliten etc. Stammt der Hass gegenüber den USA und Grossbritannien nicht auch noch aus der Fälschung, die Nasser und Hussein am 6. Juni 1967, nach der vernichtenden Zerstörung der arabischen Luftwaffe durch die Israelis, ausbreiten liess (amerikanische und britische Flugzeuge und Flugzeugträger hätten das Debakel herbeigeführt), um ihre Niederlage dem westlichen Imperialismus zuschreiben zu können?

Die historische Ursache des Flüchtlingsproblems

Ahmad Huber geht im weiteren auf religiöse Gründe ein, die er als wesentlich betrachtet, und zitiert Stellen aus dem Koran. Er sieht das Flüchtlingsproblem auf dem Hintergrund des Korans: »Vertreiben ist schlimmer als Töten« (Koran 2/191). Das Flüchtlingsproblem existiert, doch die Gründe aufzudecken, erscheint mir wesentlich. Als am 14. Mai 1948, am Ende des britischen Mandats und am ersten Tag des Staates Israel, die vereinigten arabischen Heere in Israel einmarschierten, um es zu zerstören (wieder einmal Goliath gegen David), wurde die arabische Bevölkerung von den arabischen Führern aufgefordert, das Land zu verlassen, damit die Heere ihr Zerstörungswerk leichter durchführen könnten. Von der jüdischen Munizipalverwaltung wurde im Gegensatz dazu die arabische Bevölkerung aufgefordert zu bleiben. Die jordanische Tageszeitung »Falastin« schrieb am 19. 2. 1949:

»Die arabischen Staaten, welche die palästinensischen Araber ermutigt hätten, ihre Heimstätte zeitweilig zu verlassen, um den arabischen Invasionstruppen nicht im Wege zu stehen, haben ihr Versprechen, diesen Flüchtlingen zu helfen, nicht eingehalten.«

Ein Flüchtling in Jordanien schrieb in seinen Erinnerungen in der jordanischen Tageszeitung »Ad-Difa« am 6. Sept. 1954:

»Die arabischen Regierungen sagten uns: »Geht heraus, damit wir hinein können!« So gingen wir hinaus, aber sie kamen nicht herein!« Ich darf Herrn Huber an die Sure 60/9-10 erinnern, die er selbst zitiert hat:

»Was die betrifft, welche euch der Religion wegen weder bekämpft noch vertrei-

ben haben, so verbietet euch Allah nicht, gegen diese freundlich und gerecht zu sein, denn Allah liebt die Gerechten. Wohl aber verbietet euch Allah, Freundschaft zu pflegen mit jenen, die der Religion wegen mit euch gekämpft und euch aus euren Wohnungen vertrieben und zu eurer Vertreibung Beistand geleistet haben. Wer für diese Freundschaft hegt, der ist ein Freveler.«

Eines ist nach Ausdruck festzuhalten: In Israel herrscht vollkommene Religionsfreiheit, auch die »Baha'i«, eine arabische Sekte, besitzt in Haifa eines ihrer Heiligtümer. (Die Bahai werden in manchen arabischen Ländern verfolgt.) Es steht mir ferne, die arabischen Völker zum Bruderkrieg aufzufordern; es wäre jedoch eine logische Folgerung, falls diese Koranstelle angewandt würde.

Israel und andere Länder und auch die Uno haben mehrfach Vorschläge zur Lösung des Flüchtlingsproblems ausgesagt, die alle von den arabischen Staaten zurückgewiesen wurden. Die israelischen Araber sind gleichberechtigte Bürger Israels. Von arabischer Seite wird meistens unterschlagen, dass ungefähr die gleiche Anzahl Flüchtlinge (Juden) aus den arabischen Ländern nach Israel kamen, wo sie integriert wurden.

Von arabischer Seite wird immer behauptet, dass nur der Zionismus und Israel bekämpft würden und dass man nichts gegen die Juden habe. Ich stelle nur die eine Frage: Wieso werden denn die Juden in arabischen Ländern, besonders in Aegypten, Syrien, Algerien und Irak systematisch verfolgt; ist der Grossteil der jüdischen Bevölkerung im Gefängnis und muss ähnliche Situationen erdulden wie im Dritten Reich unter Hitler?

Weiter: Wieso wurden von der ägyptischen Regierung die Palästinaflüchtlinge als Untertanen zweiter und dritter Klasse betrachtet, denen es unter sagt war, Arbeit - mit oder ohne Bezahlung - in Aegypten anzunehmen, und die ihrer fundamentalsten Menschenrechte beraubt wurden?

In der Zeitung »Al-Medina«, Saudi-Arabien, vom 28. Nov. 1966 steht in einem Interview mit einem Händler aus Gaza:

»One can but wish that Gaza, too, had been robbed by the Zionists, because then it would be clear to us that it is the Zionist oppressor Ben Gurion who is degrading us and making our lives a misery - and not an Arab brother by the name of Abdul Nasser. Look at the way the Nasserite regime is treating us and you will see that the Jews under Hitler did not suffer what we are suffering under Nasser...« Nach dem 6-Tage-Krieg hatten auch diese Flüchtlinge das Recht, wie übrigens alle Einwohner, sich in ganz Israel frei zu bewegen und Arbeit zu suchen in Gaza, in Tel Aviv, in Jerusalem, in Nahbus, in Hebron. Diese arabischen Einwohner haben vermutlich jetzt mehr Rechte, als sie je vorher besaßen.

»Bekämpft sie aber nicht in der Nähe heiliger Stätten«

Ahmad Huber hatte in seinem Artikel zitiert (2/192):

»Tötet sie, wo ihr sie trifft, verjagt sie, von wo sie euch vertrieben; Vertreiben ist schlimmer als Töten. Bekämpft sie aber nicht in der Nähe heiliger Stätten; greift sie aber auch dort an, erlegt sie auch da; dies sei das verdiente Schicksal der Ungläubigen.«

Der letzte Abschnitt wurde von Ahmad Huber selbst aus dem Koran unterschlagen. Als die Jordanier am 5. Juni grundlos den israelischen Sektor von Jerusalem beschossen, wurden heilige Stätten nicht verschont. Schon 1948 hatten sich arabische Kämpfer nicht darum gekümmert, ob es sich um heilige Stätten

Die Palästina-Flüchtlinge sind Araber, die infolge des arabisch-israelischen Konflikts im Jahre 1948 ihr Heim in den Gebieten verloren haben, die heute auf israelischem Territorium liegen, und die in die Nachbarländer geflohen sind. Heute zählen sie mit ihren Kindern über 1 300 000.

Unter den Flüchtlingen, die Palästina mit ihren Familien verliessen, waren fast 80 Prozent Landwirte, ungelernete Arbeiter, alte und kranke Menschen. Die übrigen 20 Prozent waren Akademiker, Geschäftsleute, Gutsbesitzer und gelernte Arbeiter.

Die Flüchtlinge, die zu der weitaus grösseren ersten Gruppe gehören, sind auch weiterhin von der internationalen Hilfe abhängig, denn sie leben in Ländern, wo man die Arbeit, die sie leisten können, kaum benötigt. Hingegen waren die meisten Flüchtlinge der zweiten Gruppe schnell instande, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, weil sie einen in den arabischen Ländern gefragten Beruf ausübten; sie waren also niemals von den Vereinten Nationen abhängig.

Am 1. Juli 1966 waren 1 317 749 Flüchtlinge bei der UNRWA eingetragen; jedoch erhielten nur 861 122 von ihnen Rationen. Die Zahl der Flüchtlinge steigt jährlich um rund 30 000 Personen. Fast die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren. Ungefähr neun Zehntel der Flüchtlinge sind Mohammedaner, die übrigen Christen.

Die beim Hilfswerk (UNRWA) eingetragenen Flüchtlinge leben in vier Aufnahmelandern: Jordanien, dem Gazastreifen, der Syrischen Arabischen Republik und dem Libanon. Einige Gruppen von Palästina-Flüchtlingen leben ausserdem im Irak, in der Vereinigten Arabischen Republik, in Saudiarabien und in den Ländern am Persischen Golf.

In Jordanien bilden die Flüchtlinge rund 36 Prozent der Gesamtbevölkerung, im Gazastreifen 70 Prozent, im Libanon acht und in der Syrischen Arabischen Republik zwei Prozent.

Am 1. Juli 1966 waren die genauen Zahlen die folgenden:

Libanon	163 904	Jordanien	706 568
Syrische Arabische Republik	140 032	Gazastreifen	307 245

Die Lage der Flüchtlinge ist immer noch schwierig und entmutigend, denn viele konnten in den Aufnahmelandern keine Arbeit finden. Diese Länder verfügen über wenig Hilfsquellen; im Vergleich zu den grossen Wüsten und dem kahlen Gebirge ist der bebaubare Boden spärlich. Selbst viele Einwohner dieser Länder fristen kaum ihr Leben.

Die Flüchtlinge, die ihre Felder, Weinberge und Obstgärten verlassen hatten, kamen in Länder, in denen der urbare Boden schon von anderen bestellt wurde. Es fehlte ihnen die nötige Ausbildung, um einen anderen Erwerb zu suchen. Die ungeschulten Arbeiter waren nicht besser daran: hier gab es schon allzu viele Tagelöhner, die sich verdingen wollten. Die meisten Flüchtlinge konnten daher keine feste Anstellung finden.

Am schwierigsten sind die Bedingungen im Gazastreifen. Auf dieser engen, sandigen Enklave an der Meeresküste, wo vor 1948 nur 80 000 Menschen lebten, drängen sich heute rund 440 000 Einwohner.

Das Hilfswerk der Vereinten Nationen für die Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (dessen englischer Titel abgekürzt UNRWA lautet) ist ein unpolitisches Sonderorgan, das von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit zeitlich begrenztem Mandat gegründet wurde. Sie unterstützt bedürftige Flüchtlinge und sorgt für zahlreiche Hilfeleistungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, des Fürsorgedienstes, des Unterrichts und der Fachschulung.

Von den am 1. Juli 1966 bei der UNRWA eingetragenen Flüchtlingen hatten nur 861 122 Anrecht auf alle Hilfeleistungen, die anderen hingegen erhielten nur gewisse Leistungen wie z. B. Unterricht und Gesundheitsdienst oder bekamen keinerlei Unterstützung.

Die Register der Flüchtlinge und der Rationsempfänger enthalten Ungenauigkeiten, denn oft werden Todesfälle oder Reisen von Flüchtlingen ins Ausland nicht gemeldet. Das Hilfswerk ist dauernd um die Überprüfung der Register bestrebt und hat im Lauf der Jahre 400 000 Namen gestrichen oder berichtigt.

Der neue israelisch-arabische Krieg hat das schon bisher ungelöste Flüchtlingsproblem noch vergrössert. Vor allem die israelische Besetzung des westjordanischen Gebietes löste einen starken Flüchtlingsstrom aus; schätzungsweise 100 000 Araber, zum Teil bereits Vertriebene von 1948/49, sind über den Jordan nach Osten geflohen. Auf weitere 40 000 bis 50 000 werden die Flüchtlinge aus dem von Israel besetzten syrischen Gebiet beziffert.

Informationen über das Flüchtlingsproblem (Stand vor dem neuesten Krieg) aus einem offiziellen Prospekt der UNO-Flüchtlingsorganisation UNRWA.



Angelus Breitling Bulova-Accutron Certina Corum Eterna Favre-Leuba Girard-Perregaux Glycine & Altus Heno Heuer Imhof International Jaeger-Le Coultre Junonia Longines Looping Luxor Movado Ulysse Nardin Patek Philippe Jean Perret Rolex Section Tudor Universal Zenith

Eine Uhr für Ihren Geschmack eine Uhr für Ihre Ansprüche eine Uhr, wie sie Ihren Vorstellungen entspricht—die finden Sie im Uhrenspezialgeschäft mit der grössten Auswahl.

Chronometrie BEYER seit 1760 zeitbestimmend

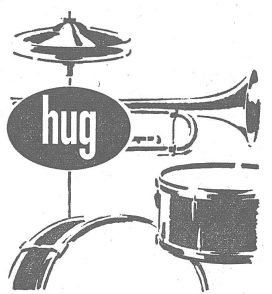
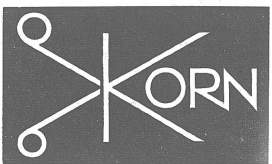
Bahnhofstrasse 31, Zürich, Telefon (051) 25 88 60

Manchester-Jeans LEE und LEVI's

Längenanpassung sofort und gratis

Willy Korn Herrenmode für alle Semester Sonneggstr. 21 beim Sunnehus

5% Rabatt für Studenten



MUSIKHAUS HUG & CO., ZÜRICH Linthalquai 26, Tel. 051/32 68 50 Blas- und Schlaginstrumente, Grammoab

Reichhaltige Auswahl in Schlagzeugen (viele Marken) und Blasinstrumenten. Auch in Miete. Beratung, Vorführung, Service.



Jedes Jahr arbeiten gegen hundert Studenten während der Semesterferien oder bei anderer Gelegenheit als

Securitaswächter

bei uns. Die Arbeit des Wächters ist abwechslungsreich und interessant. Der monatliche Verdienst beträgt Fr. 1150.— bis Fr. 1300.—.

Suchen auch Sie eine Ferienbeschäftigung?

Wenn Sie sich für mindestens vier Wochen vollamtlich zur Verfügung stellen können, so nimmt unser Personalchef Ihre Anmeldung gerne entgegen. Für nähere Angaben können Sie sich jederzeit an ihn wenden.

SECURITAS AG, Filiale Zürich
Militärstrasse 24, 8021 Zürich, Tel. 27 43 10



Vor und nach dem Kolleg eine Erfrischung im

Café Studio
Zürich, beim Pfauen

Und für verwöhnte Ansprüche

Hotel Florida
Bar, Restaurant
Sitzungszimmer
Seefeldstrasse 63



FACIT TP-2 — die einzige Portable der Welt mit «mechanischem Gedächtnis»!
Schöne Schriften. Eleganter Koffer. Erhältlich durch die «Zentralstelle der Studentenschaft» und durch die SAB.

FACIT
8021 Zürich Löwenstrasse 11 Telefon 051 27 58 14
Verkauft auch durch die Fachgeschäfte



Kugellager und Rollenlager

das Schweizer Präzisionsfabrikat für den gesamten Fahrzeug- und Maschinenbau

SRD Kugellagerwerk

J. Schmid-Roost AG
8050 Zürich
Telefon (051) 46 76 34



Der Reformvorschlag des Tages-Anzeigers:

Die politische Aktivität an den Universitäten nimmt zu. Der Tages-Anzeiger möchte deshalb einen Titel für politisch verantwortungsbewusste Studenten einführen: lic. T. A.

Fast (fast) alle Leute sind sich einig, dass einiges geändert werden sollte. Nur können sie nicht übereinkommen, was sie ändern wollen und wie sie dabei vorgehen könnten. Deshalb wird auch so heftig diskutiert, manifestiert und Stellung bezogen.

Es braucht kühle Köpfe, um in diesem Gewirr von Meinungen und Behauptungen den Überblick zu bewahren. Der Tages-Anzeiger hat solche. Seine Redaktoren sammeln die Resultate von Gesprächen, Umfragen und Untersuchungen und veröffentlichen, was auch für Sie wichtig sein könnte.

Dem Tages-Anzeiger kommt dabei zugute, dass er eine wirklich unabhängige Zeitung ist und daher alle Richtungen zu Wort kommen lassen kann. Er verkauft eben Informationen und nicht vorgefasste Meinungen. Mehr kann er zu einer Verbesserung der Verhältnisse und der Welt nicht beitragen.

Der Tages-Anzeiger glaubt aber, dass damit schon einiges getan ist. Denn ob Sie nun Anhänger der Evolutions- oder der Revolutions-

lic. T. A.

theorie sind: Wenn Sie falsch informiert sind, laufen Sie Gefahr, falsch zu reagieren.

Und das darf Ihnen nicht gleichgültig sein. Denn politische Kopflosigkeit können Sie sich heute weder als Mensch, noch als Schweizer, noch als Weltbürger leisten.

Der Tages-Anzeiger möchte den neuen Titel lic. T. A. deshalb als Anregung verstanden wissen. Als Aufmunterung, sich täglich richtig zu informieren und sich mit den Tagesgeschehnissen geistig auseinanderzusetzen.

Und damit Ihnen der Einstieg ins neue Studium leichtfällt, offerieren wir Ihnen den Tages-Anzeiger mit einem Rabatt von 30%. So viel sind uns nämlich geistig interessierte Leser wert.



Rendezvous mit Geld

am Pfauen

Am Pfauen treffen sich Gelder aus der ganzen Welt — zum Beispiel Gelder für Studenten. Machen auch Sie es sich bequem und profitieren Sie von unserer Nähe.



Depositenkasse
Heimplatz
beim Kunsthaus
Tel. 051/23 18 55



Ich abonniere den Tages-Anzeiger

für 3 Wochen gratis
 für 3 Monate (zu Fr. 8.80 statt Fr. 12.60)
 für 6 Monate (zu Fr. 17.65 statt Fr. 25.20)
 für 12 Monate (zu Fr. 35.30 statt Fr. 50.40)

Frau/Frl./Herr.....
 Strasse.....
 Postleitzahl/Ort.....
 Hochschule.....
 Fakultät.....
 Semester.....

Bitte senden Sie diesen Coupon an die Vertriebsabteilung, Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

